Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

...kampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei ...ch 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: ...ger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 22251. Drahtanschrift: Klassenkampf Halle.

...elpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, 3. Dezember 1929 | 9. Jahrgang • Nr. 266

...beiter, denkt an Eure hungernden Kinder!

...pfeift auf das Schlichtungswesen!

Die Hungerschiedssprüche für die Mansfeld A.-G. und die Schuhindustrie verbindlich erklärt
Soll es im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau auch so werden? — Wehrt Euch energisch!

...fortiger Streik gegen Wissells schändliche Hungerdiktate ist die Losung!

...ie Streikabwürger bei der Arbeit

...immer mehr verlangen sofortige Aufnahme des Streikes durch Kampfleitungen

(Eig. Meld.) **Wansleben**, 2. Dezember.

...fand eine gut besuchte Belegschaftsversammlung statt, ...einmütig auf den Boden folgender Resolution stellte:

„Die Belegschaftsversammlung der Grube „Credner" ...mit Entrüstung Stellung zu dem Wissellschen ...gerschiedsspruch und lehnt denselben ab. Die ...Masse der hallischen Konferenz beweisen, daß der Kuhhandel weitergeführt werden soll. Das lehnt Belegschaft ab. Nur im offenen Kampfe und Streik für die Forderungen der Opposition ist unter ...gewählten Streik- und Kampfleitungen ein Erfolg für die Bergarbeiter zu erringen."

...ausführlicher Bericht folgt.

*

...Meldung von der Grube „Credner" bezeugt die wachsende Streikstimmung im Braunkohlenbergbau. Aus dem ...Mansfeld und aus dem Merschen-Weißenfelser ...Braunkohlenrevier liegen ähnliche Meldungen vor. Durch ...mit einer Kampfleitung auf der Grube Golpa ist auch dort ...weiter die Streikstimmung gewaltig gestiegen. Der ...der sozialdemokratischen Presse über die Konferenz am ver...gangenen Sonntag in Halle konnte das auch nicht mehr ganz wegleugnen. Betrübt mußte das „Volksblatt" gestern feststellen:

„Die meisten Redner (das heißt Diskussionsredner) forderten ...sofortigen Eintritt in den Streik."

...die Streiklosung der Opposition findet also sogar unter den ...geschulten Funktionären immer mehr Anklang. Wie lächerlich ...es dann aber vom „Volksblatt", nach dem eben zitierten unmittelbar fortzufahren:

„Bemerkenswert war, daß für den Gedanken der Opposition ...kein einziger Redner (!) knapp vier Minuten sprach. ...seinen Ausführungen fand er aber in der Konferenz nicht ...geringsten Anklang." (!)

...der „Gedanke der Opposition" ist die Forderung nach ...sofortigem Eintritt in den Streik. Die SPD.-...müssen infolge des wachsenden Einflusses der Opposition ...klar durchgedreht sein, wenn sie der Meinung sind, daß die ...ominelle Streiklosung „nicht den geringsten Anklang" fand, ...selbst nach dem „Volksblatt" die meisten Diskussionsredner sofortigen Eintritt in den Streik ...ten.

*

...bürgerliche Presse jubiliert über die Beschlüsse der Konferenz. ...Sozialistischen Nachrichten" verkünden mit Befriedigung:

„Die Einreichung der Kündigung ist in dieser Versammlung der Konferenz am Sonntag) nicht beschlossen worden."

...die bürgerliche Presse hofft bestimmt, daß es den Gewerkschaftsführern gelingen wird, mit Hilfe der Verbindlichkeitserklärung Wissells die Lohnbewegung abzuwürgen. Die Kündigungsaktion selbst stellt sich damit immer deutlicher als das von uns bezeichnete Verschleppungs- und Abwürgungsmanöver dar.

...„linke" sozialdemokratische „Volksbote", Zeitz, veröffentlicht ...die bekannte Resolution der Sonntagskonferenz und hat sonst ...nichts zu sagen, als mit allen möglichen Lügen verstärkte Kommunistenhetze zu betreiben.

...seinem gestrigen Kommentar hat das „Volksblatt" natürlich ...nicht ein Wort für die Notwendigkeit der Organisierung ...des Streikes. Im Gegenteil: alle dort gemachten Ausführungen ...laufen die Bereitschaft der SPD.-Leute zur Kapitulation vor Wissells Verbindlichkeitserklärung. Das „Volksblatt" heuchelt, wie immer in solchen Situationen,

„daß wenigstens ein gewisser Erfolg erzielt worden ist".

Die Bergarbeiter denken anders! Die Schlichtungsverhandlungen haben ein Ergebnis gebracht, das keineswegs dem entspricht, das bei einem Streik im Braunkohlenbergbau erreicht werden könnte. Das Diktat Wissells beträgt die Bergarbeiter um die im Streik möglichen Erfolge. Wenn diese Erfolge errungen werden sollen, dann muß sofort von Betrieb zu Betrieb der Streik aufgenommen werden gegen das Diktat Wissells, gegen seine Verbindlichkeitserklärung und gegen die sozialdemokratischen Führer, die sich als Schildknappen der Braunkohlenkönige auf den Boden dieses Schlichtungswesens stellen.

Es ist zwölf! Die Bergarbeiter haben die Entscheidung über ihr weiteres Schicksal in ihren Händen. Kapitulation vor dem Schlichtungsdiktat heißt weiter hungern. Streik gegen das Schlichtungsdiktat heißt den Weg beschreiten, der allein zur Verbesserung der elenden Lebenslage führt.

Unaufhaltsam vorwärts

(Eig. Drahtbericht.) Berlin, 3. Dezember

Der Werbesonntag brachte in Berlin einen außerordentlichen Erfolg. Das gesteckte Ziel von 4000 neuen Parteimitgliedern wurde mit 572 überschritten.

Wissell als Hungerdiktator

Mansfeld-Hungerschiedsspruch verbindlich!

Der in dem Tarifstreit bei der Mansfeld A.-G. am 18. November gefällte Schiedsspruch ist vom Reichsminister für verbindlich erklärt worden. Tariflöhne und Arbeitszeit bleiben daher bis zum 31. Januar 1930 unverändert.

*

Damit hat Herr Wissell einen Schiedsspruch für verbindlich erklärt, der den Berg- und Hüttenarbeitern nicht einen einzigen Pfennig bringt. Er beweist damit, daß er heute auch den Schiedsspruch für den Braunkohlenbergbau für verbindlich erklären wird.

Auch die Schuharbeiter sollen weiterhungern

(WTB.) **Berlin**, 2. Dezember.

Die Nachverhandlungen im Lohnstreit in der deutschen Schuhindustrie haben heute im Reichsarbeitsministerium den ganzen Tag gedauert. Erst am Abend kam eine Vereinbarung zustande, wonach sich die Parteien einem vom Vorsitzenden, Regierungsrat Dr. Dobberstein, zu fällenden endgültigen und alle Parteien bindenden Schiedsspruch unterwerfen. Dieser Schiedsspruch läßt die Bestimmungen des Schiedsspruches vom 20 November unverändert. Dagegen wird der Mindeststundenlohn des männlichen Arbeiters über 21 Jahre in Ortsklasse 1 ab heute (2. 12. 1929) auf 92 Pf. und ab 31. 3. 1930 auf 95 Pf. festgesetzt. Damit ist (für die Bourgeoisie! D. R.) die Gefahr eines Wirtschaftskampfes von einer Industrie mit über 100 000 Arbeitnehmern abgewandt.

*

Die Schuharbeiter dürfen weiter hungern. Das ist wieder ein „Erfolg" sozialdemokratischer Koalitionspolitik! Wie lange läßt sich das die Arbeiterschaft noch gefallen?

Schluß mit dem Schlichtungsbetrug

Das Schlichtungswesen

—e. **Halle**, 3. Dezember.

Die Streikstimmung im Braunkohlenbergbau wächst lawinenartig an. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister und die Braunkohlenkönige bemühen sich krampfhaft, den Ausbruch eines Streiks zu verhindern. Heute wird von Wissell der Schiedsspruch für verbindlich erklärt und damit der entscheidende Versuch zur Abwürgung der Streitbewegung gemacht werden. Darum erscheint es uns notwendig, einige Worte über das scheinbar so geheimnisvolle Schlichtungswesen zu sagen; denn es gibt leider noch viele Arbeiter, die der Meinung sind, daß die Arbeitermassen etwas verlieren, wenn sie auf das Schlichtungswesen verzichten und das „Spiel der freien Kräfte", der Klassenkräfte, in den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit entscheiden lassen.

*

Wer den kapitalistischen Staat bejaht, bejaht das Schlichtungswesen. Es ist einfach ein Teil des kapitalistischen Staatsapparates. Es hat den besonderen Zweck, den „sozialen Frieden", d. h. die Möglichkeit zur unbeschränkten Ausbeutung der werktätigen Massen durch die Bourgeoisie aufrecht zu erhalten, indem es die Streikfreiheit abschafft, die Klassengegensätze verhüllt und den Anschein erweckt, als ob der Staat als „überparteiliches Organ" der „ausgleichenden Gerechtigkeit" im Interesse des „Volksganzen" über die Differenzen entscheidet. Die Sozialdemokratie bejaht den kapitalistischen Staat und bejaht infolgedessen auch das Schlichtungswesen und versuchte, es den werktätigen Massen schmackhaft zu machen.

Die Kommunisten verneinen den kapitalistischen Staat. Sie verneinen infolgedessen auch das Schlichtungswesen und sind der Meinung, daß es nicht von innen heraus verändert werden kann — wie die Sozialdemokraten heucheln —, sondern einfach zerschlagen werden muß. Das Schlichtungswesen ist nur so lange eine ernste Waffe der Bourgeoisie gegen die werktätigen Massen, wie sich sogenannte Vertreter derselben daran beteiligen. Mit dem Tage, an dem die Arbeiterklasse auf alle Sprüche dieser „Instanzen" pfeift, ist es erledigt.

*

Die Entstehung des Schlichtungswesens zeigt uns, daß es fortgesetzt schon in der Vorkriegszeit von den Vertretern der Bourgeoisie als eine Waffe gegen die immer mehr wachsende Klassenkraft des Proletariats gewünscht wurde. Der Krieg führte durch die Proklamierung des Burgfriedens bekanntlich auch zur Proklamierung des Wirtschaftsfriedens. Am Ausgang des Krieges wurden die Parolen zur Abwürgung der Revolution „Nur Arbeit kann uns retten!", „Der Streik lief das Land dem Chaos aus!" von den Ebert, Scheidemann und Wissell auch gesetzlich verankert. Zunächst wurde in dem Arbeits-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291203-15/fragment/page=0001

gemeinschaftsvertrag, Ende Dezember 1918, das Schlichtungswesen als die Grundlage für die Ausgleichung aller Differenzen zwischen Kapital und Arbeit angesehen. Es sah zwar noch nicht die zwangsweise Beilegung von Lohn und Arbeitsdifferenzen durch den Staat vor, genügte aber wegen der aktiven Unterstützung durch die Gewerkschaftsführer vollkommen, um die revolutionären Streikwellen des Proletariats 1919 und 1920 im Illusionssumpf der Weimarer Republik verlaufen zu lassen. Der sozialdemokratische Minister Dr. David hat wohl mit am klarsten die verlogene Losung formuliert, die das Schlichtungswesen verherrlichte, dem Kapitalismus neues Leben gab, damit aber die Revolution vernichtete:

„Das Streikrecht der Arbeiter hat seine Grenze da, wo das Lebensrecht des Volkes beginnt."

Für unsere Tage heißt das: Das Streikrecht der Bergarbeiter hört da auf, wo das öffentliche Interesse es erheischt. Das „öffentliche Interesse" oder das „Lebensrecht des Volkes" ist aber nichts als das Profitinteresse der Bourgeoisie und die imperialistische Machtpolitik des Kapitalismus.

Herr Wissell, der heute wieder den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister macht, verlangte 1920 im „Gesetz über den Arbeitsfrieden" eine Verschärfung des Schlichtungswesens. Er stieß damals auf heftigen Widerstand sogar in den Reihen der Regierungssozialisten.

Als im Jahre 1922 im Reichstag über die Schlichtungsordnung debattiert wurde, sagte der inzwischen verstorbene Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Robert Dißmann:

„Wenn je die deutsche Arbeiterklasse aufgerufen werden müßte, um ihre Lebensrechte zu wahren, dann ist es heute am Platze. . . . Wollen Sie den ernsthaften Versuch unternehmen — ich zweifle nicht daran —, durch die Schlichtungsordnung dem deutschen Proletariat die Fesseln anzulegen, die Sie (die Vertreter der Bourgeoisie) ihm längst wünschen, um es an der Ausübung des freien Koalitionsrechtes zu hindern, dann rufen wir der deutschen Arbeiterklasse zu: Wehrt Euch! Ich hoffe, daß in diesen entscheidenden Kampftagen die deutsche Arbeiterklasse vom ersten Sozialdemokraten bis zum letzten Kommunisten einig steht, um diese Knebelung abzuwehren. Dann heißt es: Auge um Auge, Zahn um Zahn."

Während der Inflation war auf seiten der Bourgeoisie vorübergehend das Interesse am Schlichtungswesen gesunken. Aber als es dann galt, am Ende der Inflation 1923 die Stabilisierung auf Kosten der werktätigen Massen durchzuführen, wurde das Schlichtungswesen mit Hilfe der Reichstagsfraktion der SPD. auf dem Wege über das Ermächtigungsgesetz erneut und verschärft eingeführt. Unter der Führung von Stresemann wurde es von den sozialdemokratischen Ministern Hilferding und Sollmann mit beschlossen. Es schlug den werktätigen Massen die wichtigste Waffe aus den Händen, nämlich den Streik, mit dem allein es sich erfolgreich gegen die Rationalisierung und Arbeitszeitverlängerung und die damit verbundene Massenverelendung und Massenerwerbslosigkeit zur Wehr setzen konnte. Auch heute dient das Schlichtungswesen genau so wie der sozialdemokratische Polizeiterror oder das Republikschutzgesetz, das jetzt im Reichstag beraten wird, der Zersetzung der Kampfkraft der werktätigen Massen.

Mit Hilfe des Schlichtungswesens soll die Durchführung der neuen Rationalisierungswelle, die Durchführung des Young-Planes und aller imperialistischen Pläne der Trustbourgeoisie sichergestellt werden.

*

Das Schlichtungswesen half der Bourgeoisie mit dem Blute von vielen Millionen Proletariern den Krieg vier Jahre lang durchzuführen, es half ihr die Revolution zu ersticken, die Inflation auf Kosten der werktätigen Massen zu liquidieren, die Stabilisierung und Rationalisierung durch Massenverelendung, Arbeitszeitverlängerung usw. zu ermöglichen, das Schlichtungswesen soll jetzt den wachsenden Widerstand der Massen brechen, die Durchführung des Young-Planes erleichtern und der deutschen Bourgeoisie einen neuen imperialistischen Vormarsch, der zu neuen Kriegen führen muß, ermöglichen.

Im Kampfe gegen das Schlichtungswesen muß sich auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre das deutsche Proletariat einheitlich und geschlossen unter revolutionärer Führung zusammenfinden.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau steht die Notwendigkeit der Bildung der proletarischen Einheitsfront in allen Betrieben gegen das Zwangsschlichtungswesen auf der Tagesordnung! Durch den Aufmarsch streikender Arbeiterbataillone muß das Schlichtungswesen zerfetzt und zerrissen werden. Auch diesmal wird Herr Wissell wieder „im öffentlichen Interesse" die Verbindlichkeitserklärung aussprechen. Nur wenn sich die Arbeitermassen der Verbindlichkeitserklärung nicht fügen, wenn sie gegen Wissells Diktat den Streik aufnehmen, besteht die Aussicht auf die erfolgreiche Erringung einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die Gesinnungsgenossen von Wissell, werden sich bemühen, das Schlichtungsdiktat durchzuführen, jede Streikaufnahme zu verhindern. Darum kann nicht nur im schärfsten Kampf gegen den kapitalistischen Staat und seinen Vertreter Wissell, sondern muß auch im schärfsten Kampf gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Koalitions- und Streikfreiheit für die werktätigen Massen errungen und damit der Weg zu Lohn und Brot freigemacht werden.

Die mitteldeutschen Bergarbeiter haben hier eine große Aufgabe im Interesse der gesamten werktätigen Massen zu erfüllen.

Prozeß gegen die „Rote Fahne"

(Eig. Drahtber.) **Berlin**, 3. Dezember.

„Dieser Aufmarsch der uniformierten Roten Frontkämpfer ist ein wuchtiger Schlag gegen das von den Sozialfaschisten erlassene Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes."

Wegen dieses Satzes, der in einem Bericht über eine Demonstration des verbotenen Roten Frontkämpfer-Bundes in der „Roten Fahne" vom 22. September d. J. erschien, erhielt der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne", Genosse Firl, einen Strafbefehl von 300 Mark.

In Moabit fand gestern die Berufungsverhandlung statt. Nach langer Beratung verkündete das Gericht das freisprechende Urteil mit der Begründung, daß eine strafbare Handlung nicht vorliege. Da der Rote Frontkämpfer-Bund durch keine Terrormaßnahme Zörgiebels oder Severings zu verbieten ist, versuchte man durch diesen Prozeß die Berichterstattung über das aktive Auftreten des RFB. zu drosseln.

In Swinemünde ist der Dampfer „Rykow" mit 296 deutschstämmigen Kulaken und in Riga ein weiterer Eisenbahntransport mit 363 deutschstämmigen Kulaken eingetroffen. Die bürgerliche Presse, z. B. die „Hallischen Nachrichten" — natürlich auch die SPD.-Presse —, erzählen die tollsten Märchen über die angeblichen Mißstände in der USSR.

Ein Gesetz gegen die Jungarbeiter

Nur die Kommunisten vertreten die Forderungen des Jungproletariats

(Eig. Bericht.) **Berlin**, 2. Dezember.

Als erster Punkt der Montagssitzung des Reichstages wurde das Auslieferungsgesetz beraten. Für die kommunistische Fraktion sprach gegen dieses Gesetz

Genosse Alexander:

Das Gesetz ist für die kommunistische Fraktion darum unannehmbar, weil es Bestimmungen enthält, die sich in erster Linie gegen revolutionäre Emigranten richten. Wir Kommunisten fordern ein unumschränktes Asylrecht. Der heutige Zustand ist so, daß die Emigranten einige Zeit ins Gefängnis kommen, um darauf gleich ausgewiesen zu werden. Es ist ein Hohn, wenn man von Emigranten Ausreise- und Einreisepapiere verlangt..

Der Sozialdemokrat Marum erklärt sich mit dem Gesetz einverstanden. Es sei immerhin ein demokratisches Gesetz. (Komm. Zuruf: So sieht es auch aus!)

Zur ersten Beratung eines Gesetzes zur Aenderung und Ergänzung des Genossenschaftsgesetzes betont Genosse Schröter, daß sich die Kommunisten energisch dagegen wehren, wenn die großagrarischen Genossenschaften in Zukunft weitere besondere Vergünstigungen erhalten sollten. Die Kommunisten werden im Ausschuß ihrer Auffassung entsprechende Anträge stellen.

Zum reaktionären Berufsschulgesetz, das durch die sozialdemokratischen Minister vom Bürgerblock übernommen und mit keinem Buchstaben geändert wurde, spricht für die kommunistische Fraktion unter allgemeiner Aufmerksamkeit des ganzen Hauses

Genosse Blenkle:

Das Berufsausbildungsgesetz des Herrn Wissell erfüllt vollkommen die Wünsche der Industrieherren und reaktionären Handwerkergilden. Aus dem Gesetz herausgenommen werden die jugendlichen Gruppen, die in der Landwirtschaft sowohl wie in der Forst- und Hauswirtschaft beschäftigt sind; aber auch die Jugendlichen aus Staats- und Landesbetrieben fallen nicht unter das Gesetz.

Die wesentlichste reaktionäre Bestimmung ist, daß die Jugendlichen aus dem Tarifrecht herausgenommen werden. Sie sind vollkommen von der Willkür der einzelnen Unternehmer abhängig. Jeder Jugendliche soll einen [illegible] Lehrvertrag erhalten. Ueber den Inhalt dieses [illegible] entscheiden die reaktionären Handwerker und [illegible] kammern. Die Ausbildungszeit soll auf vier Jahre [illegible] werden, das heißt faktisch, daß sie verlängert wird.

Das Gesetz sieht vor, daß die Jugendlichen auch zu [illegible] üblicher Arbeit herangezogen werden können. Es [illegible] keinerlei Schutzbestimmungen und gibt andererseits [illegible] der väterlichen Zucht über die Jugendlichen. Auch [illegible] finden in dem Berufsausbildungsgesetz keinerlei Regelung.

Die kommunistische Fraktion fordert demgegenüber [illegible] eigenen Antrage den Schutz der jugendlichen Arbeiter, [illegible] die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden, durch[illegible] rechnung der Berufsschulzeit in die Arbeitszeit mit voller [illegible] Bezahlung, das Verbot jeder Nachtarbeit, einen bezahlten [illegible] wöchentlichen Urlaub im Jahr und das Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen in gesundheitsschädlichen Betrieben, [illegible] sonderen Vertretung der Jugendlichen im Betrieb [illegible] Kommunisten die Aufnahme von Vertretern der Jugend[illegible] den Betriebsrat. Die Lohnverhältnisse müssen durch [illegible] Bestimmungen geregelt werden.

Zur Berufsausbildung fordern die Kommunisten [illegible] die obligatorische unentgeltliche Berufsausbildung [illegible] Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr in Betriebsschulen, [illegible] schaffung der individuellen Lehrverträge, das Verbot [illegible] jeder Beschäftigung zu außerberuflichen Arbeiten, die Berufsschulen müssen die für Zwecke der beruflichen [illegible] notwendigen Lehrmittel kostenlos geliefert bekommen. [illegible] nicht die Illusion zu glauben, der Reichstag oder [illegible] bürgerliches Parlament würde die notwendigen Forderungen [illegible] jugendlichen Arbeiter erfüllen.

Da die kapitalistische Gesellschaftsordnung nur Elend, [illegible] verschärfte Ausbeutung für die Jugendlichen kennt, so [illegible] Jungarbeiter und Arbeiterinnen mit besonderem Elan [illegible] schlossene Truppe zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung [illegible] (Starker Beifall bei den Kommunisten.)

Die Gesetzesvorlage wurde in einfacher Abstimmung [illegible] zialpolitischen Ausschuß überwiesen, nachdem die Vertreter [illegible] übrigen Parteien auf das Wort verzichtet hatten.

Der Kampfaufruf der Kommunisten

Im Anschluß an seine von uns gestern veröffentlichte Rede im Reichstag gab Genosse Stoecker im Namen der kommunistischen Fraktion eine Erklärung ab, in der es am Schluß heißt:

„Die Hugenberg, Hitler und Seldte wissen, daß ihr Volksentscheid an der Reparationsnechtschaft nichts ändern kann. Die Finanz- und Trustmagnaten, die dieses Volksentscheidsgeschäft, die die Hitler-Banden und den Stahlhelm finanzieren, die Hugenberg, Kirdorff, Borsig, Siemens, Goldschmidt und Co. wollen genau so wie die Demokraten, das Zentrum, die Volkspartei und die Sozialdemokraten den Young-Plan rücksichtslos auf Kosten der werktätigen Massen durch die kapitalistische Rationalisierung, durch die hilferdinglche Finanzreform, durch Zollwucher und Steuerraub, durch den Abbau der Sozialpolitik durchführen. Durch ihren „Volksentscheid" wollen sie ihre eigene Verantwortung für das Elend der werktätigen Massen Deutschlands verschleiern, den Haß der Ausgebeuteten und Rainierten von der Bourgeoisie im eigenen Lande ablenken. So soll der Volksentscheid zugleich eine Massenmobilisierung für die faschistische Diktatur werden.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft wird darum nicht nur diesem Volksentscheids-Schwindel fernbleiben, sondern der faschistischen Agitation für den Volksentscheid überall entschlossen entgegentreten. Jeder Versuch, besonders auf dem Lande, durch den wirtschaftlichen und politischen Terror Proletarier zur Stimmabgabe für Hugenberg und Hitler zu zwingen, muß auf den [illegible] schlossensten Widerstand der Arbeiterschaft stoßen.

Mit derselben Entschiedenheit, wie der nationalsozialistischen Demagogie, tritt die KPD. den Sozialfaschisten entgegen, [illegible] Regierungspartei für den Young-Plan in erster Linie verantwortlich sind und ihn der Arbeiterschaft heuchlerisch als Erleichterung ihrer Lage anpreisen. In Wirklichkeit bringt der Young-Plan einige Vorteile für die deutsche Bourgeoisie, dafür wird er [illegible] umso stärkere Belastung der arbeitenden Massen zur Folge [illegible] Er ist zudem ein Instrument der Kriegsvorbereitung der [illegible] listischen Bourgeoisie gegen die Sowjetunion, den einzigen [illegible] staat der Welt.

Der proletarische Kampf gegen den Young-Plan muß in [illegible] trieben eröffnet werden durch den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung, für den Siebenstundentag und für höhere [illegible] durch den Kampf gegen den Abbau der Erwerbslosenunterstützung und der Sozialrenten, gegen Zollwucher, Steuerraub und [illegible] der Mieten.

Die KPD. ruft die Arbeiterklasse auf zum entschlossenen [illegible] gegen den faschistischen Volksentscheidsschwindel, gegen den [illegible] schen Terror, gegen den Young-Plan, gegen die nationalsozialistischen und sozialfaschistischen Agenten des deutschen und internationalen Finanzkapitals, für die bolschewistische Lösung der Reparationsfrage, für die revolutionäre Annullierung aller Schulden [illegible] Auslandskapital, für die Diktatur des Proletariats, für den Kampfung Sowjet-Deutschlands."

Gewaltige Steigerung der Industriezölle

Die Schmidt und Husemann mit dem Zollwucher einverstanden

(Eig. Ber.) **Berlin**, 2. Dezember.

Zu den vom Reichskabinett bereits genehmigten Brotwucherplänen des Ernährungsministers treten jetzt die neuen Zollforderungen der Industriekapitalisten. Diese berufen sich auf die von der Koalitionsregierung bereits im Sommer erhöhten Agrarzölle. Am Dienstag, dem 3. Dezember, tritt der Reichswirtschaftsrat zusammen, um zu der von der Reichsregierung vorgelegten neuen Zollvorlage Stellung zu nehmen. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat seine Befehle bereits formuliert.

Soweit bekannt ist, liegen Forderungen auf Zollerhöhungen vor von seiten der Eisen- und Stahlwarenindustrie, der Textilindustrie, Aluminiumindustrie, Automobilindustrie, Kunstseidenindustrie, Holzindustrie, Steine- und Schotter-Industrie. Die Zölle für Schuhwaren werden entsprechend einer bereits im Sommer vom Reichstag angenommenen Entschließung sicher erhöht werden.

In dem neuen Zollgesetzentwurf der Regierung sind bereits die neuen Zölle für Aluminium enthalten. Der Zoll für Rohaluminium wird auf 25 Mark, für geschmiedetes oder gewalztes Aluminium auf 37 Mark, für gepulvertes Aluminium auf 80 Mark vorgesehen. Die Regierung begründet die Einführung dieses ungeheuren Zollsatzes mit der Aufhebung des bisher bestehenden Einfuhrverbotes. Bekanntlich ist ja die deutsche Regierung den Genfer Abmachungen über die Beseitigung der Ein- und Ausfuhrverbote beigetreten. Dies ist die Art, wie sie solche Abmachungen einhält.

An der Spitze der industriellen Zollwucherer stehen die Eisen- und Stahlwarenindustriellen. Für einzelne Erzeugnisse der Eisen- und Stahlwarenindustrie wird die Erhöhung des geltenden Zollsatzes um das Siebenfache, ja sogar um das Siebzehnfache gefordert. So soll der Zollsatz für Stahlwolle von 9 Mark auf 150 Mark den Doppelzentner erhöht werden. Der Regierungsentwurf sieht bereits die Erhöhung des Zollsatzes für Schmiedeeisen und Stahlwolle vor. Der bisherige Zollsatz für schmiedeeiserne Amboße betrug 4,50 Mark, er soll in Zukunft 35 Mark betragen. Der Zollsatz für Wagenfedern einschließlich Eisenbahnwagenfedern soll um das Fünffache, der Zollsatz für Sensen um das Sechsfache, für Schaufeln und Spaten um das Dreieinhalbfache, für eiserne Möbel um das Zweifache, für Hufstollen und Stedgriffe um das Siebenfache erhöht werden.

Die Industriellen drohen mit Einschränkung und Stillegung ihrer Betriebe, mit der Entlassung von Hunderttausenden von Arbeitern, falls ihre Zollforderungen nicht bewilligt werden. Unter Führung des deutschen Bergarbeiter-Verbandes haben sich mit den christlichen Gewerkschaftsführern zusammen sich bereits [illegible] kommen auf die Seite der Zollwucherer geschlagen. Sie haben einer Eingabe an die Reichsregierung zur Frage des Handelsvertrages mit Polen sich gegen die Gewährung eines Kontingentes einfuhrkontingents an Polen ausgesprochen. Das [illegible] Art und Weise, wie der von der Weltwirtschaftskonferenz in [illegible] propagierte internationale Zollabbau von den Kapitalisten der ganzen Welt und ihren sozialfaschistischen Dienern aufgefaßt und durchgeführt wird.

Bei dem Bürgermeister Schneider vom Bezirksamt Berlin-[illegible] dem Stlarekfreunde, der einst infolge der forigesetzten Gottlosenhetze durch die „Rote Fahne" aus der SPD. ausgeschlossen wurde, wurden bei einer Haussuchung zwei silberne Leuchter im Wert von 1000 Mark beschlagnahmt.

Der Präsident des Hansabundes, der Reichstagsabgeordnete Fischer, hat in seiner Schlußansprache auf der Tagung des wirtschaftspolitischen Gesamtausschusses des Bundes wieder [illegible] kapitalistische Räuberprogramm der Herabsetzung der Masseneinkommen, der Leistung und der Besitzsteuern und der Heraufsetzung der Massenbelastung gefordert.

Der sozialdemokratische Bürgermeister von Köpenick, Kobl, [illegible] durch Stlarek 22 000 Mark als Hypothek für seine Villa bekommen [illegible] und jetzt den kranken Mann markiert, wird nun doch vom [illegible] regierungsrat Tapolski vernommen werden.

General Lettow-Vorbeck, der Kappist und ehemalige Hetzschlächter, weilt gegenwärtig in London, wo er in Gemeinschaft mit seinem ehemaligen „Gegner", dem südafrikanischen General Smuts, als Held und Freund gefeiert wird.

---

5 Millionen für die ehemaligen Hessen-Fürsten

und dazu noch 853 000 Mark jährlich Rente

(Eigener Drahtbericht). **Leipzig**, 2. Dezember.

Der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts hat, wie jetzt bekannt wird, am 30. November einen Schiedsspruch gefällt, durch den die Jahresrente von 708 000 Friedensmark, die im Jahre 1866 von der preußischen Regierung dem ehemaligen hessischen Fürstenhaus für den Verzicht auf den Thron und auf das Throngut zugesprochen wurde, auf 85 Prozent des Nominalbetrages, d. h. auf 602 000 Reichsmark, jährlich aufgewertet. Zu dieser Summe kommt noch jährlich ein Tilgungszuschlag von rund 253 000 Mark. Die Entscheidung erhält rückwirkende Kraft ab 1. Januar 1924, so daß mit einem Male sechs Jahresraten, das heißt mehr als 5 Millionen Mark, aus den Steuergroschen der Proleten den ehemaligen Fürsten in den Rachen geworfen werden. Ein „Erfolg" der sozialdemokratischen Politik.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291203-15/fragment/page=0002

Der Sklarek-Sumpf

(Eig. Drahtbericht) **Berlin**, 3. Dezember.

Der Sklarek-Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags. Der Berichterstatter Könnecke (Deutsche Volkspartei) gab über die Geschäftsgebarung der Gebrüder Sklarek. Er wies die durch die Enthüllungen der Kommunistischen Partei größtenteils bekannten schweren Anschuldigungen wegen Korruptionsgeschäfte der Stadt Berlin bei.

Polizeipräsidiumsrat Dr. Weißenberg berichtete über die Beziehungen der Gebrüder Sklarek, ihre Wechselreitereien und Bestechungen.

Der Berichterstatter referierte weiter über die Anzugsliste sowie die Konten, die unter Decknamen geführt wurden. Auf Grund dieser Aufzeichnungen erhielt Göbel, Degener, Sakolowsky, der Polizeipräsident Schmidt, Hoffmann und Stadtrat Benecke Zuwendungen. Auch SPD.-Schneider erhielt Geld, Wein und Zigarren mit Sklarek an Renngewinnen. Strafverfahren gegen Göbel, Degener, Schüning (SPD.); Sakolowsky, Schneider (SPD.); Kohl (SPD.); Kieburg (SPD.); Benecke. Auf eine Anfrage des Genossen Obuch (SPD.); Heilenberg, daß man gegen Brolat nicht vorgehen könne, noch nicht nachgewiesen ist, daß er beteiligt sei, und daß Wöß ein Ermittlungsverfahren schwebe.

Stimmzettelmuppel gegen Kommunisten in der Lübecker Bürgerschaft

(Eigene Drahtmeldg.) **Lübeck**, den 2. Dezember.

Bei der erste Sitzung der neugewählten Bürgerschaft statt. Die Parteien hatten eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen eingebracht, in denen Hilfe für die Erwerbslosen und für die leidenden Schichten der Bevölkerung gefordert wurde. Die Anträge wurden durch den Genossen Heinrich Schmidt und den Wortführer unterbrach ihn. Genosse Schmidt sprach weiter fort. Der Präsident ließ die Tribünen räumen und die Polizei hinausmachen. Darauf stimmten die Kommunisten die „Internationale" an. Bei der Wiedereröffnung der Sitzung setzte Genosse Schmidt seine Rede fort. Daraufhin schloß der Präsident die Sitzung aus und rief die Polizei herbei, damit sie ihn und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Fraktion aus dem Saale bringe. Nachdem dies geschehen war, wurden die übrigen Mitglieder der kommunistischen Fraktion aus dem Saale entfernt.

Es erhalten der Sozialdemokratischen Partei, die in Lübeck kommandiert und im Senat und in der Bürgerschaft Bürgerblock sich in die Macht teilt, wird weiteren Massen Gelegenheit geben die Augen über den Charakter der SPD. öffnen.

Ein „Volksblatts" neueste Schandtat

Verbert schnellste Durchführung der Erhöhung der Beiträge für die Erwerbslosenversicherung

Im Reichsarbeitsministerium bereitet, wie wir schon kurz meldeten, eine Belastung der Arbeiterschaft vor. Die Beiträge zur Erwerbslosenversicherung sollen um ½ Prozent erhöht werden. Der Zweck der Ueberung ist, dadurch die Ausgabenseite des Reichsarbeitsministeriums zu entlasten. Das heißt, von den durch die Proleten aufgebrachten Mitteln sollen noch weniger als nach dem letzten Raubzug der Erwerbslosen zur Unterstützung dieser Opfer der kapitalistischen Profitbeuterordnung verwandt werden. Gegen den neuen Raubzug müssen die Arbeiter sich wehren und insbesondere die Berliner Bergarbeiter müssen in ihrer gegenwärtigen Lohnbewegung durch rücksichtsloses Eintreten für die Forderungen der Erwerbslosen, durch die Aufnahme des Kampfes, dem neuen Anschlag Rechnung tragen.

Die Sozialdemokratische Partei denkt über die neue Belastung der Massen anders. Das „Volksblatt" schreibt z. B. im Sinne der Wiedergabe der Wissellschen Pläne:

„Regelung der Beitragsfrage darf nicht auf lange Bank geschoben werden. Sie drängt."

Angesichts des Defizits in der Reichsanstalt gäbe es gar keinen Ausweg. Zum Schluß leistet sich das „Volksblatt" die Unverschämtheit, zu behaupten, daß die Arbeiterschaft die Beitragserhöhung längst gefordert habe. Dabei hat die Sozialdemokratische Partei im Interesse der Ausbeuterklasse diese Forderung aufgestellt. Die Arbeiter sind auch gegen die Erhöhung der Beiträge am 30. September in machtvollen Demonstrationen aufmarschiert, haben in zahlreichen Betrieben den Streik durchgeführt.

Die Empfehlung des Sozialdemokraten Wissell, die Haltung des „Vorwärts" dazu sind neue Beweise von der abgrundtiefen politischen Verkommenheit der Sozialdemokratischen Partei, in der Hoffnung, noch mehr etwas zu machen hat.

Konzentrierte Kriegshetze gegen USSR

Eine verdächtige „Vermittlungsaktion" Amerikas

(Eig. Drahtb.) **Berlin**, 3. Dezember.

Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Washington:

Die angekündigte Aktion Washingtons in der Mandschurischen Krise ist nunmehr erfolgt.

Die amerikanische Regierung hat an die Regierungen in Nanking und Moskau gleichlautende Memoranden gerichtet.

Wie das „Berliner Tageblatt" weiter mitteilt, hat sich Deutschland, England, Frankreich und Japan diesem plumpen Interventionsversuch des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion angeschlossen. Diese Intervention stellt nichts weiter dar, als einen Versuch der Imperialisten, die durch den Sieg der Roten Armee des Fernen Ostens über die weißgardistischen Generale gefährdeten Positionen des Weltkapitalismus in China wieder zu stützen.

Ebenso ist diese „Vermittlungsaktion" Amerikas eine offene Drohung mit der militärischen Intervention, ferner wird diese „Vermittlungsaktion" des amerikanischen Imperialismus zu einer konzentrierten Kriegshetze des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion benutzt.

Bezeichnend ist, daß in diesem entscheidenden Moment die Aeußerungen der Berliner Presse zeigen, daß die deutsche Bourgeoisie sich als das Zentrum der europäischen Kriegshetzer und als Einpeitscher für den Krieg gegen die Sowjetunion entpuppt. Die Sowjetregierung wird jeden Versuch einer imperialistischen Einmischung entschieden zurückweisen.

300 Weißgardisten gefangen

(Telegr.-Agentur d. Sowjetunion). **Moskau**, 2. Dezember.

Nach einer Meldung aus Tschita wurden bei der Einnahme der Station Mandschuria durch die Sowjetrussen etwa 300 Weißgardisten und einige Leiter weißer Organisationen gefangen genommen, darunter Oberst Mamoro, militärischer Beirat des chinesischen Truppenkommandos, der Bruder des bekannten Generals Schilukow u. a. Ein Teil der Gefangenen wurde nach Tschita übergeführt.

Die Delegierten der Muldenregierung, die mit dem Vertreter der Sowjetregierung über die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes bei der Ostchinabahn verhandeln sollen, sind in Nikolsk-Ussurisk, nördlich von Wladiwostok, eingetroffen.

Konservative und Liberale retten die Labour-Regierung

(Eig. Bericht.) **London**, 2. Dezember.

In der heutigen Unterhaussitzung brachte bei der Beratung des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes der „linke" Arbeiterparteiler Brockway einen Abänderungsantrag ein, in dem er forderte, daß statt am 13. März nächsten Jahres, wie der Gesetzentwurf es vorsieht, bereits am 1. Februar die neuen Bestimmungen in Kraft treten sollen. Wheatley, der in der ersten Labour-Regierung Gesundheitsminister war, schloß sich dem Antrag an. Wenn nicht so verfahren würde, würde die Labour Party ihr Wahlversprechen gegenüber den Arbeitslosen nicht erfüllen. Andere Redner des linken Flügels der Labour Party sprachen im selben Sinne. Mit 222 gegen 33 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Die Konservativen und die Liberalen enthielten sich der Stimme.

Die englischen Sozialdemokraten gleichen den deutschen wie ein Ei dem andern. Arbeiterverrat ist ihre hervorstechendste Eigenart.

Die Konferenz der imperialistischen Seemächte Amerika, England, Frankreich, Japan und Italien wird am 21. Januar in London zusammentreten, um unter dem Vorwand der Rüstungsbeschränkung Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion zu betreiben.

Von der englischen Regierung ist als Tag des Beginns der nächsten Tagung des Völkerbundsrates zur gesteigerten Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion der 13. oder 20. Januar in Vorschlag gebracht worden.

Der österreichische Minister und Landbundführer Schumy sprach gestern auf einer Tagung des bayerischen Landbundes. Er kündigte Zollgesetze für die österreichischen Agrarier an und gab der Hoffnung Ausdruck, daß ein Zusammenarbeiten mit der deutschen Kapitalistenregierung dabei möglich sein werde.

Brandleristen verleumden die Rote Hilfe

„Vorwärts" und „Volksbote" bringen in schreiender Plakataufmachung ein Rundschreiben des ausgeschlossenen Brandleristen Dr. Leo Klauber unter der Ueberschrift: „Was ist die Rote Hilfe? Enthüllungen über den kommunistischen Sumpf". Was dieser gekaufte Lump über die Rote Hilfe zu „enthüllen" hat, das ist nur eine Wiederholung jener Verleumdungen, die das Brandler-Blättchen „Gegen den Strom" bereits mehrfach aufgetischt hat. In dem Schreiben Klaubers wird wie üblich die Rote Hilfe als „kommunistisches Parteiunternehmen", das sich „in den Händen" der gerade herrschenden KPD.-Fraktion befindet, verleumdet. Selbst ein Mann wie Heinrich Vogeler, der sein Haus der Roten Hilfe zur Errichtung eines Kinderheimes geschenkt habe, habe sich geweigert, an diesem Fraktionskampf teilzunehmen und wieder in den Vorstand der Roten Hilfe einzutreten. Dafür sei er als „Feind der Arbeiterklasse" bezeichnet worden.

Der Zweck dieser Verleumdung der Kampf- und Hilfsorganisation des Proletariats gegen die bürgerliche Klassenjustiz liegt nur zu deutlich auf der Hand. Schließlich kann die Partei eines Zörgiebel und eines Severing nicht die Organisation der solidarischen Hilfe für die Opfer ihrer Politik unterstützen. Der Innenminister, der Vater des Zuchthausgesetzes gegen den Kommunismus, und der Berliner Polizeipräsident, der Massenschlächter aus den Mai-Tagen, haben alle Ursache, jedes Mittel der Verleumdung und nicht zuletzt das Mittel der Denunziation an den Staatsanwalt gegen eine Organisation zu gebrauchen, die getragen von dem beispiellosen Opferwillen des kämpfenden revolutionären Proletariats und unter der Kontrolle des Proletariats den Kampf gegen den Terror der Klassenjustiz von Jahr zu Jahr erfolgreicher führt.

Daß die Sozialdemokratie dabei die Hilfe der **verächtlichen Renegaten des Kommunismus**, die mit der Gründung von **Konkurrenzorganisationen** gegen die Rote Hilfe die Finanzierung ihres haßerfüllten Kampfes gegen die KPD. versuchen, mit Freuden annimmt, ist nicht weiter erstaunlich. Sie sind einander wert.

*

Zum Fall Vogeler genügt es festzustellen, daß er, der sich von der Brandler-Clique dazu mißbrauchen ließ, auf dem letzten Reichskongreß ein Pamphlet gegen die Rote Hilfe zu verbreiten, von diesem Kongreß einmütig verurteilt wurde und daraufhin die Tagung verließ. Auch wenn Vogeler, der übrigens lediglich aus dem Vorstand der Roten Hilfe ausgeschieden, nicht aber aus der Roten Hilfe ausgeschlossen worden ist, sein Morpsweder Grundstück der Roten Hilfe zur Verfügung stellte, so hat er damit noch nicht das Recht erworben, die Rote Hilfe zu beschimpfen und ihre Feinde zu unterstützen.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Der Generaldirektor der Reichsbahn, Dorpmüller, läßt erklären, daß er „nur" 100 000 Mark Gehalt bezieht. Er verrät aber nicht, wie viel Zehntausende er in Form von Aufwandsentschädigungen und anderen Zuwendungen erhält. Trotzdem lohnt sich ein Vergleich seines Gehalts mit dem Einkommen der Eisenbahnarbeiter und unteren Beamten.

Die Fememörder Stein, Schirrmann, Benn und Aschenkampf, die den Schützen Vanier umgebracht haben, sollen am 14. Dezember mit Bewährungsfrist aus der Haft entlassen werden.

Der Landrat des Kreises Warburg, Schönfeld, ist vom Amte suspendiert worden. Angeblich soll er sich zugunsten von Eltern, deren Kinder ins Kinderheim geschickt werden sollten, des Betruges schuldig gemacht haben.

Infolge des Einsturzes zweier Häuser in Marseille sind, wie bisher festgestellt wurde, 12 Personen getötet worden. 5 Leichen sollen noch unter den Trümmern liegen.

Zu einer Straßenkundgebung gegen den Gemeinderat kam es in Lyon. Die Polizei löste die Kundgebung auf.

Einen Zusammenstoß zwischen „freiheitlichen", anscheinend faschistischen, und katholischen Studenten gab es in Innsbruck.

B. Bjelych / L. Pantelejew

IKID Die Republik der Strolche

Copyright by Verlag der Jugendinternationale, Berlin 1929)

„Ich bin gelungen", sagte Pantelejew. „Ich denk schon lange daran, sobald ich aus der Schule rauskomme, fahr ich nach Odessa in die Kinofabrik. Ich will machen, daß man mich dort arbeiten läßt. Du will ich mich dann zum Operateur ausbilden."

Der Gedanke ist nicht schlecht, dachte Jankel. Aber Pantelejew ist ganz begeistert:

„Du kannst denn? Das ist doch ganz einfach. Sobald wir die Schule fertig sind und den Entlassungsschein in der Tasche haben, fahren wir nach dem Süden. Dort ist es fein. Das ganze Jahr Sommer, Sonne, Weintrauben, das Meer. Ach, ist das schön!"

„Das Geld?" hält ihm Jankel entgegen. „Wo nimmst Du das her?"

„Du willst Du denn leben? Und die Reise?"

Das Argument ist so ernst, daß Pantelejew nachdenklich wird. Er starrt auf das gegenüberliegende Haus gerichtet, denkt angestrengt nach. Plötzlich hellt sich sein Gesicht wieder auf.

„Das Geld müssen wir uns zusammensparen. Gleich von heut an müssen wir an zu sparen. Verstehst Du? Dann haben wir, wenn wir die Schule verlassen, eine anständige Summe. Und dann wir gesichert."

Der Gedanke ist nicht schlecht", sagt Jankel träumerisch.

Pantelejew springt er aus dem Bett, holt seine Hose vom Stuhl und wühlt in den Taschen zu kramen. Er findet zwei Scheine und wühlt in den Dunkeln zu erkennen.

„Ich geh gleich zur Tat über. Der erste Beitrag. Ich bringe Millionen. Wenn Du auch was hast, gib her!"

Es ist Feuer und Flamme für den Spargedanken. Er brennt lichterloh und kriecht auch Pantelejew an. Dieser sucht fieberhaft in den Taschen und zieht drei Millionen hervor.

„Wir fangen an zu sparen", sagt Jankel feierlich und steckt die Millionen in eine Streichholzschachtel.

„Und wie!" ruft Pantelejew. „Ja, sparen! Dann wir nach Odessa. Ich werde Operateur und Du Schauspieler. Wir arbeiten dort. Für die Reise sparen wir uns das Millionen! Das ist eine Kleinigkeit!"

Das Geflüster im Dunkel nimmt kein Ende. Die Slama-Brüder können nicht schlafen. Sie sprechen, schmieden Pläne und träumen von der Zukunft. Ab und zu wird ihre Unterhaltung durch Hundegebell unterbrochen, durch den Pfiff eines Milizionärs oder durch das tolle Schreien eines Nachtschwärmers, der sich in seiner Betrunkenheit in diese ihm unbekannte Gegend verirrt hat.

Immer häufiger fiel es den Schtibern auf, daß die Slama-Brüder Jankel und Pantelejew jeden Augenblick miteinander zu tuscheln hatten. Immer häufiger sonderten sie sich von den übrigen ab, um endlose Unterhaltungen zu führen und eifrig zu diskutieren. Zuerst machte man kein besonderes Wesen daraus. Waren sie nicht Slama-Brüder, und hatten sie nicht gemeinsame Interessen? Aber je länger, desto schlimmer wurde es. Das Pärchen wurde menschenscheu, schien den anderen aus dem Weg zu gehen, und einmal sogar fehlten beide in einer Sitzung des JK.

Das JK. bestand aus fünf Mitgliedern, und das Fehlen der zwei fiel natürlich sehr auf. Die Jungen waren entrüstet und erteilten den Slama-Brüdern einen Verweis. Das ließ sie aber ziemlich kalt.

Jankel und Pantelejew entfremdeten sich immer mehr den JK. Zuerst merkten sie es gar nicht. Bald aber fingen sie an, die Organisation beinahe als Last zu empfinden. Sie lebten nur noch für ihren Plan. Mehrere Male erinnerte Japs den Jankel:

„Es ist Zeit für die Zeitung. Sie ist schon über vierzehn Tage nicht erschienen. Die Versammlung wird schimpfen."

Jankel antwortete zerstreut: „Gut, gut, gelegentlich."

Die beiden Slama-Brüder waren jetzt auffallend zerstreut und zerfahr. Längst schon hatten sie es aufgegeben, die Bildungsabende der JK. zu besuchen. Sie hatten nur eins im Kopf:

„Bis zur Entlassung Geld zusammensparen. Dann in die Kinofabrik!"

Abends saßen sie in einem Winkel und schwelgten in Träumereien, während die dumpfe, bedrückende Unzufriedenheit der JK. immer stärker wurde.

„Wollen die das noch lange so treiben?"

„Sie stören die Arbeit." „Sie stören die Disziplin."

„Und haben sich noch ins JK. reingeschmuggelt!"

In der Zelle gärte es.

Einmal, in einer Versammlung der JK. wurde über die Aufnahme neuer Mitglieder gesprochen. Unter den Bewerbern waren viele Unreife, die erst Erfahrungen sammeln mußten, bevor sie mitarbeiten konnten. Bei der Besprechung der verschiedenen Kandidaturen sprach sich die Mehrheit in diesem Sinne aus. Die Minderheit aber, Jankel, Pantelejew und Dschaparidse, verteidigte wütend den entgegengesetzten Standpunkt.

„Ihr irrt Euch, Genossen", rief Jankel aufgeregt. „Ihr irrt Euch. Unsere Organisation ist noch nichts Vollkommenes. Sie ist noch gar nicht sanktioniert. Wir sind selber noch unreif."

„Wie man's nimmt. Vielleicht meint Tschornych damit sich selber", meinte Japs giftig.

„Nein. Ich spreche nicht bloß von mir. Ich spreche von uns allen. Wir sind noch unreif, wenn wir auch weiter sind als die anderen. Unsere erste Aufgabe besteht darin, so viel neue Mitglieder wie möglich zu gewinnen, auch wenn sie nicht vorbereitet sind. Es genügt, wenn sie mitarbeiten wollen. Bei uns bekommen sie dann schon den nötigen Schliff."

„Wer bringt ihnen denn den Schliff bei?" piepste Finkelstein boshaft dazwischen.

„Natürlich nicht Falke, dessen soziale Ansichten noch im Urzustand sind", erwiderte Jankel. „Die neuen Mitglieder bekommen den Schliff durch das Milieu unserer Organisation und durch das gemeinsame Streben nach einem Ziel. Wir haben dafür ein gutes Beispiel."

„Drück Dich deutlicher aus", rief jemand.

„Bitte, gern", rief Jankel temperamentvoll. Dann wandte er sich an Pantelejew: „Lenjka, erzähl mal das mit Starolinski."

Lenjka stand auf, zog die Luft durch die Nase und sagte:

„Das stimmt. Starolinski hat bei uns den nötigen Schliff bekommen. Von den Abenteuern mit Dolgoruki bis zu den JK. ist ein langer Weg. Ihr wißt aber, daß Starolinski das fertig gebracht hat, und zwar tadellos. Schaut ihn Euch an. Da sitzt er. Könnt Ihr Euch jetzt noch vorstellen, daß Starolinski Kasse geklaut hat? Unmöglich. Starolinski ist unser bestes Mitglied. Was ist da noch viel zu sagen?"

Der Anblick des verlegenen Starolinski zwang alle einen Augenblick, an die Richtigkeit des Standpunktes der Minderheit zu glauben. Doch Conin und Pylnikow, die gleich danach auftraten, zerpflückten im Nu alle Argumente Jankels und Pantelejews.

Die Versammlung beschloß:

„Die Aufnahme neuer Mitglieder ist zu beschränken. Jeder Bewerber muß einen Probemonat durchmachen, dann einen Monat Kandidatur, wobei er drei Empfehlungen vorzulegen hat, und dann einen Monat wissenschaftlicher Vorbereitung."

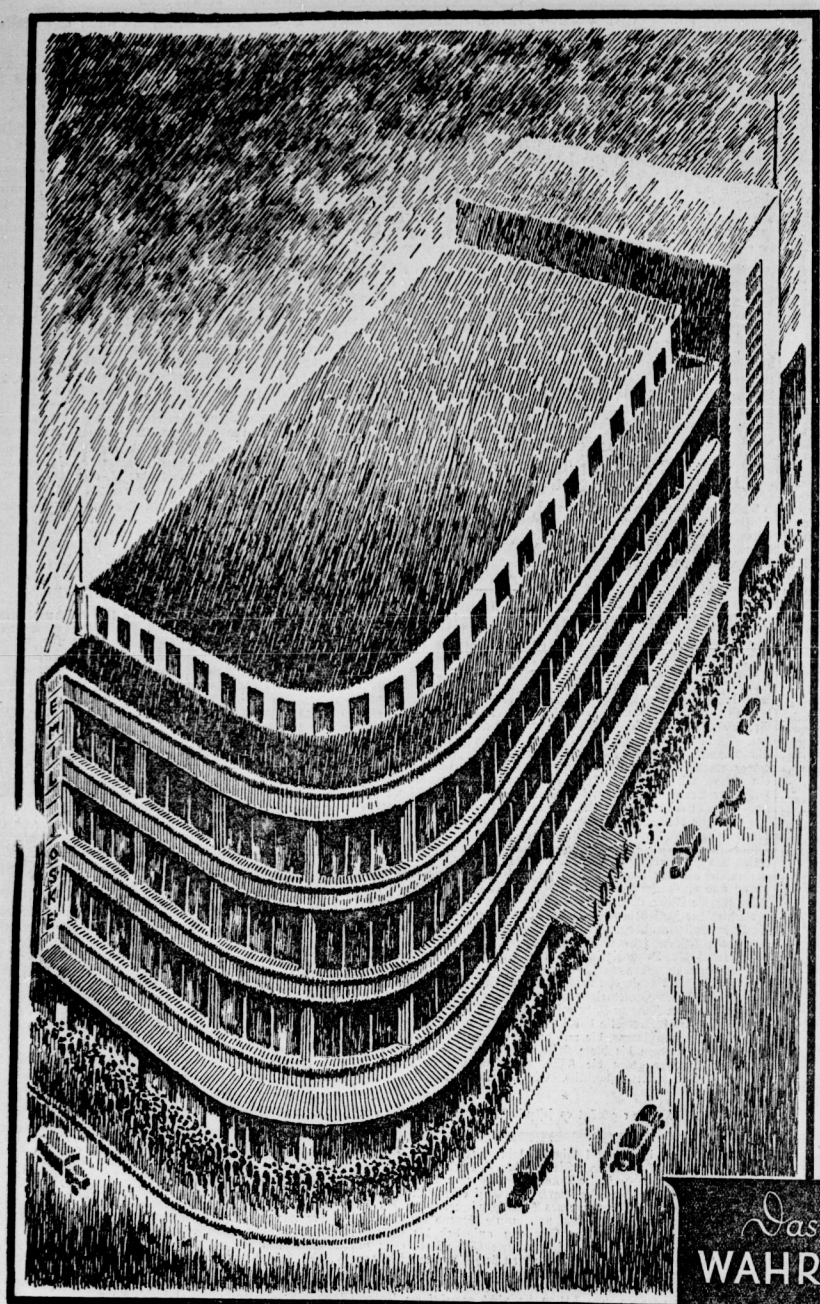
Die Minderheit war ganz niedergeschlagen. Sie stimmte dagegen, dann kletterte sie auf ein Fensterbrett, rauchte Zigaretten an und weigerte sich, noch weiter an der Versammlung teilzunehmen.

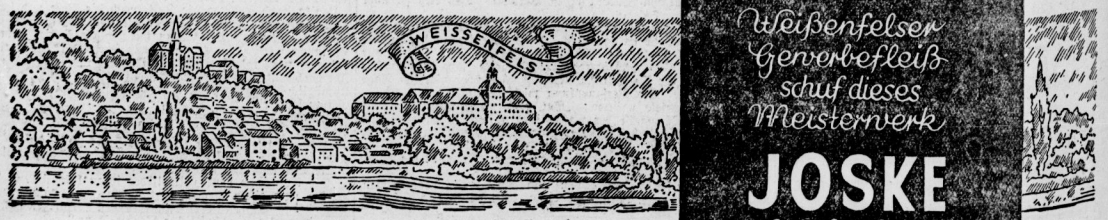
„Das ist ganz falsch. Damit wird die Zelle zur Ohnmacht verurteilt. Damit wird die Zelle unter Druck gesetzt."

Jankel kochte vor Aufregung, biß nervös ganze Stücke von seinem Zigarettenmundstück ab und spuckte sie durchs Fenster auf die Straße. Die und Pantelejew stimmten ihm leise zu. Inzwischen erörterte die Versammlung eine Theateraufführung. Als alle ihre Meinung geäußert hatten, machte Conin den Versuch, die Minderheit zu versöhnen.

(Fortsetzung folgt!)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291203-15/fragment/page=0003





Das jüngste
WAHRZEICHEN
von
WEISSENFELS

Weißenfelser
Gewerbefleiß
schuf dieses
Meisterwerk

JOSKE
Weißenfels

Eröffnung in einigen Tagen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291203-15/fragment/page=0004

AUS MITTELDEUTSCHLAND

Arbeiter, sie wollen Euch fangen!

Alfred Hugenberg, der gegenwärtige Führer der Deutschnationalen Volkspartei, auf dem Kasseler deutschnationalen Tag gegen den Young-Plan sprach, sagte er heuchlerisch, daß man die deutsche Arbeiterschaft aufs schwerste bedrücken. Diese Feststellung ist im Munde des schwerreichen Mannes eine unbeschreibliche Heuchelei. Derselbe Hugenberg, der einer der größten Zeitungskonzerne und des größten Filmkonzerns ist, der 50facher Millionär ist, hat plötzlich für die Arbeiterschaft entdeckt. Ist daran etwas Wahres? Nicht ein Fünchen. Es dreht sich für die Deutschnationalen das ganze faschistische Lager nur darum, die Arbeiterschaft mit diesem Köder einzufangen für ihren Volksentscheid gegen den Young-Plan. Wir Kommunisten sind auch gegen den Young-Plan, weil er das Instrument darstellt, mit dem die Banken aller großen Länder gemeinsam aus der deutschen Volkswirtschaft und den werktätigen Bauern das Geld für die Reparationen herauspressen wollen. In der Ausplünderung der Volksmassen waren die Deutschnationalen, zuvorderst Hugenberg, mit dabei.

Jetzt aber machen sie einen Volksentscheid gegen den Young-Plan. Weil sie unter dieser Parole so viel wie möglich Anhänger einfangen wollen und alle faschistischen Kräfte zusammenziehen wollen in einer festen Front, auf die gestützt die faschistische Diktatur in Deutschland aufgerichtet werden soll. Allein die Führer der wildesten Arbeiterfeinde und der größten, brutalsten Kapitalisten diktieren die Handlungen Hugenbergs und seiner Garde bei dem Volksentscheidsschwindel.

Tretet den Faschisten überall entgegen. Die einzige Kraft, die den Young-Plan samt der Hugenberg-Front zertrümmern kann, ist die revolutionäre Arbeiterklasse unter Führung der KPD.

Erfolgreicher Streik an der Saaletalsperre

Da der bei der Firma Holzmann üblichen Methode wurde der Spitzenkandidat des Betriebsrates ohne Grund fristlos entlassen.

Darauf trat am Donnerstag früh die Belegschaft geschlossen in den Streik.

Sie stellte folgende Forderungen auf:

Wiedereinstellung des betreffenden Betriebsratskandidaten.
Anerkennung der Betriebsratsliste.
Bezahlung des Arbeitsausfalls.
Keine nachträglichen Maßregelungen.

Nach zweitägiger Verhandlung, in der der Angestellte des Baugewerbebundes, Hermann, eine klägliche Vermittlungsrolle zu spielen versuchte, wurden **die Forderungen restlos durchgedrückt** und die Arbeit mit dem Beginn der Nachmittagsschicht wieder aufgenommen. Dieser Erfolg ist ein Beweis dafür, was durch Solidarität und geschlossenen Kampf zu erreichen ist. Selbstverständlich hatte die Polizei sieben Mann hoch sofort auf der Baustelle. Die Belegschaft ließ sich aber nicht provozieren.

Soll erst ein ganzes Dorf einstürzen?

Zu dem Wohnungselend noch die Einsturzgefahr — Eine kommunistische Anfrage — Völlig unzulängliche Sicherheitsmaßnahmen!

Die Genossen Schwenk, Schlag, Lademann und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Kommunistischen Partei haben im Landtag folgende Kleine Anfrage eingebracht:

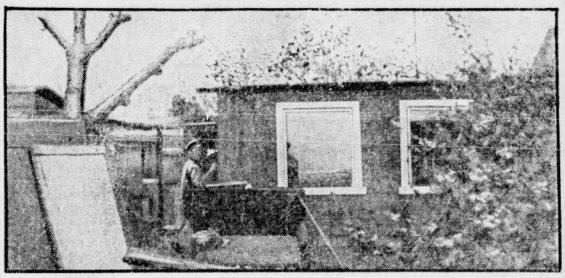
In Neumark, Kreis Merseburg, wird durch den Braunkohlentagebau und Abraumbetrieb der „Gewerkschaft Leonhardt" der ganze Nordwestteil des Ortes gefährdet. Die Wohnhäuser, die zum Teil nur 60 bis 80 Meter von den Grubenanlagen entfernt sind,

drohen durch die Erdsenkung einzustürzen.

Davon werden etwa 40 Mieter einschließlich der Hausbesitzer betroffen. Durch den immer weiteren Entzug des Grundwassers und die Vergrößerung der Grubenanlagen nimmt die **Erdsenkung** und damit auch die **Einsturzgefahr** zu, und das

Bewohnen der Häuser ist dadurch mit Lebensgefahr verbunden.

Obwohl seit November 1928 bei der Besichtigung behördlicherseits angeordnet wurde, die Wohnungen zu räumen, wohnt der



größte Teil der Mieter **immer noch in diesen bedrohten Wohnungen,** da Ersatzwohnungen nicht zur Verfügung gestellt werden.

Wir fragen daher:

1. Ist das Staatsministerium bereit, sofort Maßnahmen zu treffen, damit das Leben der Bewohner gesichert wird?
2. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, damit die Bewohner für den durch die Grubenverwaltung zugefügten Schaden ausreichend entschädigt werden?
3. Ist das Staatsministerium bereit, auf die Behörden einzuwirken, daß sie sofort Maßnahmen treffen, um den Bewohnern ausreichende Wohnräume zur Verfügung zu stellen?

Berlin, den 28. August 1929. Eingegangen 29. August 1929.

Die Antwort des Zentrumsministers Hirtsiefer auf die Anfrage:

Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt. Berlin, den 23. November 1928.

An den Herrn Präsidenten des Landtags.

Ueber Gefährdung des Ortes Neumark durch Bergwerksbetrieb.

Zu Ziffer 1: Maßnahmen zur Sicherung des Lebens der Bewohner sind getroffen. Die in Betracht kommenden Häuser werden durch das Bauamt des Kreises Querfurt ständig überwacht. Die gefährdeten Häuser sind teils geräumt, teils sollen sie — nötigenfalls durch Anwendung polizeilichen Zwanges — wieder instand gesetzt werden, soweit das noch nicht geschehen ist.

Zu Ziffer 2: Die Schadenersatzfrage kann nur im Zivilprozeßwege entschieden werden, falls die Grubenverwaltung und die Hauseigentümer sich nicht gütlich einigen.

Zu Ziffer 3: Soweit schadhafte Wohnungen nicht mehr instand gesetzt werden konnten, ist für die Unterbringung der dadurch wohnungslos gewordenen Familien in Dauerwohnungen Sorge getragen.

Zugleich im Namen des Preußischen Ministers für Handel und Gewerbe.

Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt.
In Vertretung: Conze.

Die Antwort und die Maßnahmen der Regierung sind völlig ungenügend. Was nützt es, wenn das Kreisbauamt ständig überwacht. Dadurch wird die Gefahr des Einstürzens und die damit verbundenen unabsehbaren Folgen nicht beseitigt.

Wir verlangen die Räumung dieses lebensgefährlichen Gebietes und ausreichende Ersatzwohnungen für die Bevölkerung.

☆

§ 115 der Reichsverfassung:

„Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich. Ausnahmen sind nur auf Grund von Gesetzen zulässig." Zulässig ist also auch das Wohnen in Lauben. (Siehe unser Bild.)

☆

Der Willkür wird Tür und Tor geöffnet

Vereinfachungen im Verfahren in der Arbeitslosenversicherung

Die Landesarbeitsämter schreiben:

Das Verfahren in der Arbeitslosenversicherung sind durch die Novelle vom 12. Oktober 1929 einige wesentliche Vereinfachungen erfahren. So ist das bisher umständliche und zeitraubende Ueberweisungsverfahren eines Arbeitslosen an ein anderes Arbeitsamt dadurch vereinfacht worden,

daß künftig der Vorsitzende des überweisenden Arbeitsamtes allein entscheidet.

Gegen einen ablehnenden Beschluß des Vorsitzenden ist dem Arbeitslosen nur die Beschwerde an den Sprechausschuß gestattet, dessen Entscheidung nicht weiter angefochten werden kann.

Um eine Beschränkung der Zahl der Berufungen an die Spruchausschüsse der Landesarbeitsämter zu erreichen, ist die Bestimmung getroffen, daß die Berufung gegen eine Entscheidung des Spruchausschusses, durch die eine Entscheidung des Vorsitzenden bestätigt wird, nur dann zulässig ist, wenn sie nicht einstimmig gefaßt ist,

Zurück zum Zigeunerleben

und wenn der Spruchausschuß die Berufung wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falles ausdrücklich zulässt.

Für die Hauskontrolle, ohne die eine wirksame Ueberwachung der Arbeitslosen, insbesondere hinsichtlich der Uebernahme von Nebenarbeit, nicht durchzuführen ist, ist im neuen Gesetz eine Rechtsgrundlage geschaffen worden.

Die Beauftragten des Arbeitsamtes sind in Zukunft berechtigt, die Wohnung einer Person, die Arbeitslosenunterstützung bezieht oder beantragt hat, zu betreten, wenn das Arbeitsamt dies zur Feststellung, ob die Voraussetzungen der Arbeitslosenunterstützung vorliegen, für erforderlich hält. (!!)

*

Solche Bestimmungen nennt das Landesarbeitsamt Vereinfachungen im Verfahren in der Arbeitslosenversicherung. Wir sind der Meinung, daß es richtiger wäre, man schriebe statt „Verfahren": **Verhungern.**

Zunächst die beiden ersten Absätze. Sie besagen nicht mehr und nicht weniger, als daß nach der bisherigen Praxis des Spruchausschusses, dessen Beschlüsse ja in den allermeisten Fällen einstimmig gefaßt werden, weil die in den Ausschüssen sitzenden Gewerkschaftsbonzen mindestens genau so stark für die Einsparung von Geldern interessiert sind, wie die Vertreter der Unternehmer, der Erwerbslose seiner Rechte stark beschnitten wird.

Der beschwerdeführende Erwerbslose ist somit in Zukunft nicht mehr in der Lage, gegen einen Bescheid des Spruchausschusses Berufung einzulegen, d. h. auf gut Deutsch: Zahlen und das Maul halten.

Er darf die Beiträge bezahlen für die Erwerbslosenversicherung; aber ob er Unterstützung bekommt, das hängt von dem Wohlwollen der Arbeitsämter und der Spruchausschüsse ab.

Der dritte Absatz obigen Schreibens verdient besonders unter die Lupe genommen zu werden. Demnach ist es den

Schnüfflern des Arbeitsamtes jederzeit gestattet, in die Wohnungen der Erwerbslosen einzudringen, um festzustellen, was dort betrieben wird.

Uns soll es gar nicht wundern, daß man einer unterstützungsberechtigten Hausfrau die Unterstützung entzieht, wenn sie irgendwelche häuslichen Arbeiten, wie Instandsetzung der Kleidung für ihre Kinder, verrichtet, was sie früher in besseren Zeiten von einer Schneiderin hat ausführen lassen, oder wenn ein erwerbsloser Familienvater für seine Familienmitglieder die Schuhe selbst repariert.

Jedenfalls werden durch diese Bestimmung der Willkür Tür und Tor geöffnet, so daß die Arbeitslosen aller Veranlassung haben, durch geschlossenes Auftreten den Schnüfflern das Handwerk zu legen.

Teure Bäume — niedriger Lohn

Das christliche Weihnachtsfest naht wieder, das besonders dadurch gefeiert wird, daß ein Tannenbaum im Lichterglanz in den Wohnungen erstrahlt. Vorausgesetzt natürlich, daß genügend Geld vorhanden ist, um die Ausgaben für einen Tannenbaum und was drum und dran bammelt, tragen zu können. Dieses Weihnachtsbaumgeschäft bringt auch hier im Harz etwas Arbeitsmöglichkeit. Schon im November geht es los, um die Bäume zu schlagen. Sehr oft müssen auch die Holzarbeiter mit Steigeisen Bäume erklettern und die Spitzen jener Stämme absägen, die im nächsten Jahre geschlagen werden sollen.

Das Weihnachtsbaumschlagen ist also auch mit Gefahren verknüpft. Und dabei wird diese Arbeit gar nicht gut bezahlt. Von den Aufkäufern wird aber pro Baum ein Preis von 50 bis 80 Pf. genommen, so daß bestimmt kein Baum unter einer Mark zu haben sein wird.

Am besten wäre es ja, wenn dieser ganze christliche Spuk mit dem Weihnachtsfest ein Ende nehmen würde. An und für sich tritt ja an diesem christlichen Feiertage der Klassengegensatz besonders scharf in Erscheinung, da die Kinder der Armen sich mit einigen Pfefferkuchen und einem der billigen Spielzeuge bescheiden müssen, während die Kinder der Reichen von ihren Gaben erdrückt werden.

Rückfällig aus Not

Der Reisende Otto Ehser war für die Firma Bastian & Co. in Leipzig tätig. Durch Einschicken von fingierten Bestellscheinen beschaffte er sich widerrechtlich von der Firma 15 Mark. Vor Gericht war er geständig und gibt an, in Not gehandelt zu haben, da er mittellos nach Weißenfels kam und seinen Lebensunterhalt nicht bestreiten konnte, denn die Firma hatte ihn ohne einen Pfennig Geld herausgeschickt. Infolge vieler Vorstrafen wurde er trotzdem wegen schwerer Urkundenfälschung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Disziplinlosigkeit eines Fahrers

Wegen Vergehens gegen die polizeiliche Verkehrsordnung wurde der Kraftwagenführer Gustav Langer aus Leipzig zu 80 Mark Geldstrafe verurteilt. Er gibt zu, am 8. September in Groß-Gehren zwar in mäßigem Tempo, jedoch auf der linken Straßenseite gefahren zu sein, wodurch er mit einem entgegenkommenden Motorradfahrer zusammenstieß. Dieser erlitt einen Oberschenkelbruch, an dessen Folgen er heute noch darniederliegt.

Erfurt. Ein Knabe getötet, einer schwer verletzt. Auf dem Gelände des ehemaligen Munitionslagers an der Schwerborner Landstraße, in der Nähe der Bunsenstraße, ereignete sich am Sonnabend gegen 16 Uhr ein schreckliches Unglück. Der etwa 17jährige Gerhard Schmidt und der 3½jährige Horst Kumme hatten auf dem Platz einen Zünder gefunden, mit dem sie herumspielten und ihn auch gegen einen Stein schlugen. Plötzlich explodierte der Zünder und Gerhard Schmidt wurde sofort getötet, während der andere schwere Verletzungen erlitt.

Altenburg. Nationalsozialistische Rüpeleien. Im Anschluß an eine Werbeveranstaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei am Sonntag überfiel ein Trupp Nationalsozialisten eine Anzahl jüdischer Bewohner und mißhandelte sie. An der Ecke Berg- und Frauengasse wurden von den Nationalsozialisten einige Reichsbannerleute geschlagen. Die Angegriffenen haben teilweise nicht unerhebliche Verletzungen davongetragen. Die Täter haben sich bisher nicht ermitteln lassen. Die durch die Vorkommnisse erregten Bewohner und Straßenpassanten konnten nur durch energisches Eingreifen der Polizei davon abgehalten werden, auf die Nationalsozialisten einzudringen.

Halberstadt. Neue 50 000-Voltleitung. Die neue 50 000-Volt-Ueberlandleitung der Esag zwischen dem Kraftwerk Nachterstedt und der Stadt Halberstadt ist fertiggestellt worden.

Dessau. Eingemeindungsbestrebungen machen sich schon wieder beim Magistrat bemerkbar. Die Erwägungen des Magistrats zielen darauf hin, die Nachbargemeinden Joniz, Schölitz, Pötnitz, Dellnau und Raundorf in Dessau einzugemeinden, so daß hierdurch die Bevölkerungszahl um rund 3000 wachsen würde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291203-15/fragment/page=0005

Stadt Halle

3. Dezember 1929.

Waschtag

Von Paul Körner

Wäschekörbe schleppen
Hoch die hohen Treppen.
Reiben ohne Ende,
Das zerreißt die Hände.
Feuer in dem Herde,
Wasser an der Erde,
Schuhwerk ist nicht dicht.
In die Glieder steigt die Gic
Kleider, grün und blau,
Von der gnäd'gen Frau,
Wäscht die Waschfrau reine,
Selber hat sie keine.
Und das Waschfrau'nessen,
Das ist knapp bemessen.
Mehr gibt man den Hunden.
Und die Arbeitsstunden
Wollen gar nicht enden,
Zittern in den Händen.
Waschen, spülen, wringen,
In den Gliedern singen
Schmerzen von der Schuftere
Wäsche ist erst spät vorbei.
Wie die Knochen jammern.
Nun noch alles flammern,
Dann ist Nacht.
Gnäd'ge Herrschaft lacht.
Doch die arme Waschfrau denkt:
Wann man statt der Wäsche Herrschaften aufhängt!

Wer verursacht die Verrußung des Saalbergs?

Die Freyberg-Brauerei meldet sich

Vorige Woche veröffentlichten wir eine uns von mehreren Bewohnern des Saalberges übersandte Zuschrift, in welcher der unerträgliche Uebelstand der Verunreinigung des Saalberges mit Ruß und Asche kritisiert und Abhilfe gefordert wurde. Die Bewohner des Saalberges, die über diese Schweinerei äußerst empört sind, sind auf Grund ihrer Beobachtungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß vor allem die Freyberg-Brauerei an diesem Uebelstand schuld trage. Die Freyberg-Brauerei hat uns nun auf Grund des § 11 des Pressegesetzes folgende Berichtigung zugesandt:

„Da genannte Straße, soweit sie nicht einen Teil des Brauereigrundstücks bildet, unmittelbar an die Firma angrenzt, hätten Sie sich ohne weiteres sagen müssen, daß diese Nähe den Ruß- resp. Aschefall durch den Schornstein der Brauerei zumindest unwahrscheinlich erscheinen läßt, da sich bekanntlich erst in etwas größerer Entfernung diese Stoffe zu Boden senken. Abgesehen von einer Reihe anderer industrieller Unternehmungen befindet sich aber auf der anderen Seite der Saale

das Elektrizitätswerk, welches mit seiner Großanlage von 24 Kesseln eine ziemliche Menge Ruß und Asche in die Luft hinausströmen läßt.

Der Schreiber dieser Zeilen hat oft genug Gelegenheit gehabt, bei Nordwestwind beobachten zu können, wie sich diese Bestandteile auf dem Brauereihof niederlassen und neigen wir deshalb zu der Annahme, daß der von Ihnen gerügte Uebelstand das städtische Elektrizitätswerk als Ausgangspunkt hat. Da wir den weitaus größten Teil unserer Kraft von der Stadt beziehen, haben wir selbst nur eine verhältnismäßig kleine Anlage von zwei Kesseln und dürften Sie schon hieraus entnehmen, daß der Schuldige woanders zu suchen ist, besonders wo eine Verunreinigung des Saalberges durch den Brauereischornstein bei Südwind überhaupt nur möglich sein kann und dieser nur ganz selten zu sein pflegt, während der im allgemeinen wehende West- oder Nordwestwind über die Schornsteine des Elektrizitätswerkes und auch des Steinkohle verfeuernden Gaswerkes direkte Richtung auf den Saalberg hält. Daraus können Sie also ersehen, daß der beanstandete Ruß- und Aschefall auf den Saalberg von unserer Firma technisch überhaupt nicht herrühren kann."

*

Die Verrußung des Saalberges wird von der Freyberg-Brauerei also ausdrücklichst bestätigt. Wenn die Ursache der Saalberg-Verschmutzung nicht von der Freyberg-Brauerei ausgeht, sondern wie es in der Berichtigung heißt, von anderen industriellen Unternehmungen oder gar vom städtischen Elektrizitätswerk, so ist es eine Selbstverständlichkeit, daß gegen diese Urheber aufs schärfste vorgegangen werden muß.

Da die Verschmutzung des Saalberges schon im gesundheitlichen Interesse der Bewohner schleunigst abgestellt werden muß, fordern wir vom Magistrat der Stadt Halle eine sofortige Untersuchung!

Erst eine solche Untersuchung wird ergeben, ob die gegen die Freyberg-Brauerei erhobenen Vorwürfe zu recht bestehen oder nicht. Vielleicht tut Herr Freyberg als neu gewählter Stadtverordneter des Bürgerblocks ebenfalls sein möglichstes, um die Einleitung einer solchen Untersuchung zustande zu bringen. Die Meinung des Bürgerblocks über die Verschmutzung des westlichen Stadtteils durch Industriequalm steht jedoch, wie die letzten Debatten im Stadtparlament über die Schaffung von Grünanlagen am Sophienhafen bewiesen haben, sehr wenig im Einklang mit den Interessen der Bevölkerung!

Halle ist als Industriezentrum keine Gartenstadt. Möge die Bevölkerung nur ruhig Ruß und Asche weiter fressen!

Das ist bekanntlich das Motto des Bürgerblocks. Wenn das auch das Motto des Herrn Freyberg ist — da er Bürgerblock-Stadtverordneter ist, liegt die Vermutung sehr nahe —, wird seine Berichtigung niemand ernst nehmen!

Her mit der Winterbeihilfe für die Notleidenden

Offener Brief an den Magistrat der Stadt Halle — Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion fordert sofortige Einberufung des Stadtparlaments

Betrifft: Antrag der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion auf sofortigen Zusammentritt des neugewählten Stadtparlaments in Halle nach Ablauf der Einspruchsfrist. Der Zusammentritt des Stadtparlaments muß noch vor Weihnachten erfolgen, damit den Erwerbslosen, Rentnern und sonstigen Bedürftigen der notleidenden Bevölkerung eine Weihnachtsbeihilfe gezahlt werden kann.

Begründung: Mehr als 14 Tage sind seit der Wahl des neuen Stadtparlaments vergangen. Ein Termin für die erste Tagung ist vom Magistrat noch immer nicht angesetzt worden. Dagegen berichtet die gesamte bürgerliche Presse einschließlich des „Volksblatt" darüber, daß die erste Sitzung erst zu Beginn des neuen Jahres stattfinden soll. Als Grund wird angegeben, daß sonst im neuen Jahre die umständliche Bürowahl entsprechend den Bestimmungen der Städteordnung nochmals vorgenommen werden müßte, wenn bereits in diesem Jahre eine Stadtverordnetenversammlung stattfindet.

Wir Kommunisten haben noch vor Weihnachten im Interesse der notleidenden Arbeiterbevölkerung der Stadt Halle eine solche Fülle von Anträgen zu stellen, daß wir gezwungen sind, die sofortige Einberufung einer Stadtverordnetensitzung nach Ablauf der Einspruchsfrist mit aller Energie zu fordern. Da es sich hierbei um Forderungen handelt, von denen sehr viele alljährlich von unserer Fraktion vor Weihnachten gestellt worden sind, handelt es sich bei der Verschleppung der ersten Sitzung auf das nächste Jahr um einen Akt der Stadtverwaltung der kommunistischen Fraktion gegenüber und die von ihr vertretenen Arbeitermassen der Stadt Halle.

Es mag sein, daß eine doppelte Bürowahl den bürgerlichen und sozialdemokratischen Abgeordneten zu viel Umstände bereitet. Uns Kommunisten kommt es nicht auf die Menge der Arbeit, sondern auf die Durchführung der Maßnahmen, die im Interesse der Massen notwendig sind, an. Eine proletarische Stadtverwaltung würde genau so denken.

Bei der reaktionären Zusammensetzung des hallischen Magistrats ist anzunehmen, daß er unserem Wunsche nicht ohne weiteres entsprechen wird. Darum fordern wir die Arbeiterbevölkerung der Stadt Halle auf, den Vorstoß der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion durch entsprechende Maßnahmen zu unterstützen.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion, Halle.

*

Wir sind der festen Ueberzeugung, daß dieser Schritt der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion bei der hallischen werktätigen Bevölkerung größten Widerhall finden wird, gerade in diesem Jahre macht sich infolge der riesigen Erwerbslosigkeit, der stetig wachsenden Teuerung eine großzügige Winterhilfe für die werktätigen Massen erst recht notwendig. Den Erwerbslosen ist durch das bekannte Raubgesetz der Koalitionsregierung die Unterstützung gekürzt worden, das Elend der Klein- und Sozialrentner ist unermeßlich gewachsen, die Lage der städtischen Arbeiter ist auf Grund der neugegründeten Werks-A.-G. weiter verschlechtert.

Heute noch wird den städtischen Arbeitern wöchentlich [illegible] für den im vorigen Jahre gewährten Vorschuß abgezogen. Das ist einfach ein Skandal!

All diese Tatsachen müßten einen Magistrat, der auch nur einen Funken sozialen Verständnisses besitzt, von selbst veranlassen, zur Linderung der Notlage der werktätigen Bevölkerung beizutragen. Aber daran denkt der reaktionäre hallische Magistrat selbstverständlich nicht im entferntesten. Weder der Bürgerblock noch die sozialdemokratische Fraktion machen Gedanken über die Elendslage der minderbemittelten Bevölkerung. Der Winter mit all seinen erschreckenden Folgen für die Werktätigen steht unmittelbar vor der Tür. Das Weihnachtsfest, das die bürgerlichen Moralheuchler als „Fest der Liebe" zelebrieren, bringt den Werktätigen nichts als Hunger, Kälte und graues Elend!

Nur die Kommunisten führen einen energischen Kampf für Bewilligung von Winterbeihilfen und Sonderunterstützungen an die Erwerbslosen, Obdachlosen, Rentner und sonstigen Arbeiter.

Jetzt gilt es, daß alle proletarischen Massenorganisationen die Forderung der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion auf sofortige Einberufung einer Stadtverordnetensitzung in der die Anträge zur Winterhilfe beraten werden können, durch alle Kraft unterstützen. In allen Veranstaltungen, Versammlungen usw. gilt es, die Forderung zu erheben:

Das Stadtparlament muß zusammentreten! Her mit Winterbeihilfe für die notleidende Bevölkerung!

Oppositionelle Delegierte, aufgepaßt!

Generalversammlung im DMV. Halle

Am 4. Dezember findet die Generalversammlung des DMV., Verwaltungsstelle Halle, statt, wo die Delegierten zur Bezirkskonferenz am 15. Dezember nach Eilenburg gewählt werden und die Verhältnisse der Verwaltung Halle auf der Tagesordnung stehen.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung findet heute, Dienstag, den 3. Dezember, 20 Uhr, im Saal der Produktiv, Halle, Lerchenfeldstraße 14, eine Fraktionssitzung statt, zu der jeder oppositionelle Delegierte erscheinen muß. Die Fraktionsleitung.

Parteiarbeiterkonferenz am Donnerstag!

Donnerstag, den 5. Dezember, 20 Uhr, im „Volkspark" (großer Saal): Parteiarbeiterkonferenz aller Partei-, Zellen- und Betriebsfunktionäre.

Thema: Bericht vom Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Referent: BV.

Alle Funktionäre. Delegierten, Betriebsräte und Vertrauensleute aus den Betrieben müssen erscheinen.

Mitgliedbuch ist am Eingange des Saales vorzuzeigen.

KPD. Halle-Saalkreis.

Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter!

Am Mittwoch nach Arbeitsschluß im „Volkspark" wichtige Mitgliederversammlung. Die Sektionsleitung.

Das Ausland und der hallische Flughafen

Mit Riesenstolz verkündet die bürgerliche Presse: Ministerialbeamte sowie der Leiter der Luftlinien des sächsischen Staates statteten kürzlich dem Flughafen Halle-Leipzig einen Besuch ab, um zu Studienzwecken die Einrichtungen des Flughafens in Augenschein zu nehmen. Die Besucher erklärten, in Leipzig auf die vorbildlichen Einrichtungen des hallischen Flughafens aufmerksam gemacht worden zu sein.

Wenn man also schon in London auf den hallischen Flughafen aufmerksam macht, wird es nicht lange dauern, daß die Bewohner nahmen an, daß es sich um einen Flughafen sprechen wird. „Weltberühmtheit" liegt also nicht mehr fern. Ein Gruß Herrn Rive, die Frage einer eventuellen „Studienreise" und Bewilligung von weiteren Millionen für den Flughafen zu erwägen".

Ueberfallkommando wegen einer Frau

Heute früh gegen 3.30 Uhr wurde das Ueberfallkommando nach der Forsterstraße gerufen. Dort hielt sich in einem Gasthof eine Frau unberechtigt auf. Sie wurde zur Personalentstellung nach dem Polizeirevier gebracht.

Ein „Angreifer". Heute früh gegen 2.15 Uhr wurde auf dem Rannischen Platz ein Mann von einem anderen Mann ohne Grund angegriffen und geschlagen. Der Geschlagene trug eine schwere Verletzung am linken Auge davon. Der Angreifer wurde festgestellt.

Die Feuerwehr stellte fest ... Gestern gegen 16.30 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Marthastraße gerufen. Dort war in einen schadhaften Schornstein Rauch in den Boden gedrungen. Die Bewohner nahmen an, daß es sich um einen Brand handelte. Die Feuerwehr stellte fest, daß ein Stück des Bodenbelages in Brand geraten war. Die Gefahr wurde beseitigt.

Brand in der Schneiderstube. Gestern gegen 23 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Grünstraße gerufen. Dort war der Brand statt eines Schneidermeisters durch ein elektrisches Bügeleisen entstanden. Es hatte etwa vier Stunden unter Strom gestanden hatte, ein Brand gebrochen. Die Gefahr wurde durch die Feuerwehr beseitigt.

Paletotmarder an der Arbeit. Wieder wurden in der Nacht zum Sonntag in einer Wirtschaft am Bahnhof zwei Ueberzieher gestohlen. Der Täter soll ein Mann mit einem Spitzbart sein. In der Tasche des einen Ueberrockes befand sich eine Brieftasche mit 20 Mark.

„Menschenarsenal"

im Lichte bürgerlich sozialdemokratischer Kritik

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse veröffentlicht fast täglich Lügenmeldungen über den „politischen und kulturellen Verfall" in der Sowjetunion, über „Knechtung und Unterdrückung" der Arbeiter- und Bauernmassen, über die Barbarei unter der Herrschaft des Sowjetregimes. Das Kennzeichen einer untergehenden Gesellschaftsordnung sind Verfallserscheinungen auf allen Gebieten. Auch auf dem Gebiete der Kunst drückt sich z. B. der Untergang der bürgerlichen Gesellschaft aus. Die bürgerliche Kunst ist nicht mehr in der Lage, Positives zu leisten, sie trägt offenkundig den Stempel der Entartung, der Zersetzung. Am deutlichsten zeigt sich das auf dem Gebiete der bürgerlichen Filmproduktion, die vollkommen darniederliegt. Der größte Prozentsatz aller bürgerlichen Filme steht künstlerisch auf dem niedrigsten Niveau, abgesehen von dem Wust der Kitsch- und Schundfilme. Einzig und allein die Filmproduktion der Sowjetunion erreichte einen noch nie dagewesenen künstlerischen und geistigen Höhepunkt!

Anläßlich der Aufführung des neuesten russischen Großfilms: Menschenarsenal in Halle ist es einmal interessant, die Kritiken der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse zu verfolgen. Das hohe künstlerische Niveau der russischen Filme wird ausnahmslos anerkannt. „Die Russen sind Meister in der Filmregie und in der mimischen Kunst." — In dem Film bewundern wir wieder das hohe künstlerische Geschick der Russen, zu photographieren" — so klingt es aus den verschiedensten Besprechungen der hallischen Presse. Aber — —

Nur ein im Aufstieg begriffenes Land kann solche Leistungen vollbringen. Dieser Tatsache sind sich die bürgerlichen und sozialdemokratischen Kritikaster wohl bewußt. Es geht aber nicht, diese Tatsache anzuerkennen und deshalb muß auch dieser Film dazu herhalten, um der ††† Sowjetdiktatur eins auszuwischen. Die „Hallesche Zeitung" versucht neben der Feststellung der „krassesten Tendenz" angesichts des Entkommens José Rells über das „Marschieren der Weltrevolution" zu höhnen. Das ist Dummheit, geboren aus Haß und Wut, nichts weiter. Der „neutrale" „Generalanzeiger" — was könnte er anderes tun, als seinen Lesern vor den bösen, grausamen Bolschewiken bange zu machen? Hören wir nur:

„In den Beamten, im Leiter jener Strafanstalt, liegt die ganze Grausamkeit und Tücke der — Tscheka. Hier atmet der alte und ganz neue Moskauer Geist der robusten Unterdrückung ... Aber damit niemand eine falsche Vorstellung bekommt, gemeint ist natürlich bei diesen Zuchthauswärtern nicht die Tscheka, sondern die „andere Seite".

Hört Ihrs? „Moskauer Geist der robusten Unterdrückung". So muß es gemacht werden. Die Methode ist zwar plump überzeugt von einer Kläglichkeit sondergleichen, aber sie wird auf bestimmte Leute ihren Zweck nicht verfehlen! Den Vogel schießt wieder einmal das „Volksblatt" ab, das sich folgenden wunderbaren Witz leistete, den wir zur Erheiterung unserer Leser selbstverständlich hier wiedergeben.

„Die Lehre dieses Films — den kommunistische Kritik natürlich als Kronzeugen des Bolschewismus reklamieren wird — möge sein: So herrscht das internationale Großkapital überall da, wo nicht durch sozialdemokratische Machtergreifung und durch sozialdemokratischen Einfluß ihm Paroli geboten wird."

Was spricht aus all dem? Wut, Neid und Haß über den unverkennbaren, nicht abzustreitenden kulturellen Aufstieg der Sowjetunion. Die Arbeiterschaft wird sich den Film „Menschenarsenal", der in hervorragender Weise von der Aufwärtsentwicklung Rußlands zum Sozialismus Zeugnis ablegt, nun erst recht ansehen.

—th—

Siegfried-Wagner-Erstaufführung im Stadttheater. Am kommenden Sonntag findet unter der musikalischen Leitung von Generalmusikdirektor Erich Band und der Spielleitung von Heinrich Kreutz die Erstaufführung von Siegfried Wagners Märchenspiel „An allem ist Hütchen schuld" statt. Da bereits jetzt eine rege Kartennachfrage aus Leipzig, Magdeburg, ja Berlin einsetzt, das Interesse an dieser Premiere also außerordentlich zu nennen ist, empfiehlt es sich, von dem heute beginnenden Kartenverkauf alsbald Gebrauch zu machen. Einfache Opernpreise.

Lommel beim Arbeiter-Radio-Bund Halle

Am vergangenen Sonnabend hielt die hallische Ortsgruppe des ARBD. das Fest ihres vierjährigen Bestehens ab. Daß hier anläßlich ausgerechnet im Spiegelsaal des „Wintergarten" stattfand, kennzeichnet nur den Kurs im Arbeiter-Radio-Bund, der Kommunisten in seinen Reihen duldet und unter der Fuchtel der Sozialdemokratischen Partei steht. Beweis dafür ist das Flugblatt, das am selbigen Abend als Werbemittel verteilt wurde. Wir wollen auf den Inhalt des Blättchens nicht näher eingehen und nur feststellen, daß es einzige Sammlungen von Aussprüchen aller hoher und höchster Persönlichkeiten über den der Sozialfaschisten von Lügen-Künstler bis Ollenhauer über „Dienst sozialistischer Kulturarbeit" im ARBD. darstellt.

Der einzige Anziehungspunkt des Abends war selbstverständlich Herr Paul Neugebauer-Runzendorf alias Lommel. Wie kam jeder auf seine Kosten. Sein singender und Klavier spielender Lommel, der große Rundfunkkomiker „macht seinen Mann", der Herrmann konnte weniger befriedigen. Denken wir nur an die besser „alleene". Und das stimmt. Ohne Maske Lommels perfekt „richtsverhandlung". Die grotzartige Angeklagte der Sittlichkeitsverbrechen handelnden Personen, sei es nun der Angeklagte oder der Staatsanwalt selbst. Stürmische Heiterkeit entfesselte u. a. eine Imitation der verschiedensten Instrumente des Rungendorf Funkorchester war bis ins kleinste eine vortreffliche Persiflage auf diese Republik. Wie es in manchen Funkstellen bürgerlichen Kitschprogrammen im Rundfunk wurden sie mit großer Ohrfeigen versetzt. Stürmischer Beifall rief den Humoristen immer wieder vor die Rampe.

Der Saal war trotz des hohen Eintrittsgeldes [illegible] überfüllt und bewies, daß Arbeiterveranstaltungen [illegible] großen „Volkspark"-Saal gehören. Der Genuß der Darbietungen wurde durch das lebensgefährliche Gedränge [illegible] geschmälert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291203-15/fragment/page=0006

… kleine Beamte wird gehängt

Zuchthaus wegen 324 Mark Unterschlagung

… Schöffengericht in Halle stand der Postaushelfer … städt. Ihm wurde eine Unterschlagung von 324 Mk. … ner Tätigkeit als Postaushelfer zur Last gelegt. Die … zu einem halben Jahre Zuchthaus erfolgte auf Grund … lichen Paragraphen 349, der für Veruntreuung eines … Dienst keine mildere Strafe zuläßt. Außerdem wurde … lagten noch eine Geldstrafe von 100 Mark zuerkannt.

… rige Angeklagte, von Beruf gelernter Kaufmann, ist … Die kleinen Vorstrafen beim Militär usw. müssen her… den Angeklagten endgültig zu richten.

… ive der Tat treten bei der Schilderung der wirt… en Lage des Angeklagten klar hervor. Sein Gehalt … e Abzüge 36 Mark. Er ist verheiratet und hat zwei … ein und drei Jahren. Die Familie muß in einem … immer hausen. Zum Wegebesorgen ist ein Fahrrad … ung angeschafft. Auf dem gleichen Wege kam man zu … ngseinrichtung. Verständlich ist, daß unter diesen Um… wirklich nicht hohe Gehalt in keiner Weise ausreichte.

… Postaushelfer kann man weiterhin keinen liederlichen … del vorwerfen. Der einzigste Zeuge im Prozeß, sein … kann nicht den leisesten Makel in der Lebensführung … lagten anführen. Besser gesagt, er stellt seinem ehemals … en auf allen Gebieten ein gutes Zeugnis aus.

… Gerichtsschranken steht kein abgebrühter Gauner. Dies … ei jedem Satze der Aussage. Wie der Richter auf die … s Angeklagten zu sprechen kommt, kann der kleine … ine Tränen nicht zurückhalten. Er ist dem Zusammen… Keinesfalls hat er einen „großen Coup“ im Sinne … und den anderen hohen Beamten in Berlin gemacht, … eine Nachnahmesendungen von durchschnittlich 20 Mark … des Monats August und September entwendet. Natür… r auch die darauffolgenden Mahnbriefe verschwinden … iese Unregelmäßigkeiten, insgesamt wurden elf Fälle … konnten nicht unentdeckt bleiben.

… ist aus dem sozialen Milieu, in dem der Angeklagte … ändlich. Der § 349 hat schon manchen kleinen Beamten … Existenz gebracht.

… ie Schuldfrage in diesem Fall aufgerollt wird, kann es … Antwort geben:

… ürgerliche Staat, der seinen unteren Beamten … Verantwortung auferlegt, auf der anderen Seite aber … es Verständnis zeigt und ganz geringe Löhne auszahlt, … die Wohnungsverhältnisse keinesfalls positiv löst, trägt … Umfange die Verantwortung für diese Tat. Nicht der … lfer ist der Schuldige, sondern die bürgerliche Gesell… ung.

Aus dem Saalkreis

… utionärer Wettbewerb im Saalkreis

Die erste Ortsgruppe gegründet

… rgangenen Sonntag wurde in Schiepzig eine selb… Ortsgruppe der Kommunistischen Partei gegründet. Nach … eferat des Genossen Amende über organisatorischen Auf… Aufgaben der Ortsgruppen wurde die Leitung gewählt … bevorstehenden Parteiaufgaben gründlich erörtert. Jeder … wurde verpflichtet, bis zur nächsten Versammlung einen … enossen zu gewinnen.

… g, Arbeitereltern von Wörmlitz-Böllberg!

… eht ein großer Teil von Proletarierkindern vor der Schul… ung. Nach der bürgerlichen Auffassung steht unseren Kindern „ein … n“ bevor. Dieses Leben wird aber nur darin bestehen, daß die schul… Proletarierkinder in die Fron der kapitalistischen Aus… g einbezogen werden. Die Kirche bemüht sich nach allen Regeln der … die Kinder, die Ostern die Schule verlassen, unter ihren Einfluß zu … d sie durch den Konfirmandenunterricht bereits auf die Sklavenarbeit … lichen Ausbeutungssystem vorzubereiten. Wir richten an alle prole… n Eltern den dringenden Appell, alle ihre Kinder, die Ostern … hule entlassen werden, an der von der proletarischen Freidenkerorgani… veranstaltenden Jugendweihe teilnehmen zu lassen. Um einen … über die Zahl der teilnehmenden Kinder zu erhalten sowie infolge des … Januar beginnenden Vorbereitungsunterrichtes ist es schon jetzt not… ß die Arbeitereltern ihre in Frage kommenden Kinder in die in … kaufsstelle des Allgemeinen Konsumvereins aus… iste eintragen!

… witz. **Elektrische Pontonbrücke.** Die Ponton… ber die Saale wird für den elektrischen Betrieb beim Ein… jahren umgebaut.

… richsschwerz. **Vormarsch der Partei.** Heute abend … findet die Gründungsversammlung einer KPD.-Ortsgruppe … Referent: Genosse Amende.

Arbeiter-Sport

Die hallischen Arbeiterkegler gegen die Spalter

Sie entbieten dem oppositionellen Gewerkschaftskongreß Kampfesgrüße

Nachdem wir bereits am Mittwoch über die wichtigsten Ergebnisse der Generalversammlung der hallischen Arbeiterkegler berichteten, wollen wir heute noch folgende Einzelheiten nachtragen:

Die Versammlung nahm zunächst den Geschäfts- und Kassenbericht entgegen. Zum Geschäftsbericht sprach Genosse Ludwig, während Sportgenosse Reinhard über die Kassenverhältnisse berichtete. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Bericht vom Bezirkstag wurde abgesetzt, weshalb Sportgnosse Krey gleich zur Berichterstattung vom Bundestag übergehen konnte. Die Beschlüsse des Bundestages wurden von den in der Diskussion sprechenden Sportgenossen abgelehnt. Sie bezeichneten den auf dem Bundestag vollzogenen Anschluß an die ZK. für Arbeitersport und Körperpflege mit vollem Recht als den ersten Schritt, die Spaltung auch im Arbeiter-Keglerbund durchzuführen. Um zum Ausdruck zu bringen, daß die hallischen Arbeiterkegler sich dem mit allen Mitteln widersetzen werden, wurde vom Sportgenossen Hellkampf eine Entschließung eingereicht, die ähnlich wie die auf dem Bezirkstag der Arbeiterkegler beschlossene Entschließung gegen die Beschlüsse des Frankfurter Bundestages protestiert, weil durch diese die Terrorisierung der Mitgliedschaft ermöglicht wird. Die hallischen Arbeiterkegler fordern in dieser Entschließung die Bundesmitgliedschaft auf, den gemeinsamen Kampf gegen diese Beschlüsse zu führen und das Bündnis mit allen Ausgeschlossenen und oppositionellen Arbeitersportlern zu festigen.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Arbeiterkegler werden sich jederzeit im Sinne dieser Resolution betätigen.

Im weiteren Verlauf der Generalversammlung kritisierte Sportgenosse Ludwig die mangelhafte Mitarbeit einzelner Klubs bei den Veranstaltungen der Ortsgruppe. Im Anschluß hieran wurden noch andere Ortsgruppenangelegenheiten geregelt. Ein Antrag des Sportgenossen Reinhard, das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember zu verlegen, wurde angenommen. Ebenso ein Antrag des Sportgenossen Schröder, das für Städtemannschaften bisher ausgeworfene Geld für Materialanschaffung zu verwenden. Der Vorstand wurde einmütig gewählt. Er setzt sich aus folgenden Sportgenossen zusammen: 1. Vorsitzender Ludwig, 2. Vorsitzender Hellkamp, 1. Kassierer Schlotte, 2. Kassierer Dolle, 1. Schriftführer Riehm, 2. Schriftführer Krause, Revisoren Schmidt und Weber, Technischer Leiter Nützer, Bahnmeister Plötz, Bannerträger Ohms. Als Bundesausschußmitglieder wurden die Sportgenossen Krey, Schuster, Hellkamp und Wolter gewählt.

Nach dem Hinweis auf das mitteldeutsche Keglertreffen am 24. und 25. Mai wurde alsdann beschlossen, dem in Berlin tagenden oppositionellen Gewerkschaftskongreß ein Begrüßungstelegramm zu übermitteln und damit zum Ausdruck zu bringen, daß auch die Arbeitersportler mit dem Kampfe für die revolutionäre Einheit aller Werktätigen engstens verbunden sind.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“

Am Freitag, dem 6. Dezember, 20 Uhr, im „Volkspark“ Vortrag des Genossen Ernst Mühlbach, Hamburg:

„Das große und das kleine Weltgeheimnis.“

Das Rätselvolle des Universums und das Geheimnisvolle des Lebens wird der Vortragende nach den neuesten Forschungen großer Wissenschaftler uns in Wort und Bild klarzumachen versuchen. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu diesem Vortrag herzlichst eingeladen. 4620

J. A.: Der Vorstand.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“, Gau 17, Bezirk 12. Am Sonntag, dem 8. Dezember, vormittags 9 Uhr, findet in Wörmlitz eine Bezirksvorstandssitzung statt, zu welcher folgende Sportgenossen geladen werden: Franz Henze, Wörmlitz; Friedemann, Dölau; R. Losse, Reideburg. Desgleichen findet am Sonntag, dem 15. Dezember, vormittags 9 Uhr, in Canena eine Sportausschußsitzung statt, zu welcher sich nochmals alle obengenannten Sportgenossen freimachen müssen. Pünktliches Erscheinen ist erforderlich. **Der Bezirkssportleiter.**

Vereinsmitteilungen

Arbeiter-Schachklub Halle. Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß am Mittwoch, dem 4. Dezember, unsere fällige Mitgliederversammlung im Vereinslokal „Rakete“ stattfindet. Wir ersuchen die Mitglieder, zahlreich zu erscheinen. 4621] J. A.: Richard Hirsch.

TV. Die Naturfreunde. Mittwoch, 4. Dezember, der Trockenkursus im Heim. Turnen fällt aus. 4619

Vereinigung der Arbeiter-Fotografen, Ortsgruppe Halle. Zur Feier des dreijährigen Bestehens der Ortsgruppe treffen sich alle Mitglieder mit Angehörigen sowie Freunde der Organisation am Sonnabend, 7. Dezember, 20 Uhr, im „Schloß Freiimfelde“, Freiimfelder Straße, Nähe Schlachthof. **Der Vorstand.** 4618

Wie wird das Wetter?

Für Mittwoch: Auffrischende Winde aus südwest bis südost, wolkig oder trübe. Zeitweise etwas Regen, milde.

Für Donnerstag: Fortdauer des herrschenden Witterungscharakters wahrscheinlich.

Briefkasten

O. R. 16. Die französische Radiostation Toulouse sendet direkt. Es kommen allerdings auch Uebertragungen vom Ausland auf deutsche Sender vor, aber nur selten, z. B. bei Reportagen oder besonderen Veranstaltungen. Die Einstellung der Apparate auf die verschiedenen Stationen ist durch ihre Vielfältigkeit bedingt. Toulouse ist mit einem 3-Röhrenapparat und Innen-Antenne bei guter Lage bestimmt zu bekommen. F. K.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle, für Politik und Wirtschaft; Bruno Rothe, Halle, für Lokales und Saalkreis; Bernard Koenen, Merseburg, für Provinz; Kurt Kühn, Merseburg, für Feuilleton, Reporter, Sport; Fritz Lessig, Halle, für Gewerkschaften und Aus den Betrieben; Fritz Krob, Halle, für den Verlag und Anzeigenteil.

Versammlungen der KPD.

Stadtorganisation Halle

Stadtteil Südwest. Mittwoch, 4. Dezember, 20 Uhr, bei Weinrich, Böllberger Weg. Stadtteilleitungssitzung. Die Polleiter der Betriebszellen haben zu erscheinen.

Stadtteil Süden. Mittwoch, 4. Dezember, 20 Uhr, im „Thüringer Schloß“ wichtige Funktionärsitzung. Alle Genossen der Betriebs- und Straßenzellen müssen anwesend sein.

Stadtteil Osten. Mittwoch, 4. Dezember, 20 Uhr, bei Hübner Funktionärsitzung. Jeder muß erscheinen.

Halle. Stadtteil Zentrum. Mittwoch, 4. Dezember, 20 Uhr, in der „Goldenen Kette“, Alter Markt, wichtige Funktionärsitzung, zu der alle Kassierer, Straßenzellen-, Pol- und Orgleiter sowie die Frauenleitung zu erscheinen haben. Referent der BL. anwesend.

Halle. Stadtteil Westen. Mittwoch, 4. Dezember, 19 Uhr, Stadtteilleitungssitzung; 20 Uhr Funktionärsitzung in der Produktiv. Alle Funktionäre der Betriebs- und Straßenzellen haben restlos zu erscheinen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Rietleben. Dienstag, 3. Dezember, 20 Uhr, in der „Sonne“ Mitgliederversamml.

Gröbers. Dienstag, 3. Dezember, 20 Uhr, im „Hirsch“ öffentliche Versammlung. Referent Gen. Rothe.

Friedrichsschwerz. Dienstag, 3. Dezember, 20 Uhr, bei Kupfer Versammlung der Sympathisierenden. Referent Gen. Amende.

Lettin. Mittwoch, 4. Dezember, 20 Uhr, in der „Erholung“ Mitgliederversamml.

Reideburg. Mittwoch, 4. Dezember, 20 Uhr, bei Schrader Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Donnerstag 20 Uhr in der „Quelle“, Saalstraße, Frauenversammlung. Jede Genossin sorgt für weiteste Bekanntmachung.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 4. Dez., 20 Uhr, in der „Kaffeeschänke“ Probe der roten Truppe.

Weißenfels. Donnerstag, 5. Dezember, 20 Uhr, im „Tivoli“ Funktionärsitzung.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Mittwoch, den 4. Dezember, 19 Uhr, im „Bürgergarten“ Kommunalarbeiter-Konferenz. Referent der BL.

Roitzsch. Donnerstag, 5. Dezember, 20 Uhr, in der „Gemeindeschänke“ Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Mansfeld

Teutschenthal. Dienstag, 3. Dezember, 20 Uhr, im „Würdenhof“ öffentliche Versammlung. Referent Genosse Lessig.

Unterbezirk Sangerhausen-Nordhausen

Uriern. Mittwoch, 4. Dez., 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Ref. Gen. W. Koenen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Bockwitz. Heute 20 Uhr im „Volkshaus“ politischer Diskussionsabend. Alle Genossinnen und Genossen aus dem Arbeitsgebiet sind dazu eingeladen.

Unterbezirk Delitzsch

Eilenburg. Mittwoch, 4. Dezember, 20 Uhr, in der „Stadt Leipzig“ Mitgliederversammlung. Referent der BL.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Mitteilung der BL. Monatsplan für Dezember sofort an die BL. einsenden. Gruppenkassierer sofort abrechnen

Heute, Dienstag, UBL. und die Kommission zur Vorbereitung der KJJ.-Kundgebung 19 Uhr im Büro Sitzung.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

An alle Ortsgruppen im UB. Halle-Saalkreis!

Der Termin für Abrechnung der Sammellisten zur Wochenschule in Annaburg ist längst fällig. Rechnet sofort ab!

Halle. Achtung, Berufsschüler! Sofort Berichte für Berufsschulzeitung im Jugendbüro abgeben. Weiterhin muß sofort Material für die Berufsschule im Jugendbüro abgeholt werden.

Halle. Heute, Dienstag, treffen sich alle Genossen, welche Sport- und Kulturorganisationen angehören, um 20 Uhr in der Produktiv.

Halle. Gruppe Süden 2. 20 Uhr in der „Granate“ Unterhaltungsabend.

Halle. Mittwoch 20 Uhr Gruppenkassierer im Büro abrechnen.

Halle. Mittwoch Bibliothekstunde von 19—20 Uhr in der „Goldenen Kette“.

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Dienstag Zelle Lenin Zellenversammlung bei Bischof.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Dienstag 20 Uhr im „Lindenhof“ Gruppenabend.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße 14

Halle. Agitprop-Gruppe Dienstag um 18 Uhr in der Produktiv.

Halle. Leitersitzung Dienstag um 20 Uhr.

Halle. Mittwoch um 18 Uhr in der Produktiv Zirkelabend.

Weißenfels. Donnerstag um 18 Uhr Mitgliederversammlung.

Merseburg. Mittwoch 16 Uhr Gruppenveranstaltung, An der Geisel.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Nordhausen. Oeffentliche Frauenversammlung am Freitag, 6. Dezember, 20 Uhr, bei Schütt, Weidenstraße. Referentin Marie Ahlers, Eisleben. Alle Arbeiterfrauen und -mädchen werden eingeladen.

Bund der Freunde der IAH

Halle. Achtung, Unterkassierer! Die Unterkassierer haben sofort bei den Stadtteilkassierern für den Monat November abzurechnen. Außerdem ist die Reichskontrolle endgültig abzuschließen.

Halle. Stadtteilkassierer! Abrechnung mit dem Büro Dienstag, 5. Dezember, von 17 bis 19 Uhr. Bis dahin Reichskontrolle fertigstellen und mitbringen.

An alle Ortsgruppen! Die Abrechnungen für Oktober und November sind bis Dienstag, 3. Dezember, an den LB. einzusenden. Säumige Ortsgruppen werden in der Zeitung bekanntgegeben. Außerdem ist die Reichskontrolle abzuschließen.

Halle. Norden. Mittwoch, 4. Dezember, 20 Uhr, bei Barth, Eichendorffstraße, wichtige Mitgliederversammlung. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Schkeuditz. Mitgliederversammlung am 4. Dezember, 20 Uhr, im Lokal „Stadt Berlin“, bei Silber, Hallische Straße. Referent Genosse H. Höcker.

Zahna. Donnerstag, 5. Dezember, 20 Uhr, Filmabend „Dirnentragödie“ im „Preußischen Hof“. Referent L. Leibrich.

Gröbers-Osmünde. Filmabend „Brand von Kasan“ Freitag, 6. Dezember, 20 Uhr, bei Möslein. Referent O. Kuppe.

Holzweißig. Filmabend „10 Tage …“ Freitag, 6. Dez., 20 Uhr, im „Preußischen Hof“ (Bischof). Referent J. Lehmann.

Büschdorf-Reideburg. Donnerstag, 5. Dezember, 20 Uhr, bei Schrader wichtige Mitgliederversammlung. Referent O. Kuppe.

Freyburg a. U. Filmabend „Panzerkreuzer Potemkin“ 20 Uhr im Hotel „Zur Weintraube“. Referent H. Höcker.

Könnern. Mitgliederversammlung Freitag, 6. Dezember, 20 Uhr, im „Bürgergarten“. Referent P. Müller.

Radfahrer! ● Billige Preise ● Gummi-Bieder

… es Kaisers Kulis

… Theodor Plivier | 52

… by Malik-Verlag A.-G., Berlin W 50 — Nachdruck verboten.

… end der nächsten Wache verholen sich eine Anzahl Leute … um I ins Logis. Mit zwanzig oder dreißig sitzen sie herum. … ichhabende Bootsmaat kommt herunter: „Nu kommt … ungens, is ja bloß noch eine Stunde!“

… die Kulis bleiben sitzen.

… gehen nicht!“ — „Wir bleiben unten!“ — „De sollt sich … Dreck selber machen!“ — „Der Alte soll sich internieren … — „Ja, dat soll he! Ich mach nich mehr mit!“

… oben die Stimme des Leutnants:

… tsmann, wo bleiben die Leute?“

… dann ist er selber unten, langbeinig, auf Taille gearbei… iform. Er hat es nötig, der Mannschaft gegenüber „schnei… sein.

… an Deck! Himmeldonnerwetter! Was ist los mit Euch? … rde Euch Beine machen!“ Aber die Kulis bleiben auf ihren … sitzen und kümmern sich nicht um ihn. Was sie doch für … ind, Brustkasten und Arme! Wie ein Rudel Orang-Utans! … stinkt hier im Logis wie in einem Stall.

… Leutnant ruft aus ganzer Lungenkraft:

… Division an die Arbeit!“

… Division antreten!“

… Division bleibt sitzen. Im Deck ist es still geworden. Ein … kopf rennt gegen die Bordwand und läßt sie erdröhnen. … heult der Wind durch die Takelage.

… Leutnant hat einen roten Kopf gekriegt. Unruhig rennen … Blicke von einem zum andern. Die ganze Division kann … nicht zum Rapport stellen. Er sucht einen einzelnen, an … in Exempel statuiert werden kann. An dem Matrosen … bleiben seine Blicke hängen. Bülow ist der Richtige, ein … r Kerl, Muskeln und Knochen, dabei unbeholfen wie ein … Ochse.

… trose Bülow, rauf an die Arbeit!“.

… ow bleibt am Tische sitzen. Er hebt nur den Kopf; sein … bläht sich zu einem Wort. Erst nach einer Weile bringt … hervor. Und das ist eine Kampfansage gegen die Vor… en, gegen die Autorität, gegen den Krieg:

… low will nicht mehr!“

… Logis dreht sich um den Leutnant herum:

… gebe den direkten Befehl — — II. Division —— Bülow … Antreten — — Wachtmeister — — —“

Der Leutnant ist schon auf der Treppe. Seestiefel fliegen hinter ihm her. Die Matrosen bleiben beieinander hocken, ein stumpfer Haufen.

Der Leutnant macht dem I. O. Meldung.

Der I. O. dem Kommandanten!

Der Wachtmeister mit fünf Mann, Seitengewehre umgeschnallt, kommt ins Deck. „Bülow zum Kommandantenrapport — — machen Sie keinen Quatsch — — es hat ja doch keinen Zweck!“

Bülow glotzt den Wachtmeister an, die fünf Mann. Um ihn herum wird es leer. Die andern gehen nicht an die Arbeit, aber sie drücken sich auf die Seite und warten ab.

Vereinzelte Rufe:

„Wir haben genug!“ — „Wir wollen nicht weiterfahren!“ — „Wir verrecken hier alle!“ — „Da schon lieber hinter Stacheldraht!“ — „Der Alte soll sich internieren lassen!“

Der Wachtmeister gibt einen Befehl.

„Packt den Kerl! Rauf auf die Brücke mit ihm!“

Die fünf zögern. Sie schieben sich nur langsam vor und heben ihre Augen nicht vom Deck hoch.

„Bülow, kommen Sie doch schon!“

Das schwere Gesicht Bülows bekommt einen starren Ausdruck. Bis in den hintersten Winkel des Decks ist seine Stimme zu hören:

„Wenn Bülow nich will — denn will he nich!“

Dabei packt er sein Bordmesser und stößt sich die Klinge durch die Hand. Die linke Hand an die Tischplatte festgenagelt, steht er gebückt und starrt den Wachtmeister an.

*

Die Zeitungen in Deutschland inserieren Stahlschuhsohlen, Trockenmilch, markenfreien Fleischersatz. Professoren und Ernährungstheoretiker haben die Kohlrübe entdeckt, ein vorzügliches Volksernährungsmittel!

Kohlrübenkaffee!

Kohlrübensuppe!

Kohlrübenmus!

Jedem Seeoffizier stehen monatlich 20 Flaschen Wein zu. Dreimal wöchentlich werden Messefeste veranstaltet. Auf den Schiffen der Hochseeflotte gibt es eine Dampfküche für 1000 oder 1500 Mann, aber drei Offiziersküchen mit den dazugehörigen Proviant- und Getränkelasten.

Momentbilder aus der Flotte:

SMS. „Nürnberg“! Die Abnahme des neuerbauten Kreuzers wird gefeiert. Die Flunkys rennen mit den angewärmten Platten in die Messe. Fünf Fleischgänge, Pudding, Früchte, Mokka. Die Getränkekarte zeigt eine Auswahl von 7 Marken Weißwein, zwei Marken Rotwein, Portwein, Sherry, zehn Schnapssorten. Ansprachen werden gehalten auf die glorreiche Tradition des Schiffes, auf Seine Majestät den Kaiser, auf das Durchhalten bis zum Siegfrieden.

„Das deutsche Schwert wird den Frieden bringen!“ — „Nur keine Schlappheit aufkommen lassen. Erscheinungen, wie wir sie in diesen Tagen in Kiel gesehen haben … eine Herde durch die Straßen laufender Radaumacher, die Brot schreit, so was muß aus dem deutschen Volkskörper ausgeschnitten werden!“ — „Keinen faulen Frieden! Wir brauchen Sicherungen!“ — — „Kohlen! Eisen! Siedlungsland! Das Erzbecken von Longwy-Brie müssen wir in der Hand behalten! Der Osten muß neues deutsches Bauernland werden! Und Belgien mit Antwerpen, der Brückenkopf und das Einfallstor Englands muß unter deutschem Protektorat bleiben!“

Die Offiziere sitzen nach der Rangordnung, unten am Tisch die Leutnants. Erst nach dem Essen und nachdem die erste Flasche umgestürzt und über das Tischtuch ausgelaufen ist, wird die Stimmung loser.

Der Flunky, der die Scherben zusammengekehrt hat, stöhnt dem Telleraufwascher in der Pantry was vor!

„Wenn se wenichstens an Deck gehn mechtn, wenn se ze kotzn anfang, dann genn de Deckskulis den Dreck weggschaff! De Landkarte ham se aufgedeild, nu sinn der Weiber drann, weider ham se ja ooch nischt in Nischel! Wenn de Kulis immer bloß dervon reden, das gannste verstehn; die ham ja weider nischt, mit ihrer Lehnung genn se nich viel anfang. Einer von die Stoker, der Willi von dr dridden Wache, is gestern mit een Stick Steenkohle an Land gegang! Aber die Offiziere! Jeden Dag loofen se zu de Weiber. Nur heer bloß, wie se brilln — — da had eener wieder son Witz erzählt, wie er eene durchgezochen had!“

Die Musiker vor der Messetür erhalten pro Stunde ein Glas Bier. In der Messe werden Knöpfe, Kragen, Krawatten gelockert. Ein Leutnant sitzt da mit blondem Jungenscheitel und blassem Gesicht. Das Trinken bekommt ihm nicht, aber er macht tapfer mit.

„Wir sind von flamschem Blut,
der Duitschman kann's so gut,
Für ein Kommißbrot, einen Frank
machen wir's stundenlang …“

Die Matrosen und Heizer in den Hängematten können nicht in den Schlaf kommen. Manche stecken sich eine Pfeife an, heimlich nur. Das Rauchen ist nach dem Befehl „Pfeifen und Luxten aus!“ verboten und wird bestraft.

„… diese Bande! — „Sie sollen doch ins Puff gehen und da Krach machen!“ — „Hunger! Hunger!“ — „Nieder mit der Marmelade!“ — „Und Du darfst nichts sagen, sonst kriegst Du gleich so ein Himmelfahrtskommando wie die andern!“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291203-15/fragment/page=0007

Heraus zum Entscheidungsspiel

am Sonntag, dem 8. Dezember auf dem Sportplatz Trotha

Die Entscheidung um die Meisterschaft der Interessengemeinschaft 2. Kreis 6. Bezirk zwischen Reideburg 1. und ASC. 1. wird kommenden Sonntag in Halle auf dem Sportplatz des BfL. Trotha ausgetragen. Die Serienspiele wurden in diesem Jahre sehr erbittert durchgeführt, wer ahnt in der ersten Gruppe. Reideburg verhand es, die Spiele mit viel Glück und durch gute Leistungen zu gewinnen, dicht gefolgt von Trotha. Die Spitzengruppe sah sehr bedenklich aus, denn zum letzten Spiel hatte die Tabelle folgendes Aussehen:

Reideburg	11	8	2	1	32 : 10	18 : 4
Trotha	11	7	2	2	29 : 13	16 : 6

Reideburg gewann das Spiel gegen Trotha mit 2 : 0 und wurde dadurch Meister. Leicht hätte es auch anders kommen können.

In der zweiten Gruppe liegt ASC. mit zwei Verlustpunkten weit voran an der Spitze. Das Spiel gestaltet sich ziemlich ausgeglichen, indem es ASC. gelang, in einem Freundschaftsspiel gegen Reideburg 5 : 0 zu gewinnen. Wir haben es also mit einem sehr delikaten heerlichen Treffen zu tun, das keiner, der faire und dabei scharfe Kämpfe sehen will, fehlen sollte. Wer in diesem Spiele den Sieger stellt, ist sehr fraglich. Beide Mannschaften sind gut im Schwung und vor allem technisch gleichwertig. Beide Vereine pflegen das Passspiel. Auch die Hintermannschaften sind gleichstark. Der Glücklichere wird den ersten Meistertitel einheimsen können.

Vorher treffen sich die Mannschaften der

Funktionäre (ZG. und Kartell) gegen den Spielmannszug ASC.

Beide Mannschaften sind die Sieger vorangegangener Spiele. Die Funktionäre schlugen die Schirr mit 3 : 2 und mit derselben Resultat konnte der Spielmannszug die alte Sportlerromanschaft von ASC. schlagen. Beide Mannschaften werden versuchen, ein ruhiges Spiel zu zeigen, in denen Verlauf wie im Vorspiel die Lachmuskeln wohl tüchtig angestrengt werden. Allen wird das Spiel der Funktionäre gegen die Schirr in Erinnerung sein, und es sollte deswegen auch diesmal keine Ausgleichungsfrage nicht vorhanden. Die Funktionäre spielen in folgender Aufstellung:

Glaser (Leeben)

Hunold (Cröllwitz) Kretschmann (Kartell)

Wabbel (Kartell) Bertram (Trotha) Mahn (Diemitz)

Hammer (Kartell) König Schönfeld (Sportbrüder) Hübler Keck (Trotha)

Erlitz Gneik (Trotha), Stone (Trotha), Schirr: Liebe (Trotha).

Alle Spieler treffen sich eine Stunde vor dem Spiel im Umkleidelokal Vogel (Trotha).

Internationales Korrespondenz-Schachtournier

der Arbeiter-Schachzeitung „Frei-Schach", Organ der Groß-Berliner Arbeiter-Schachvereine

Durch verspätetes Eintreffen der russischen Meldungen waren wir gezwungen, den Beginn des Turniers hinauszuschieben. Meldungen liegen jetzt vor aus Deutschland, Oesterreich, Tschechoslowakei, Schweiz, Russland und der Ukraine. 9 Gruppen zu 5 Spielern sind bereits eingeteilt und fangen nunmehr an zu spielen. Alle Meldungen, die noch eingehen, werden laufend berücksichtigt.

Auszug aus den Turnierbedingungen

Die Anmeldung muß schriftlich unter Angabe der genauen Adresse, Alter, ob Mitglied eines Vereins und der Spielstärke erfolgen. Gespielt wird in Gruppen zu 5 Spielern einzeitig, gleichzeitig 4 Partien. Die Gegner korrespondieren direkt miteinander. Die Bedenkzeit beträgt 12 Tage für Rußland, das übrige Ausland 9 Tage und 6 Tage für Deutschland. Maßgebend hierfür ist der Poststempel auf der zuletzt erhaltenen, sowie der abgesandten Mitteilung. Jede Zugmitteilung muß enthalten: Das Datum des zuletzt erhaltenen Schreibens, Wiederholung des zuletzt gemeldeten Zuges sowie die Antwort auf diesen. Zur Deckung der Unkosten sind 50 Pfg. in Briefmarken einzusenden. Jeder Gruppensieger erhält ein halbes Jahresabonnement der Zeitung „Frei-Schach". Alle das Turnier betreffenden Schreiben und Meldungen sind an den Turnierleiter Paul Böhe, Berlin-Weißensee, Buchallee 38 I, einzusenden.

Die Redaktion „Frei-Schach".

Achtung, Funktionäre des Stadtteils Zentrum!

Am Mittwoch, dem 4. Dezember, findet in der „Goldenen Kette" eine wichtige Funktionärsitzung statt. Referent: Genosse Gutjahr.

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städtischen Schlacht- und Viehhofe zu Halle vom 3. Dez.

Gattung	a) für 50 kg Fleischgewicht: höchster Preis RM.	II. niedrig. Preis RM.	III. häufigst. Preis RM.	b) für 50 kg aus dem Ausland eingel. Gefrierfleisch: I. höchster Preis RM.	II. niedrig. Preis RM.	III. häufigst. Preis RM.
Ochsen	96	52	92	V V	57	
Bullen	98	83	90	H V	67	
Kühe	95	50	90			
Jungrinder	93	83	88			
Mastkälber	—	—	—			
Saugkälber (einschl. Lunge und Leber)	110	80	105			
Lämmer, Hammel	110	105	110			
Schafe (einschl. Mittel und Geschlinge)	90	100	95			
Schweine	98	90	96			
Rumänische Schweine						

Amtliche hallische Produkten-Notierungen vom 3. Dezember

Für 1000 kg	neue Ernte	alte Ernte	Für 100 kg	neue Ernte	alte Ernte
Weizen	247—249	—	Viktoriaerbsen	26,00—28,00	—
Roggen	191—193	—	Futtererbsen	—	—
Braugerste	220—230	—	Raps	—	—
Wintergerste	—	—	Weizenkleie, mittel	11,50—12,00	—
Futtergerste	170—175	—	Weizenkleie, grob	11,00—12,00	—
Hafer	182—184	—	Roggenkleie	10,50—11,00	—
Mais	188	—	Malzkeime	12,25—12,75	—
			Trockenschnitzel	11,25—11,75	—

Der Markt verlief heute trotz größeren Angebots in ruhiger Haltung. Die Preise konnten sich noch behaupten.

Marktkleinhandelspreise in Halle am

Obst und Gemüse:

Apfel, Eß-	1 Pfd.	0,10—0,35	Mk.
Kochäpfel	1 Pfd.	0,05—0,10	„
Birnen, Eß-	1 Pfd.	0,15—0,30	„
Kochbirnen	1 Pfd.	0,10—0,20	„
Bananen	1 Stck.	0,05—0,15	„
Preißelbeeren	1 Pfd.	0,70	„
Hagebutten	1 Pfd.	0,00	„
Pflaumen	1 Pfd.	0,00	„
Tomaten	1 Pfd.	0,60	„
Nüsse	1 Pfd.	0,60	„
Weintrauben	1 Pfd.	0,65	„
Bohnen, grüne	1 Pfd.	0,00	„
Gurken, Senf-	1 Pfd.	0,60	„
Gurken Pfeff.-	1 Pfd.	0,60	„
Radieschen	1 Bd.	0,10	„
Weißkohl	1 Pfd.	0,10—0,15	„
Rotkohl	1 Pfd.	0,15—0,20	„
Wirsingkohl	1 Pfd.	0,20	„
Blumenkohl	1 Kopf	0,30—0,90	„
Rosenkohl	1 Pfd.	0,40	„
Grünkohl	1 Pfd.	0,15	„
Salat	1 Kopf	0,1—0,20	„
Spinat	1 Pfd.	0,15—0,20	„
Mohrrüben	1 Pfd.	0,10	„
Kohlrüben	1 Pfd.	0,10	„
Rote Rüben	1 Pfd.	0,10—0,15	„
Kohlrabi	1 Mrl.	0,75—1,00	„
Zwiebeln	1 Pfd.	0,10	„
Schwarzwurzel	1 Pfd.	0,40	„
Kapünachen	1 Pfd.	0,60—0,80	„
Sellerie	1 Stck.	0,10—0,30	„
Meerrettich	1 Pfd.	0,20—0,30	„
Kürbis	1 Pfd.	0,10	„

Fische:

Kabeljau	1 Pfd.	0,40	„
Schellfisch, frisch	1 Pfd.	0,40	„
Schellfisch ger.	1 Pfd.	0,60	„
Schleie	1 Pfd.	0,00	„
Hechte	1 Pfd.	2,0	„

Fleisch- und Wurstwaren:

Je Pfund:

Rindfleisch:

Kochfleisch	0,90—1,10	„
Bratenfleisch	1,20—1,40	„

Kalbfleisch:

Kochfleisch	1,00—1,10	„
Bratenfleisch	1,20—1,40	„

Hammelfleisch:

Kochfleisch	1,00—1,10	„
Bratenfleisch	1,30—1,40	„

Schweinefleisch:

Kamm und Kotelletten	1,70—1,60	„
Bauch u. fettes Fleisch	1,10—1,20	„
Gefrierfleisch	0,80	„

Städtische Freibank: Rindfleisch 1 Pfd. 0,60 Mk.

Ziegenfleisch ... Mk.
Rollfleisch ... „

Wurstwaren:

Schlackwurst ... „
Knackwurst ... „
Schwartenwurst ... „
Rotwurst frisch ... „
Rotwurst geräuchert ... „
Leberwurst frisch ... „
Leberwurst geräuchert ... „
Schinken roh ... „
Schinken, gekocht ... „
Speck fett geräuchert ... „
Speck mager geräuch. ... „
Zervelatwurst ... „

Werbt für den „Klassenk

Walhalla
Dir. O. Kleinhanns Fernruf 2838
Seit Jahren wurde nicht so gelacht, wie gestern in der Schlager-Operette
Fräulein, Pardon ..
in der glanzvollen Starbesetzung
Musik von M. Weiß 4625
Ton: 4 Welt-Sensationen
Gewöhnliche Preise ab 70 Pf.
Mittwoch, nachmittags 4 Uhr:
Hänsel und Gretel
Märchen in 3 Akten von Görner, mit dem beliebten Schweizer-Kinderballett
Für jung und alt kleine Preise von 30 Pf. bis 1.25 Mk.

Stadt-Theater
Heute, Dienstag 20 bis 22½ Uhr
Die Männer der Manon
Operette n. W. Göhr
Mittwoch 4628
15½—18 Uhr
Die Himmelsreise
Kindermärchen von Lilla Bunzl u. Ehrhard Siebel
20 bis 22½ Uhr
Schwanda, der Dudelsackpfeifer
Volksoper von J. Weinberger

Gutsch. Kinderwagen billig zu verkaufen. Kl. Brauhausstr. 15 11
Handwagen zu verk. 4623 Wilhelmstr. 2

In unserer Bettfedernfabrik
werden die schönen daunigen Gänsefedern, welche wir direkt vom Erzeuger einkaufen, vom Schmutz und Staub gereinigt und gedämpft. Derartig behandelte Federn sind alsdann locker und füllkräftig, sie bilden, in ein Bett gefüllt, den Stolz eines jeden Haushaltes
Daunen-Stepp decken mit allen Zutaten, Daunen, Satins Kunstseide
Weiße volldaunige Gänsefedern Mk. 12.00 10.00 9.00 per Pfd.
Graue Gänsefedern Mk. 6.50 per Pfd.
Halbdaunen Mk. 8.00 7.00 6.50 5.00 per Pfd.
Weiße gerissene Gänsefedern Mk. 12.00 10.00 7.50 6.00 5.00 per Pfd.
Steppdecken Reform-Unterbetten Bettwäsche Inlettstoffe
Kress & Co., Bettfedernfabrik, Halle a. S., Plannerhöhe 4

Rakete
Emil Reimers Lachbühne
Das Dezemberprogramm mit dem Sportlachschlager „Fussballkimmel" sowie „Maruschka" und dem unübertroffen. Beiprogramm ein unerhörter Erfolg
Mittwoch: Sonderabend bis 4 Uhr

Druck sachen
aller Art, für Private und Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- und mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen
Produktiv-Buchdruckerei, GmbH., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 22251. Verlangen Sie Preisofferten oder den Besuch unserer Vertreter

MODERNES THEATER
Nur 7 Tage!
Das neue Dezember-Programm mit 7 erstklassigen Attraktionen
Täglich nachmittags
4-Uhr-Tee
mit großem Spielplan
Eintritt frei Gedeck 63 Pf.
Tischbestellungen: 256 91

+ Kranke
wenn alle Heilverfahren versagen, kommen Sie bitte zu mir. Nachweisb. große Erfolge. Sprechst. tgl. v. 3—7, auß. Freitag u. Sonntag.
Heilpракt. Streim
Waisenhausring 1a

Ein großer Posten
Handkoffer
(stets Leder), mit kleinen Schönheitsfehlern, spottbillig bei
A. Hofmann
Leipziger Str. 27 direkt. hint. Turm

Im Konsumverein erhält die Genossenschafterin alle
GEG-Kurzwaren
die sie braucht: Zwirn, Garn, Bänder, Knöpfe usw. Wie alles andere, sind auch GEG-Kurzwaren gut und preiswert.
Ferner empfehlen wir, jedem Geschmack unserer Mitglieder entsprechend, in reicher Auswahl:
Stoffe
in modernsten Farben
Strickkleidung
in besten Qualitäten für Herren, Damen u. Kinder
Handtaschen, Lederwaren
Schuhe, Ueberschuhe
alle Hausstandsartikel
Glas, Porzellan, Steingut, Aluminium
Beste Qualitäten. Rückvergütung auf alle Waren.
Konsumverein Meißen e. G. m. b. H.
Verbraucher, werdet Mitglieder!

Imbißstube „Aktien-Garten"
4615
Dessauer Straße 1
Heute, 14 Uhr: **Eröffnung**
H. Schröter

Sticken u. Stopfen, vor- und rückwärts nähen
Stickunterricht gratis
können Sie mit meiner
Adler oder Vesta,
deren Hauptteile aus Stahl gearbeitet sind, daher langjährige Garantie!
Auf Wunsch Teilzahlung!
K. Möller, Schmeerstr. 1

Aus Heeresbeständen u. a.
Mil.-Drelljacken 1,50, -Hosen 1,50
Militärschuhe 3.75, Stiefel 4,75
Neue Holzpantinen —,60
Tuchwesten 1,25
Neue Schlafdecken 3,10
in Lederjacken von Mk. 30,— an
Blaue Monteurjacken 1.35, 1,90
„ „ -Hosen 1,35, 1,90
„ Militär-Unterhosen 1,—
Neue orig. Militär-Schnürschuhe 9,50
Dito Stiefel (kleine Größen) 10,75
Militär-Strickwesten (neu) 2,75
Alles zum Ausuchen: Militär-Röcke 3,75
Mil.-Mäntel 9,50, neue und gebrauchte Hosen von Mk. 3.— an. Faustlandschuhe —,80, wollene Socks —,40, wollene Kopfschützer —,45 und noch viele preiswerte Artikel. 4611
Besichtigen Sie mein Lager ohne Kaufzwang
Sigmund Schwarz, GmbH.
Filiale Halle
Große Märkerstraße 5

Zu Weihnachts-Geschenken
empfehle in nur guten Qualitäten preiswert:
Anzugstoffe, Mantelstoffe, Samt, Damenhemden, Unterröcke, Gardinen, Tischtücher, Wischtücher, Bettücher, Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Waschsamt, Herrenhemden, Schlüpfer, Strümpfe, Tischdecken, Servietten, Handtücher 4104
Bettzeug, weiß und bunt. Inlett, gute, federdichte Ware. Normalhemden mit u. ohne Einsatz. Unterjoppen mit u. ohne Futter
Richard Klabe Nachf.
Weißenfels, Leipziger Str. 11

Hausfrauen, kauft n bei unseren Inserente

GERMINA
Ein Bergarbeiterroman, das größte Werk von Emil Zola
erscheint ab Freitag, den 6. Dezember, in der 3
Mitteldeutsches E
Das „M. E." erscheint wöchentlich einmal an jedem Fre kostet monatlich frei ins Haus gebracht nur 50 Pf. We Sie Probenummern. Bestellungen nehmen alle Boten unsere Trägerinnen, der Verlag des „M. E.", Halle, die buchhandlung GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14, und deren Ge entgegen: Ammendorf: Hallesche Str. 9; Merseburg: Str. 16; Weißenfels: Mariensir. 46; Zeitz: Wendische Sta Eisleben: Breiter Weg 30; Artern: Gabelstr. 24; Wit Jüdenstr. 10; Bitterfeld: Burgstr. 40; Torgau: Saulen

Bestellschein ausgefüllt an die Trägerin abg
Der Unterzeichnete bestellt ab 1. Dezember zum monatlichen Bezugspreise von 50 einschließlich Trägerlohn, das
Mitteldeutsche Echo
Wohnort: ....., den .....
Name: .....
Straße: .....
Hausnummer: ..... und Stockwerk: .....

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291203-15/fragment/page=0008

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Der Kopfjäger wird wiedererkannt!

Droschkenchauffeur fuhr ihn an einem der Mordtage mit seinem Opfer — Seine ordnungsgemäße Meldung wird von der Polizei nicht ernst genommen

Neue schwere Bluttat in Dortmund

Jetzt jetzt wird durch eine Meldung der Düsseldorfer „Freiheit" in der Untersuchung gegen den Kopfjäger ein sensationeller Vorgang bekannt, der die Unfähigkeit der Polizei und die Unzulänglichkeit ihrer Untersuchungsmethoden grelle Licht rückt. An dem Tage nämlich, an dem Elisabeth Dörrier ermordet wurde, wurde ein Chauffeur am Rathaus in Düsseldorf von einem Pärchen angehalten.

Der Herr gab zunächst die Fahrtrichtung zur Kurfürstenstraße an, änderte dann aber während der Fahrt plötzlich den Plan. Er wollte nun mit dem Mädchen zum Ostpark fahren werden. Am Ostpark stieg das Pärchen aus. Im Ostpark wurde kurz nach diesem Vorfall die Elisabeth Dörrier ermordet.

Als der Chauffeur von dem Morde hörte, fiel ihm sofort seine Fahrt wieder ein und er stellte mit Entsetzen fest, daß er die Elisabeth Dörrier mit dem Mörder zusammen gefahren

hat. Der Chauffeur erkannte die Dörrier mit Bestimmtheit an dem Bilde wieder.

Er lief zur Polizei und machte dort diese wichtige Angabe. Es ist aber die Polizei? Sie legte dem Chauffeur nicht einmal die Kleider der Ermordeten vor, sondern begnügte sich mit der kurzen Notierung des Vorfalles, wahrscheinlich deshalb, weil sie auf die Angaben des Chauffeurs keinen Wert legte. Außerdem ist bei dieser Fahrt besonders interessant, daß der Mörder zunächst die Fahrtrichtung nach der Kurfürstenstraße angab, in der die Emma Groß ermordet worden war.

Die leitenden Polizeibeamten in Düsseldorf haben bisher zu diesem kaum glaublichen Skandal geschwiegen.

Dortmund, 2. Dezember.

In der vergangenen Nacht wurde in der Zweiten Kampfstraße die Frau Maria Kiefer mit einer schweren Stichverletzung am Halse tot aufgefunden. Die tödliche Verletzung war ihr mit einem Küchenmesser beigebracht worden.

Hier ist man der Meinung, daß der Düsseldorfer Mörder sein Tätigkeitsgebiet nun weiter ausgedehnt hat. Der Kopfjäger ist im Begriff, andere Städte des Ruhrgbietes heimzusuchen. Es wird sich bald herausstellen, ob der Dortmunder Mord dem Düsseldorfer Mörder zur Last fällt. Die Kriminalpolizei arbeitet, eine Spur gefunden zu haben.

Neunkirchen, 2. Dezember.

Kürzlich hatte sich ein Arbeiter bei der Ortspolizei in Neunkirchweiler gemeldet und um Unterkunft gebeten. Er gab an, aus Hannover zu sein, in der Fremdenlegion gedient zu haben und zuletzt in Düsseldorf ansässig gewesen zu sein. Der Umstand, daß er aus Düsseldorf kam, veranlaßte die Polizei, ihn vorgestern auf der Grube, wo er Beschäftigung gefunden hatte, zu verhaften. Obwohl keine Uebereinstimmung mit der Beschreibung des Düsseldorfer Mörders bestand, mußte der Arbeiter den ganzen Sonntag hinter Schloß und Riegel verbringen.

Ein Doppelmörder verhaftet

In Steinheim bei Höxter wurde auf dem Rittergut Vorder-Eicholz ein dort beschäftigter, aus Tarras in Polen stammender Mann verhaftet, der im Januar d. J. in seiner Heimat zwei Mädchen ermordet haben soll. Der Verhaftete wurde zunächst in das Gerichtsgefängnis Paderborn eingeliefert, wo er bis zum weiteren Transport nach Polen bleiben soll.

Kinder spielen mit einem Granatzünder

In Erfurt spielten zwei Kinder auf einem früheren Stationslager mit einem aufgefundenen Zünder und trugen ihn dabei gegen einen Stein. Es erfolgte eine Explosion, durch die ein sechsjähriger Knabe getötet wurde, während sein dreieinhalbjähriger Spielkamerad schwere Verletzungen davontrug.

Raubüberfälle

Ein verwegener Raubüberfall wurde im Stationsgebäude des Bahnhofes Kutzow an der Strecke Swinemünde—Ducherow verübt. Gegen ½10 Uhr abends erschien im Dienstzimmer plötzlich ein junger Mensch, der dem diensthabenden Beamten mit einem schußbereiten Revolver entgegentrat und unter der Drohung „Hände hoch!" Geld forderte. Da Hilfe nicht zur Stelle war, blieb dem Beamten nichts weiter übrig, als dem Räuber die Stationskasse, die etwa 50 Mark enthielt, auszuhändigen. Darauf entfernte sich der Räuber unter der nochmaligen Drohung, er würde den Beamten erschießen, falls er sich herbeiließe.

Am Sonnabend nachmittag wurde eine 61jährige Landarbeitersfrau aus Stockhausen bei Döbeln i. Sa. auf der Straße Neumannsdorf—Stockhausen von einem etwa 30jährigen Mann überfallen, mit einem Hammer niedergeschlagen und beraubt. Die Frau ist so schwer verletzt worden, daß sie ins Krankenhaus Döbeln eingeliefert werden mußte. Dem Täter, von dem vorläufig noch jede Spur fehlt, fielen nur 12 Mark in die Hände.

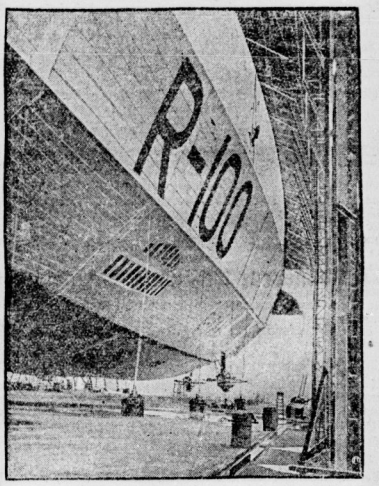
Die Einsturzkatastrophe in Marseille

Die Zahl der infolge des Einsturzes von zwei Häusern zu beklagenden Opfer steht noch nicht genau fest. Bisher sind 12 Tote gezählt worden, doch befürchtet man, daß noch fünf Leichen unter den Trümmern liegen.

Der tägliche Betriebsmord

Seilbruch auf der Zeche „Hannibal" — 3 Tote

WTB. Bochum, 2. Dezember. In einem Stapelschacht über der 615-Meter-Sohle der Schachtanlage „Hannibal" riß gestern 4,30 Uhr morgens bei Schluß der Nachtschicht während der Aufahrt das erste vier Monate alte Förderseil. Auf dem Korbe befanden sich in diesem Augenblick drei Leute. Ein Mann



Ein neues Riesenluftschiff

ist soeben fertiggestellt worden. Das Luftschiff R 100, das unser Bild zeigt, ist vom gleichen Typ wie R 101, das schon vor einigen Wochen die ersten Probeflüge machte.

war sofort tot, die zwei anderen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus Bergmannsheil eingeliefert, wo sie nach wenigen Stunden starben.

Opfer seines Berufs

Einer der bekanntesten Darmstädter Aerzte, der Frauenarzt Sanitätsrat Dr. Heil, hat gestern seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht. Heil, der im 61. Lebensjahr stand, hatte sich vor kurzem in seinem Beruf eine Blutvergiftung an der rechten Hand zugezogen. Es war eine Operation erforderlich geworden. Obwohl diese günstig verlaufen ist, hat anscheinend die zurückliebene Behinderung den angesehenen Arzt zu seinem Schritt veranlaßt.

Der mörderische Bahnübergang

In Whittier (Californien) wurde ein Automobil von einem Eisenbahnzuge erfaßt, wobei die sechs Insassen des Kraftwagens getötet wurden.

Opfer der amerikanischen Kältewelle

Die scharfe Kältewelle in den Vereinigten Staaten hat im Norden der Union nachgelassen, dehnt sich aber im Süden bis zur Stadt Mexiko aus. In den südlichen Staaten sind weitere Fälle zu verzeichnen in denen Personen erfroren sind. Andere sind durch Verbrennen an offenen Feuern ums Leben gekommen. Die Kälte ist auch die Ursache eines schweren Eisenbahnunglücks bei Onlen (Virginia) gewesen. Infolge Schienenbruches entgleiste ein Zug, wobei nach den bisherigen Meldungen 10 Personen getötet und 26 verletzt wurden, darunter viele schwer.

Dampferzusammenstoß auf der Elbe

Auf der Unterelbe stießen in der Nähe von Krautsand ein hereinkommender rumänischer Tankdampfer und ein ausfahrender amerikanischer Dampfer zusammen. Der Tankdampfer, der 5500 Tonnen Benzin geladen haben soll, wurde erheblich beschädigt. Eine größere Menge Benzin soll ausgelaufen sein. Beamte der Hafenpolizei und der Branddirektor versuchten mit einem Feuerlöschboot an den Tankdampfer heranzukommen, um die erforderlichen Feuersicherheitsmaßnahmen zu treffen, mußten aber wegen starken Nebels umkehren. Es wurde angeordnet, daß der Tankdampfer nicht in den Hamburger Hafen einläuft, um auf alle Fälle jede Gefahr für den Hafen abzuwenden. Es sind inzwischen zwei Tankdampfer beordert, um, wenn erforderlich, die Löschung der Benzinladung an Ort und Stelle vorzunehmen. Soweit bekannt, hat der amerikanische Dampfer seine Fahrt fortgesetzt.

Forschungsdampfer zerstört

Wie Associated Preß aus Apia auf Samoa berichtet, fand auf der Yacht „Carnegie", die sich im Auftrage des Carnegie-Instituts in Washington auf einer ozeanographischen Reise befand, eine Explosion statt. Der Dampfer geriet in Brand und wurde vollständig zerstört. Der Kapitän kam in den Flammen um. Viele Mitglieder der Mannschaft trugen Brandwunden davon. Fünf Schiffe, die sich in der Nähe der „Carnegie" befanden, gerieten gleichfalls in Brand.

Vier Fischer ertrunken

Nach einer Havasmeldung aus Casablanca ist ein spanisches Fischerboot in der Hafeneinfahrt von Casablanca gesunken. Vier Fischer ertranken, nur einer konnte gerettet werden.

Ein Passagier über Bord gesprungen

Nach einem Funkspruch des Dampfers „President Roosevelt" ist ein Passagier dritter Klasse über Bord gesprungen. Die sofort aufgenommene Suche nach ihm blieb erfolglos. Der „President Roosevelt" übermittelte dem Dampfer „Milwaukee", der sich an der Suche beteiligte, funktelegraphisch seinen Dank für die Hilfeleistung.

Drei Kinder Opfer eines Brandes

Bei einem Brande in Petersgrätz (Oberschlesien) kamen gestern Nacht drei Kinder ums Leben. Das Feuer breitete sich in einer Dachwohnung so schnell aus, daß die Mutter, die darin mit ihren vier Kindern schlief, nur das jüngste retten konnte, während die drei anderen im Alter von 2 bis 8 Jahren in den Flammen umkamen. Der Vater trug bei dem Versuch, die Kinder zu retten, so schwere Brandwunden davon, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die Ursache des Brandes ist noch nicht ermittelt.

Ein Materialzug verunglückt

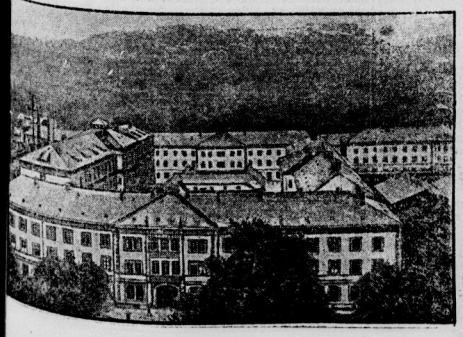
Die Reichsbahndirektion München teilt mit: Gestern nachmittag gegen 4 Uhr fuhr in der Ladestelle Lehen bei Salzburg ein Arbeitszug, der Material auf die Strecke zu bringen hatte, auf einige Güterwagen auf, wobei zwei Arbeiter erheblich, vier leichter verletzt wurden. Die Schuldfrage wird untersucht.

Tödlicher Sturz in den Brunnenschacht

St. Egidien. Am Dienstag war der 30jährige Brunnenbauer Alfred Ludwig bei Ausübung seines Berufes in einen Brunnenschacht gestürzt, wobei ihm das rechte Bein zerschmettert wurde. Der Verunglückte ist Mittwoch nach seiner Ueberführung in das Lichtensteiner Knappschaftskrankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen.

Vergebliche Suche nach einem Vermißten

Annaberg. Die Nachforschungen nach dem seit dem 3. d. M. verschwundenen 26 Jahre alten Kartonnagenarbeiter Weiß sind bisher ergebnislos geblieben. Da die Möglichkeit eines Verbrechens nicht von der Hand zu weisen ist, wurde vor einigen Tagen unter Zuziehung eines größeren Polizeiaufgebots und Verwendung von Spürhunden eine gründliche Absuchung einzelner Waldstücke in der Umgebung von Annaberg vorgenommen. Auch hierbei wurde aber weder der Vermißte noch sonst irgend etwas entdeckt, was mit seinem Verschwinden in Verbindung zu bringen wäre.



Links:

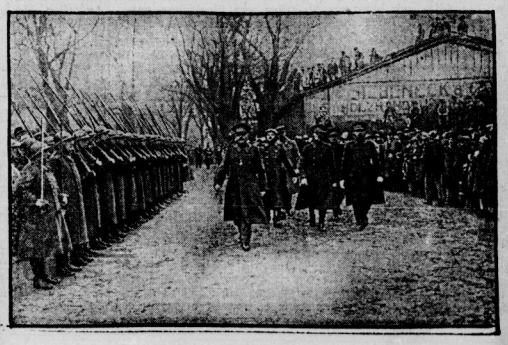
Die Porzellanmanufaktur in Meißen

die 1710 gegründet und zur Keimzelle für die europäische Porzellanindustrie wurde.

Rechts:

Die Besatzung rückt ab, die Schupo zieht ein,

für den Proleten wird nichts gebessert. Anläßlich der Räumung der zweiten Zone feiert der Nationalismus am Rhein wieder einmal Triumphe. Unser Bild zeigt den Abzug der Belgier aus Aachen.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291203-15/fragment/page=0009

„Der russische Arbeiter übertrifft sich selbst"

Ueberall lebensfrohe Menschen — „Das hatten wir nicht erwartet"

Wir geben den Bericht eines Rußland-Delegierten wörtlich wieder:

Rußland — Deutschland. Welch gewaltiger Unterschied klafft zwischen diesen beiden Ländern. In Deutschland verschärfte kapitalistische Ausbeutung der Arbeitskraft, um die Profitmöglichkeiten zu steigern — in Rußland verschärftes Tempo, um den Sozialismus durchzuführen und den Bedarf im eigenen Lande zu decken zum Wohle der Arbeiterklasse.

Viele deutsche Delegierte, die am 5. November das Land der proletarischen Diktatur betraten, konnten eine erkenntliche Bekommenheit und gemischte Gefühle verbergen. Wenn auch die meisten der Delegierten Rußland mit Klauen und Zähnen gegenüber den Reformisten verteidigten, so war doch im Innern ein leiser Zweifel, daß wohl doch nicht alles so ist, wie die kommunistische Presse schreibt. Bürgerliche, sozialdemokratische und Gewerkschaftszeitungen malen den deutschen Arbeitern die Diktatur des Proletariats in den schwärzesten Farben. Ihr Geschreibsel ist eine einzige Lüge. Sie müssen lügen, um ihre Machtpositionen zu halten. In dem Moment, wo sozialdemokratische und Gewerkschaftszeitungen die Wahrheit über Rußland schreiben würden, wäre ihr eigenes Schicksal besiegelt. Was die deutschen Delegierten in den wenigen Wochen in Rußland gesehen haben, unterscheidet sich gewaltig von dem Eindruck, den frühere Delegationen hatten und übertrifft selbst alle Erwartungen.

Ueberall, wohin man blickt, lebensfrohe Menschen,

die alle, aber auch alle, nur den einen Willen haben, das Ziel, was sie sich im Fünfjahrplan gesteckt haben, möglichst bald zu erreichen, ist der feste Wille der Arbeiter und Bauern. Das Tempo ist so scharf, daß schon jetzt nach Ablauf des ersten Jahres des Planes feststeht, daß der gesamte Plan in vier Jahren restlos durchgeführt ist und in einzelnen Industriezweigen, wie zum Beispiel in der chemischen Industrie, sogar in drei Jahren erledigt sein wird. Ganz zu schweigen von der Landwirtschaft, wo ein Plan, der heute aufgestellt wird, schon morgen als reaktionär gilt, weil er dann schon längst überholt ist. Dabei werden bei der Industrialisierung nicht nur die technischen Voraussetzungen Deutschlands erreicht, sondern sogar, wie in der Gummiindustrie, weit überholt. Dies alles wurde von Arbeitern geschaffen. Der „rote Direktor" — ein Arbeiter; das technische Personal — Arbeiter. Die Arbeiter des Betriebes, die im sozialistischen Wettbewerb das Tempo der Entwicklung beschleunigen, sind alles Klassengenossen, die von dem festen Willen beseelt sind,

nicht nur das gesteckte Ziel zu erreichen, sondern weit zu überholen.

Staunend standen die deutschen Delegierten vor dem gewaltigen Plan ihrer russischen Brüder. Allgemein hörte man von den deutschen Delegierten: „Das hatten wir nicht erwartet!"

Den deutschen Delegierten, die am 13. November die

Moskauer Anilinfabrik

besichtigten, werden die Worte, mit denen der Ingenieur Kokan im Auftrage des technischen Personals dieses Werkes die Delegierten begrüßte, unvergeßlich bleiben. Er führte aus, daß er und viele, viele andere Ingenieure und Chemiker abseits standen, als die russischen Arbeiter die Revolution 1918 durchführten.

Sie trauten den Arbeitern die Weiterführung der Betriebe nicht zu und versagten in der ersten Zeit ihre Mitarbeit.

Nach ihrer damaligen Ansicht mußte dies neue System bald in sich zusammenstürzen. Es kam anders. Die Arbeiter setzten die Maschinen in Gang, sie produzierten ohne technisches Personal. Der primitive russische Arbeiter bewies dem gebildeten Chemiker und Techniker, daß es auch, wenn nicht anders, ohne ihn gehen muß. Sie sahen das gewaltige Werk unter den fleißigen Händen der Arbeiter aufblühen und stellten sich restlos der Arbeiterklasse zur Verfügung. Sie arbeiten heute mit derselben Begeisterung wie die russischen Arbeiter, was daraus zu ersehen ist, daß das technische Personal dieses Werkes beschlossen hat,

den Fünfjahrplan in drei Jahren durchzuführen.

Er brachte weiter zum Ausdruck, daß die vorstürmenden Arbeiter eine so starke Initiative entwickeln, daß teilweise die technischen Kräfte nicht nachkommen können. **Das Verhältnis zwischen Direktion, technischem Personal und den Arbeitern des Betriebes ist ein kameradschaftliches und ein äußerst gutes.** Siegesfroh sprach er am Schlusse seiner kurzen Begrüßung, daß sie ihr Werk vollenden werden. Er beauftragte die Delegierten, den deutschen Chemiearbeitern die herzlichsten Grüße zu überbringen und sie aufzufordern, alles daranzusetzen, um es den russischen Arbeitern gleich zu tun.

Ueberall, wohin die Delegierten blickten, dasselbe Bild. Ein solcher Enthusiasmus, ein so starker Wille nach vorwärts kann aber nur möglich sein,

weil alle überzeugt sind, daß das, was sie leisten, für die Arbeiterklasse geschieht.

Keinem deutschen Arbeiter würde es einfallen, freiwillig eine solche Mehrarbeit für den kapitalistischen Staat auf sich zu nehmen, wie es die russischen Arbeiter tun. Der deutsche Arbeiter weiß, daß der Segen seiner Arbeit nicht ihm selbst, sondern dem Unternehmer zufällt. Damit zerreißt aber auch gleichzeitig das Lügengewebe der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie über die **Befehlsgewalt des „roten Direktors".**

Die russischen Arbeiter haben herzlich darüber gelacht, als die Delegierten davon erzählten.

Die zurückgekehrten Delegierten sind überzeugt, daß, falls die Imperialisten es wagen sollten, Rußland anzugreifen, sie sich die Zähne ausbeißen. Gleichzeitig haben sie den russischen Arbeitern versprochen, nach ihrer Rückkehr alles daranzusetzen, um jede Regung der Imperialisten in Bezug auf einen Angriff gegen Rußland im Keime zu ersticken,

die Wahrheit über das Land der Arbeiter zu berichten, um vorzubereiten die soziale Revolution in Deutschland.

Mansfelder Kreise

Ausschußsitzung der ADA. Eisleben

Der Vorstand hatte für Dienstag, den 26. November, zu einer außerordentlichen Sitzung eingeladen mit der Tagesordnung: 1. Wahl der Rechnungsprüfer. 2. Voranschlag für das Rechnungsjahr 1930. 3. Bericht von den Tagungen in Erfurt und Nürnberg. 4. Bericht über die Verlegung der Büroräume und Wahl eines Geschäftsführers. 5. Anträge und Verschiedenes. Als Rechnungsprüfer wurden gewählt: Kohl, Bessler und Linsenbarth, Maurermeister. Der Voranschlag für 1930 sieht eine Einnahme und Ausgabe von 206 474,92 Mk. vor. Ueber den Voranschlag entspann sich eine rege Debatte im Zusammenhang mit der Zahnpflege. Genosse Liebau stellte den Antrag, von der Rücklage von 11 000 Mk. 2000 Mk. für die Zahnpflege mehr einzusetzen, so daß insgesamt 7000 Mk. dafür zur Verfügung stehen.

Mit 5 zu 5 Stimmen wurde dieser Antrag von den Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Kollegen Ring und Fessel gaben den Bericht von Erfurt und Nürnberg. Hierbei zeigte sich, daß auf den kleinen Tagungen mehr praktische Arbeit geleistet wird, als bei den demonstrativen Zusammenkünften wie in Nürnberg. Fessel (Reichsbannergeneral), der die Arbeitermütze mit dem Zylinderhut vertauscht hat, sagte in der Debatte wörtlich:

„Wir wollen, daß die Angestellten und Beamten bis 6000 Mk. Einkommen der Krankenkasse einverleibt werden. Bis jetzt hat man uns nur allen Schmutz, wie Reinemachefrauen und minderwertige Arbeiter, zugeführt."

Darüber war sogar sein leiblicher Bruder entsetzt und glaubte, seinem Freunde eine Rüge erteilen zu müssen.

Ueber die Anschaffung des Büromöbel gab es eine heftige Debatte. Pinkowski glaubte, daß der Vorstand allein das Recht habe, zu bestimmen. Hendrich verstieg sich so weit, zu sagen, der Vorstand habe allein das Recht, den Kauf vorzunehmen und der Ausschuß habe nichts zu sagen, sondern nur Kritik zu üben, denn es wäre ja alles schon erledigt und durchgeführt. Genossen Hammer und Liebau sagten dem Herrn Vorstand bittere Wahrheiten. Selbst Pinkowski sagte, eine solche Kritik haben wir nicht erwartet. Der Ausschuß läßt sich eben nicht übers Ohr hauen.

Die Besetzung des Geschäftsführerpostens durch Klauß, der von Berlin nach Eisleben kommandiert wurde, ist aus parteipolitischen Gründen erfolgt. Er ist der Freund von Keller. Klauß und Fessel haben das so geschoben, um eine SPD.-Stütze mehr zu haben. Man munkelt sogar, daß eine Bewerbung gar nicht beachtet wurde. Ueber diese Angelegenheit wird noch Aufklärung geschaffen werden müssen.

Unter „Verschiedenem" verlangte Genosse Liebau, daß zur Eindämmung der Tuberkulose noch viel mehr getan werden muß, insbesondere für die Frauen. Schärfster Kampf gegen den § 218 wurde gefordert. Genosse Hammer betonte noch, daß

praktische Hilfe und nicht nur Vorträge und Broschüren notwendig seien, um die Tuberkulose zu bekämpfen.

Der neue Geschäftsführer Klauß konnte nur zur Antwort geben, daß das Gesetz uns verbiete, Mittel zur Verfügung zu stellen. Er will jedoch durch Aushang von Richtlinien innerhalb der Kassenräume auf diesem Gebiete Abhilfe schaffen, was ihn bereits genügend kennzeichnet

Wir Kommunisten werden nicht locker lassen im Kampf um die Wahrung der Interessen unserer proletarischen Kassenmitglieder.

Den Verleumdern eine Antwort

In der „Mansfelder Volkszeitung" erschien am 28. November ein Artikel, worin unser Genosse Ernst Frommknecht angegriffen wird. Es wird geschrieben, F. als Obmann bei der Steinsetzfirma Gebrüder Sauermilch hätte es unterlassen, sich zu überzeugen, ob die Firma Sauermilch die Ferienbeiträge abgeführt hat, die im Tarifvertrag vorgesehen sind.

Wir möchten den Verleumdern sagen, daß diejenigen, die im vorigen Winter in Eisleben bei der Notstandsarbeit annähernd 100 Stunden in der Woche gearbeitet haben, kein Recht zu irgendwelchen Angriffen haben. Unsere Kollegen können bezeugen, daß F. ständig von der Firma verlangt hat, die Beiträge abzuführen. War F. nicht im Büro und hat dieses Verlangen kategorisch gestellt? Er hat es getan. Hat derselbe, der jetzt F. verleumdet, nicht selbst gesagt, F. arbeite als Obmann wirklich gut? Die Abführung der Beiträge war eine Frage der ganzen Belegschaft, und man wird F. nur bestätigen können, daß er nur gemäß den Interessen der Kollegen sich verhalten hat.

Nun wird gegen Frommknecht gehetzt, weil er zum Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition delegiert war. Er war aber Beauftragter der Arbeiterschaft. Es wird der Opposition bei weitem nicht einfallen, die Gewerkschaften zu spalten, im Gegenteil, sie allein ist imstande, die Einheit auf revolutionärer Grundlage herzustellen im Kampfe gegen die Gewerkschaftsbürokratie, die der Artikelschreiber in der „Mansfelder Volkszeitung" deckt. Die Spalter aber, das sind die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten.

Ueber tausend Delegierte waren in Berlin, aufrechte Klassenkämpfer, von denen jeder seinen Mann steht. Sie haben gut daran getan und uns einen Weg gezeigt, den wir als Opposition unbeirrt marschieren werden.

Herr Pinger noch in Amt und Würden

Am 5. November brachten wir einen Artikel „Auch Nebra hat sein Standälchen". Scheinbar hatte es gewirkt, denn schon zwei Tage danach kam der Herr Regierungsassessor von Dulin nach Nebra, um die Untersuchung zu führen. Bis heute hat man aber noch nichts weiter gehört und Herr Pinger ist immer noch im Amt, trotzdem der Magistrat einstimmig beschlossen hatte, daß Pinger am 15. November zu verschwinden hat. Hat also das Material vom 5. November zur Amtsentheben nicht genügt? Heute wollen wir darum einen neuen Fall der Oeffentlichkeit übergeben.

Unser Genosse Janeck hatte im Juli, als er arbeitslos war, einen Vorschuß von 20 Mark von der Kämmereikasse auf seine Arbeitslosenunterstützung bekommen. Als die Erwerbslosenunterstützung genehmigt war, wurden ihm diese 20 Mark von Herrn Pinger in Abzug gebracht. Am Sonnabend, dem 23. November, erhielt nun unser Genosse Janeck eine Aufforderung vom Magistrat, die 20 Mark zurückzuzahlen. Empört wandte er sich beschwerdeführend an Bürgermeister Nattmann. Am Sonnabendabend

erschien nun Herr Pinger in der Wohnung des Genossen Janeck und bat darum, daß von der Sache mit den 20 Mark kein Aufhebens gemacht werden solle, er wolle das Geld aus seiner Tasche zulegen.

Am Montag bereits war das Geld vom Arbeitsamt an die Kämmereikasse überwiesen. Uns ist bekannt, daß die Nebenstelle hier jede Woche mit dem Arbeitsamt Querfurt abrechnet. Wir fragen daher öffentlich an, ob diese Schiebung mit den 20 Mark nicht aufgefallen ist? Wir sind neugierig, wo sich die 20 Mark von Juni bis jetzt befunden haben. Wir Kommunisten verlangen Aufklärung und Reinheit in der Stadtverwaltung und werden nicht nachlassen, bis die Affäre Pinger geklärt ist.

Ein „edler" Bauer

Als ein edler Bauer entpuppte sich der Gutsbesitzer Hermann Hamann aus Beckwitz anläßlich der Hochzeit seiner Tochter. Einer alten Sitte zufolge wird der Tag vor diesem Freudenfeste als „Polterabend" bezeichnet und begangen. Die Jugend des Dorfes sammelt sich vor dem Hochzeitshause, um zu „poltern", d. h. alte Töpfe und dergleichen gegen das Tor zu werfen, um hierfür ein Stückchen Kuchen zu erhalten. Während der Schwiegersohn vor seiner Tür die junge Schar zu deren größter Freude reichlich beschenkte, ging der große Bauer hin und gab schamlos nur Kuchenränder ohne Krume, aber bestes mehr verbrannt.

Man beschloß, die Kuchenränder zu sammeln und dem alten Geizhals per Post zuzusenden. Hoffentlich ist es geschehen.

Niederorschel (Eichsfeld). Eine Mühle in Flammen. Die Mühle von Ehrenberg bei Niederorschel wurde von einem Großfeuer heimgesucht. Das Wohnhaus der Mühle konnte gerettet werden. Da sämtliche Maschinen vernichtet sind, ist der Schaden jedoch bedeutend.

Bitterfeld-Wittenberg

An alle Ortsgruppen des Kreises Bitterfeld

Am Mittwoch, dem 4. Dezember, abends 7 Uhr, findet in Bitterfeld, Lokal „Bürgergarten", eine

Kommunalarbeiterkonferenz

statt. Alle Funktionäre des Kreises müssen daran teilnehmen.

UBZ. der KPD. Bitterfeld. Kommunalabteilung.

Achtung, Unterstützungsempfänger Bitterfeld!

Alle Unterstützungsempfänger, die aus der Stadtkasse laufend Unterstützung beziehen, wollen sich mit ihren Karten im Rathaus melden, und zwar

Fürsorgeempfänger (blaue Ausweiskarte) und Kleinrentner (braune Ausweiskarte) Dienstag, den 3. Dezember, nachmittags von 10 bis 12 Uhr im Rathaus, Zimmer 31 (Hof).

Sozialrentner (rote Ausweiskarte) ab Donnerstag, den 5. Dezember, vormittags, im Rathaus, Zimmer 13.

Weihnachtsbaum für alle

Wie alle Jahre, so hat sich der Magistrat der Stadt Bitterfeld berufen gefühlt, auch dieses Jahr einen Weihnachtsbaum auf dem Marktplatz zu postieren. Dieser Baum soll für alle bedürftigen Erwerbslosen und Rentenempfänger in Frage. Denn für 50 Mark Unterstützung ist kein Erwerbslosen und Rentenempfänger in der Lage, sich einen Baum oder, was das notwendigere ist, die nämlich Feuerung und Lebensmittel anzuschaffen. Alle diese Mittel haben nun das Vergnügen, sich bei Kälte und mit kaputtem Schuhwerk und zerrissener Kleidung den Weihnachtsbaum der Stadt Bitterfeld anzugloßen. Wäre es nicht besser gebrachter, dies Geld, das die Beleuchtung und der Baum kostet, den Erwerbslosen und Rentnern zu geben. Zur Ausgabe kommen Jungerwerbslose und auch Verheiratete ist kein Geld da, solche Mätchen, wie den Weihnachtsbaum, wirft man für 50 Mark aus.

Jungarbeiter und Jungerwerbslose, reiht Euch ein in die Reihen des revolutionären Proletariats. Werbet Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes und kämpft mit uns für die Errichtung der Diktatur des Proletariats, damit wir auch bald proletarische Weihnachten feiern können.

Den Bitterfelder Erwerbslosen ist nun geholfen. Der Magistrat hat einen Baum gesetzt und nun können sie singen:

O Tannenbaum, o Tannenbaum, laßt uns den Magistrat beschau'n.

Achtung, Bitterfelder Freidenker!

Die Mitgliederversammlung der Freidenker Ortsgruppe Bitterfeld findet nicht Dienstag, sondern Donnerstag statt.

Wolfen. Katzenjammer. Daß die Liste 3 fast 900 Stimmen bei der Wahl erhielt, wollen die braven Spießer nicht verlernen. Diese Herrschaften haben für Wahlzwecke 800 Mark verpulvert. 300 Mark gab der Bürgerverein, 150 Mark die Gewerbetreibenden, jeder Landwirt zahlte 4 Mark. Autos zum Stimmen standen ihnen zur Verfügung. Trotzdem noch die Pleite. Nun ist der Wahlkatz vorüber, beginnt schon der Schacher um die Stadtkandidaturen. Der KPD.-Fraktion werden in der kommenden Periode vier Sozis und sechs Bürgerliche gegenüberstehen. Es wird die Vertreter der revolutionären Arbeiterschaft erst recht anspornen, die Interessen der Werktätigen rücksichtslos zu vertreten. Jeder Wähler muß seine Vertreter kontrollieren und die Arbeitervertretersitzungen besuchen.

Delitzsch-Torgau

Reaktionäre Wohnungspolitik der Stadt Torgau

Was wir als Kommunisten im Wahlkampf besonders betrangelten, daß die reaktionäre Stadtverwaltung der vorhandenen Wohnungsnot hilflos gegenüber steht, wird jetzt aber bewiesen. Interesse für den Bau gesunder und räumlicher Wohnungen war bei der Stadtverwaltung wenig vorhanden. Jetzt verlangt die Verwaltung wiederum auf den Bau von elenden Baracken. Diese Buchten sind nur ein Seuchenherd für deren Bewohner. Es kommt, daß der Bauplatz am Rogätzer Weg äußerst ungünstig liegt. Keine hundert Meter von den Baracken ist der Schuttabladeplatz. Auf der anderen Seite der Schwarze Graben. Wie die Bewohner der Baracken versichern, müssen sie die Lebensmittel an der Decke aufhängen, um sie zu schützen vor der vorhandenen Landplage. Wasserrattenplage. Ueber den Eisenbahndamm hinweg sind die Baracken ziehen die Schwaden des Gasgestanks der Gasanstalt. Selbst die Anwohner der Wolffersdorfer Straße und am Bahnhof und Nordring haben sich schon über den Gasgestank beschwert. Wann wird hier endlich Abhilfe geschaffen?

Arbeiter, an diesen Dingen seht Ihr, was das spießbürgerliche Muckertum für Euch übrig hat. Kämpft mit uns, diese Zustände zu beseitigen! Darum ist es notwendig, daß Ihr Euch einreiht in die Front des klassenbewußten Proletariats, werdet Mitglieder der Kommunistischen Partei.

Eine wahre Begebenheit

Im Dorfe Langenreichenbach trug sich beim Ausgang der Stimmzettel folgendes zu. Die Auszählung ist beendet, dabei ergibt sich, daß 122 Stimmen für die KPD. abgegeben sind.

Erster Bauer (Schriftführer im Wahlvorstand): Unser Dorf, wo nur die Kommunisten die Stimmen in unserem Dorfe bekommen.

Zweiter Bauer (Besitzer): Nu, Robert, Du bist doch dran schuld, Du hast's doch geschrieben!

Ob dieser Antwort ist der erste Bauer ganz erbost. Es kommt zu einem heftigen Wortwechsel, bis er endlich den Sinn verstehen.

So werden es diese Schieber mehrfach gemacht haben!

Weg mit der Dunkelkammerpolitik

Zum erstenmal ziehen zwei Kommunisten ins Gemeindevorstand von Weidenau ein, neben drei Sozialdemokraten und vier „unparteiischen" Bürgerlichen. Das alte Parlament war ja von Sozialdemokraten besetzt, weil die Bürgerlichen keine Liste zustande gebracht hatten. Was im alten Parlament passierte, durfte nicht in die Oeffentlichkeit dringen. Kein Mensch erfuhr, wenn eine Sitzung war, geschweige denn, was darin beschlossen wurde. Mit dieser sozialdemokratischen Dunkelkammerpolitik wird der Kommunisten rücksichtslos brechen. Die Einwohner haben ein Recht darauf, zu erfahren, was ihre Vertreter in der Gemeindesitzung beraten und beschließen. Geheimnisse von uns gibt es uns nicht.

Die größte Heldentat während der Wahl wollen wir hier nicht unerwähnt lassen. Bei der Umstellung auf der sozialdemokratischen Liste kamen drei dieser Helden zu kurz.

Diese drei Sozialdemokraten retteten sich, indem sie zu den Bürgerlichen übertraten, wo sie als unparteiische Bürgerliche kandidierten.

Sie haben aber die bisherige Politik mit all ihren Fehlern gemacht und sind, wie ihre Handlungsweise zeigt, nicht weitergerückt von der Arbeiterschaft, obwohl sie jetzt sich als die Unparteiischen hinstellen möchten. Von denen ist nur Schlechtes zu erwarten. Ihnen wird unser Kampf ebenso gelten, wie den jetzigen Sozialdemokraten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291203-15/fragment/page=0010

Aus den Betrieben

Neue Maschinen, größere Profite in Zschornewitz

Bergarbeiter von Golpa, nehmt sofort für die Forderungen der Opposition den Kampf auf

Kraftwerk Golpa-Zschornewitz sind jetzt die beiden größten Generatoren in Betrieb genommen worden, die es in Deutschland überhaupt nicht. Jede der Maschinen leistet 100 000 KVA. Damit wird die gesamte Leistung in einer einzigen Maschine

neuen Maschinen bedeuten ein großes Stück kapitalistischer Rationalisierung. Nicht nur, daß sie wärmewirtschaftliche Vorteile bieten und daß eine Ersparung an Bauten eintritt. Auch die Leistung der Arbeiter im Verhältnis zum Produkt wird weiter, und damit bedeutend herabgesetzt. Zum Antrieb der Turbine kommen stündlich 400 Kubikmeter Wasser in Dampfform mit einer Stundengeschwindigkeit von 1200 Kilometer die Maschinen. Und ihrer Arbeitsleistung dehnen sie sich zu 10 Millionen Metern aus. Die zum Teil über drei Meter großen Generatoren werden auf eine Umdrehungszahl von 1500 in der Minute gebracht. Zur Niederschlagung des Dampfes, der seine Arbeit verrichtet hat, dient ein Kondensator, der für eine einzige von den Maschinen eine Kühlwassermenge braucht, die die durchschnittliche Tagesleistung sämtlicher Berliner Wasserwerke [illegible]

Vergleich mit der Leistung der beiden neuen Maschinen [illegible] wir den Strombedarf der Stadt Breslau. Dort werden [illegible] KVA in fünf Kraftwerken mit zahlreichen Maschinen [illegible]. Das gibt einen Begriff von der größeren Wirtschaftlichkeit allein der neuen Maschinen in Zschornewitz,

Wirtschaftlichkeit, die, weil sie ausschließlich im Interesse der Kapitalisten liegt, nichts anderes als eine Quelle [illegible] hier gesteigerten Profits auf Kosten der elend entlohnten Arbeiter, insbesondere der Bergarbeiter, ist.

[illegible] hat bisher schon Berlin, Magdeburg, [illegible]zig und eine Reihe von industriellen Werken in Mitteldeutschland (die Piesteritzer Stickstoffwerke und andere Betriebe [illegible] Farben) mit Strom versorgt. Durch die neue Anlage [illegible] dort noch viel gewaltigere Energiequellen erschlossen. Auch [illegible] dieser Seite bedeutet die neue Anlage eine unerhörte [illegible]rung des Profits.

[illegible] mitteldeutschen Bergarbeiter, auch die Bergarbeiter von [illegible] die die Braunkohle für den Betrieb des Riesenkraftwerkes [illegible], befinden sich in einer Lohnbewegung. Jämmerliche [illegible]sprüche sind vom mitteldeutschen Schlichter und später vom [illegible]rbeitsministerium gefällt worden. Die reformistischen Gewerkschaftsführer stehen bereit, die Bergarbeiter, auch die Arbeiter von Golpa, den Unternehmern auszuliefern.

Arbeiter dürfen sich dazu nicht hergeben. Sie müssen unter [illegible]er Streikleitung den Kampf aufnehmen. In Golpa ist Kampfleitung bereits gewählt. Die Tatsache der Inbetriebnahme der neuen Turbo-Generatoren, die Tatsache der ungeheuren Steigerung der Profite in diesem Werke muß den Arbeitern das Signal zur Aufnahme des Kampfes für die Forderungen der Opposition sein. Und die Arbeiter im ganzen mitteldeutschen Braunkohlenrevier müssen der Belegschaft der Grube Golpa folgen.

Betriebsmord

Schwerer Bauunfall

Wie wir jetzt erst erfahren, hat sich am vorigen Donnerstag, kurz vor Mittag, am Erweiterungsbau des Krankenhauses in Torgau ein schwerer Bauunfall zugetragen. Der Bauarbeiter Zwanzig aus Werdau stürzte am Aufzug in einer Höhe von sieben Meter ab. Z. mußte mit einem schweren Genickbruch vom Platze getragen werden.

Allem Anschein nach trägt das Hetztempo der Mitteldeutschen Baugesellschaft Leipzig die Schuld. Wir werden noch einmal auf diesen Bauunfall zurückkommen.

„Streikbrecherschweine"

A.-K. Die Bubiag hat in ihrer bekannten Fürsorge für Streikbrecher 35 Schweine angekauft, die zur Verpflegung derselben nötig sind. Wahrscheinlich, um den Kollegen zu beweisen, daß die Aktionäre bald pleite gehen. Die Unterhaltung dieser Schweine kostet doch eine Stange Geld, aber — aus den Knochen der Proleten wird ja soviel herausgewirtschaftet.

An den Kollegen wird es liegen, beim Streik den Streikbrecherschweinen den Genuß dieser Schweine zu versalzen.

Gestank bei der Bubiag

A.-K. In der Badestube der Brikettfabrik „Grube Emanuel" stinkt es bei öfteren ganz fürchterlich. Das nebenan befindliche Klosett ist verstopft und deshalb läuft die ganze Jauche in die Badestube. Die Proleten sind gezwungen, sich in diesem Gestank aus- und anzukleiden. Obwohl die Kollegen schon mehrmals beim Betriebsleiter vorstellig wurden, um diesen Zustand zu beseitigen, ist bis heute noch nichts dagegen unternommen worden.

Will man etwa warten, bis alles zufriert und der Mist noch größer wird? Die Arbeiter erwarten sofortige Abhilfe.

Was man den Bergkumpels zu bieten wagt:

Sauställe als Frühstücksbuden

Wählt auf allen Gruben revolutionäre Vertrauensleute zur Wahrnehmung Eurer Rechte!

A.-K. Des öfteren waren wir gezwungen, die Mißstände auf Michel-Vesta anzuprangern. Auch heute sind wir gezwungen, die menschenunwürdigen Zustände der Oeffentlichkeit preiszugeben. Auch in den Frühstücksbuden herrschen skandalöse Zustände. Wo man hinguckt und hinpuckt, starrt es von Dreck und Speck.

Keine Dielung, halbe Türen, zerschlagene Fenster: das sind die Frühstücksbuden der Bergkumpels.

Wir möchten dem Inspektor Lang ans Herz legen, sich um die Schaffung hygienischer Einrichtungen zu bemühen. Wir sind dessen gewiß, daß er mehrere Dienstmädchen braucht, um seine Dreckwinkel sauber zu halten. Aber was geschieht für einen Kumpel?

Wenn man bedenkt, daß jugendliche Arbeiter 9½ Stunden, bei einer halbstündigen Pause, in der Verladung Klamotten wischen müssen, so ist noch keine Sorge von seiten der Werkleitung getragen, um ihnen die Gelegenheit zu bieten, sich einen Schluck Kaffee aufzuwärmen. Auf der anderen Seite ist

jedem Werkfaschisten ein Putzer zur Seite geteilt,

der ihn vorn und hinten bedienen muß. Wo bleibt hier der Budenjunge, der für Reinlichkeit und warmen Kaffee für seine Kumpels zu sorgen hat? Ist man hier auch auf das Sparsystem gekommen, um Ersparnisse herauszuschinden. Wir Bergkumpels müssen geschlossen dagegen ankämpfen. Es kommt doch schon auf jeden vierten Mann ein Antreiber.

Noch ein ernstes Wort an den Betriebsrat! Seid Ihr denn so in den Reformismus versunken, daß Ihr die minimalsten Rechte der Kollegen nicht mehr wahren könnt? Kumpels, wählt in Zukunft revolutionäre Vertrauensleute, die Eure Interessen zu wahren wissen.

Steht zu den Forderungen der Opposition. Es lebe der Kampf!

Großer Abschied in der Annaburger Steingutfabrik

A.-K. Am Sonnabend nahm der Direktor Schäfer Abschied von der Annaburger Steingutfabrik, indem er zirka 25 Arbeiter zu sich kommen ließ, um seine Dank- und Segenswünsche für die Belegschaft auszusprechen. Rührend soll es gewesen sein. Die Belegschaft und die Einwohner Annaburgs weinen ihm keine Träne nach. 27 Jahre hat er geschaltet und gewaltet. Bei seinem Antritt erfolgte gleich ein Lohnabzug von bald 15 Prozent, um den heruntergewirtschafteten Betrieb wieder hoch zu bekommen. Andere Industrie ließ er nicht nach Annaburg, indem er für den Betrieb sämtlich passendes Gelände aufkaufte. Somit war für Annaburg alle Entwicklungsmöglichkeit verschlossen. Alles war auf die einzige Fabrik angewiesen. Ging es im Betriebe schlecht, ging es im ganzen Orte schlecht. Die letzte Umstellung im Betriebe hat ihm höchstwahrscheinlich den Zylinderhut eingebracht. Seine Segenswünsche für die Belegschaft sind eine direkte Verhöhnung. Niemals kann der Schaden gutgemacht werden, welchen er verursacht hat. Kurzarbeit, Lohneinbuße, Entlassung der halben Belegschaft. Alles ist in den letzten zwei Jahren unter seinem Regiment geschehen. Die gesamte Geschäftswelt litt mit darunter. Wie der Anfang, so war auch das Ende.

Arbeiter, Ihr seht daraus, wie notwendig es ist, den Kampf gegen derartige Kapitalsvertreter zu führen. Laßt Euch nicht ablenken durch Segenswünsche und rührselige Mienen.

„Für mich gibts nur Gesunde oder Tote"

A.-K. Eine besondere Blüte von Oberinspektor regiert am Naumburger Hauptbahnhof. Die Rangierer hat der Oberaufpasser sich besonders herausgesucht. Des Nachts schleicht er (so ein nächtlicher Rundgang auf die Dauer von ein bis zwei Stunden bringt ihn den ansehnlichen Betrag von 30 bis 40 Mark ein) wie eine Schlange zwischen den Zügen und Schuppen herum und lauert auf Leute, denen er etwas am Zeuge flicken kann. Ein Rangiermeister Kirst, der im Jahre 1925 einen schweren Unfall erlitt, so daß er nach der Herstellung der Gesundheit seinen schweren Dienst nicht mehr ausführen konnte, wurde zu anderem Dienst kommandiert und später wieder zum Rangierdienst kommandiert. Am 14. November wurde nun Kirst bei dem Oberinspektor Maurer vorstellig. Er teilte ihm mit, daß er, wie befohlen, vorläufig nicht zum Rangierdienst zurück könne, da er wegen der Verletzungen nicht imstande dazu wäre. Der Herr Inspektor schnauzte ihn im Feldherrntone an:

Wenn Sie in einem Industriebetriebe wären, jätten Sie schon längst auf der Straße, für mich gibt es nur Gesunde oder Tote."

Maurer scheint auch in diesem Jahre wieder auf zirka 1500 Mark Leistungszulage zu hoffen. Er wird doch nicht etwa etwas anderes erleben? Er ist doch schon des öfteren angeprangert worden und er hat sich nicht gebessert. Die Geduld nimmt auch einmal ein Ende.

Im übrigen ist es die höchste Zeit, daß die Eisenbahner Naumburgs ganz gehörig gegen den Kadavergehorsams-Kurs Front machen.

Stärkt die Reihen der Gewerkschaftsopposition!

[illegible]tschinderei durch gerissene Rationalisierungsmethoden:

Uniformierte Antreiberinnen in der Filmfabrik Wolfen

Wie sogar eine geringfügige Lohnerhöhung illusorisch gemacht wird

A. Wir haben schon des öfteren von dieser Stelle aus die [illegible]nalisierungsmethoden in der Filmfabrik Wolfen kritisiert. Die Ausbeutung in diesem Musterbetriebe nimmt [illegible] Formen an, die einen immer erneut dazu zwingen, die [illegible]nschaften der Filmgewaltigen anzuprangern. Die Entlassungsziffer ist zwischen auf 1200 gestiegen und täglich finden [illegible] Entlassungen statt, trotzdem die Produktion in ihrer alten [illegible] ihren Fortgang nimmt. Die von der revolutionären [illegible]ition bei dem letzten Hungertarifabschluß aufgestellte [illegible]rung, daß die Unternehmer die paar Pfennige Lohn[illegible]ung illusorisch machen werden durch verstärkten Abbau der [illegible] und Prämiensätze, ist hundertprozentig in Erfüllung ge[illegible]. Ueberall geht man dazu über, die Akkord- und Prämien[illegible] weiter zu kürzen, so daß bereits in vielen Fällen, trotz [illegible] Akkordschusterei, nur noch der blanke Stundenlohn [illegible]nt wird.

[illegible] diese verschärfte Ausbeutung gründlich vornehmen zu können, [illegible] sich die Herrschaften in Wolfen ganz eigenartiger [illegible]. Kommt man z. B. in die Betriebe der Seidenstrei, so ist man unwillkürlich in eine Kaserne versetzt. Bei [illegible] mit da eine Arbeiterin, die besonders auffiel, weil sie [illegible] Grad höher hielt als ihre Mitarbeiterinnen. Bei [illegible]er Betrachtung entdeckt ich auch die Ursache dafür: ein [illegible]er Streifen, ähnlich der alten Unteroffizierstresse, zierte ihren [illegible]mantel. Auf Befragen, was diese Kostümierung zu bedeuten habe, wurde mir von einer anderen Arbeiterin erklärt, [illegible] sei die neue Uniform der Vorarbeiterin und Kontrollen.

[illegible]rend die einfache Kontrolle einen blauen Streifen um den Kragen, die Oberkontrolle deren zwei trägt, ziert einer Vorarbeiterin zarter Hals ein roter Streifen . . .

[illegible] ich diese Auskunft erhielt, konnte ich mir eines mitleidigen [illegible]ns nicht erwehren. Um diese Arbeiterelemente besonders [illegible] auf ihre Mitmenschen zu machen, braucht man sie heute [illegible]ßer zu entlohnen, sondern ein paar Tressen um den Kragen [illegible]gen das besser und billiger.

[illegible]ich nun einmal eine noch anständige „Vorgesetzte" den nötigen [illegible] gegen ihre Arbeitsschwestern vermissen, sofort wird das [illegible]degradierung und sofortigem Abreißen der Tressen geahndet.

Auch im Werkstattbetrieb greift man zu ähnlichen Methoden. Hier muß man sich die Ausspielung der Arbeiterschaft gegenseitig schon etwas kosten lassen. Man zahlt einer winzigen Schicht von beliebten Arbeitern eine kleine freiwillige Zulage in Form von Qualitätszulagen, um dafür das Gros der Arbeiterschaft besser ausbeuten zu können.

Arbeiter und Arbeiterinnen der Filmfabrik Wolfen! Wann endlich werdet Ihr die Machenschaften Eurer Ausbeuter erkennen und durchkreuzen? Nach Eurem Geschimpfe müßte man annehmen, daß Ihr das bereits erkannt habt, jedoch die leere Belegschaftsversammlung redet eine andere Sprache. Mit der geballten Faust in der Tasche könnt Ihr Eure Lage nicht verbessern. Nehmt endlich Stellung zu Eurer elenden Lage.

Hinweg mit Tressen und Köderzulagen! Kämpft mit der gewerkschaftlichen Opposition für außertarifliche Lohnerhöhungen, für bessere Arbeitsbedingungen!

Reiht Euch ein in die Reihen der Kommunistischen Partei, der einzigen Arbeiterpartei! Stärkt die Arbeiterpresse, indem Ihr den „Klassenkampf" bestellt!

Ein Leuna-Entlassener an seine Leidensgenossen

Ein aus der Leuna-Hölle entlassener Arbeiter schreibt uns:

Ich möchte allen Kollegen empfehlen, sobald sie entlassen sind, sich an den Arbeiterrat zu wenden und den sozialfaschistischen Betriebsrat Walther und seine Komplicen unter sich zu lassen. Ich habe durch unsere Organisationsvertreter H. Schmitt und Franke mein Recht gefunden und spreche ihnen auch an dieser Stelle meinen Dank aus. Kollegen, habt volles Vertrauen zu ihnen!

Wenn Tennhagen in seiner Bonzenzeitung schreibt, die Opposition wäre in ihrer Klage in Sachen des entlassenen Kollegen Lehmann wegen Formfehler vom Arbeitsgericht abgewiesen, so beweist doch das nur, daß er sich nicht mehr als Arbeitervertreter fühlt, daß er jeden Arbeiter, der nicht nach seiner Pfeife tanzt, als Feind betrachtet und ihn wirtschaftlich zu schädigen versucht. Aber diese Elemente muß eines Tages der Sturm des proletarischen Massenwillens hinwegfegen.

Nur Margarine Rama im Blauband doppelt so gut

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291203-15/fragment/page=0011

Der Reichskongreß der Gewerkschaftsopposition

Anregende Diskussion — Einstimmige Beschlüsse — 40 Neuaufnahmen in die KPD.

Nach dem Referat des Genossen Merker wird auf dem Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition noch am 1. Tag mit der Diskussion begonnen. Schon zu Beginn hatten sich 75 Diskussionsredner gemeldet. Genossin Krüger, Berlin, weist darauf hin, daß durch die Rationalisierung die Frauen am allerschärfsten getroffen werden. Es ist Aufgabe der Opposition, die alte Arbeiterforderung: Gleichen Lohn für gleiche Leistung, energischer zu vertreten und in den Betrieben Schulter an Schulter mit den Frauen zu kämpfen.

Ein Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet schildert, welche ungeheuren Auswirkungen die Rationalisierung in den Gruben des Ruhrgebiets gezeigt hat und wie die revolutionären Bergarbeiter unter oppositioneller Führung auf das maßlose Antreibersystem reagieren. Die oppositionelle Bergarbeiterzeitung „Der Ruhrkumpel" ist das Verbindungsmittel der Bergarbeiteroppposition geworden, seine Auflage steigt ständig.

Eine Delegierte, von den Textilarbeitern Geras delegiert, schildert das Hetztempo in der Textilindustrie. Die Folge ist Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit. Durch die große Lohnspanne zwischen den Löhnen der männlichen Arbeiter und denen der Frauen werden die Frauen praktisch zu Lohndrückern. Die Rednerin setzt sich besonders dafür ein, daß bei den kommenden Betriebsrätewahlen und bei der Wahl von Kampfleitungen mindestens ein Drittel Frauen sind.

Der Delegierte X. als Vertreter der ostpreußischen Landarbeiter, berichtet über die furchtbare Ausbeutung und Entrechtung der Landarbeiter, bei der die reformistische Bürokratie des Landarbeiterverbandes den Gutsherrn Vorschub leistet.

Der Jungarbeiterdelegierte X., Hessen, berichtet, daß die 14- bis 16jährigen Jugendlichen trotz ihrer überlangen Arbeitszeit nebenbei noch andere Arbeiten verrichten müssen, weil sie mit einem Wochenlohn von 6 bis 8 Mark nach Hause gehen müssen.

Einen Höhepunkt des Kongresses bildete die Mitteilung, daß eine Delegation Berliner Schupobeamter erschienen ist, die sich bereit erklärt, in voller Uniform dem Reichskongreß ihre Begrüßung zu übermitteln. Genosse Merker teilt mit, daß man den Schupokameraden aus taktischen Gründen erklärt habe, daß man ihr Begrüßungsschreiben verlesen werde und hoffe, daß sie ihre revolutionäre Tätigkeit unter der Berliner Schutzpolizei fortsetzen. (Das Begrüßungsschreiben wird von dem Kongreß mit tosendem Beifall aufgenommen.).

Der erwerbslose Textilarbeiter X. aus Langenbielau schildert das ungeheure Elend aus der historischen Gegend des Weberaufstandes. Erwerbslose Textilarbeiter werden zum Teil mit einer Wohlfahrtsunterstützung von 3 Mark pro Woche abgespeist.

Genossin Grete Hill, gemaßregelte Betriebsrätin von Lorenz-Tempelhof, spricht über die Bedeutung der Frau im revolutionären Kampf der Gewerkschaftsopposition. Sie fordert auf, die Frauen zu allen Funktionen stärker heranzuziehen, weil die Kämpfe der Arbeiterschaft ohne tätige Mithilfe der Frauen nicht geführt werden können.

Der Vertreter der oberschlesischen Eisenbahner Chwalek berichtet über das reformistische Spaltungsmanöver gegen die oppositionelle Eisenbahnergruppe Oppeln und die Gegenmaßnahmen der revolutionären Opposition

Der Delegierte X. von den Krupp-Werken in Essen schildert die bitteren Erfahrungen, die die Arbeiterschaft bei dem riesigen Nord-West-Kampf durch den Verrat der reformistischen Bürokratie machte. Er berichtet über erfreuliche Fortschritte der Arbeit der revolutionären Opposition.

Zum Schluß der Sonnabendsitzung wurde vom Präsidium die Mitteilung gemacht, daß zwei Delegierte aus dem Erzgebirge, die mit dem Motorrad nach Berlin unterwegs waren, kurz vor ihrer Ankunft schwer verunglückten. Es handelt sich um den Bauarbeiter Hopp und den Erwerbslosen Kuhnert. Auf Beschluß der Versammlung wurden den Verunglückten die heißesten Kampfesgrüße des Reichskongresses übermittelt und eine Sammlung für die Verunglückten eingeleitet, die 190 Mark einbrachte.

Am Sonntag wird eine Reihe weiterer Begrüßungsschreiben und Begrüßungstelegramme verlesen. Bevor in die Aussprache eingetreten wird, erhält ein Vertreter der Bulgarischen Unabhängigen Gewerkschaften und ein oppositioneller Vertreter aus Luxemburg zu Begrüßungsansprachen das Wort. Ihre Ausführungen werden von den Delegierten mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Der Hamburger Delegierte X. von der Bahrenfelder Margarinefabrik „Rahma" berichtet, daß wegen der infamen und gemeinen Hetze der sozialdemokratischen Presse acht Sozialdemokraten aus dem Betrieb der Kommunistischen Partei beigetreten sind. Nachdem sich der zur KPD. übergetretene Funktionär Karl Kuhn bereiterklärt hatte, mit zum Reichskongreß zu fahren, wurde er in der darauffolgenden Nacht von einem Rollkommando des Altonaer Reichsbanners überfallen und blutig geschlagen, so daß er in ein Krankenhaus transportiert werden mußte. (Stürmische Pfuirufe.)

Als Vertreter der Jugend spricht Genosse X., der die ungeheure Ausbeutung schildert, der die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Industriegruppen ausgesetzt sind.

Der Vertreter der badischen Lederarbeiter, Klausmann, Weinheim, schildert in der Hauptsache die Spaltungsmanöver der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, die nichts unversucht gelassen hat, um die Delegierten vom Besuch des Reichskongresses abzuhalten. Die Weinheimer Lederarbeiter haben darauf so geantwortet, daß sie sofort eine Versammlung einberufen haben und dort noch einen weiteren Delegierten, nämlich eine Frau, wählten.

Die Ausführungen des Delegierten Kuhnert, der als Vertreter des „Allgemeinen Industrieverbandes" sprach, waren die einzigen, die mit eisiger Ruhe angehört, zum Schluß aber von der Versammlung mit lebhaften Protestrufen quittiert wurden, als er die sektiererische Politik der Kaiser und Schumacher vertritt.

Der Delegierte Funk, Ruhrgebiet, antwortete dem Vorredner in treffender Weise. Seine Ausführungen gipfelten in der Feststellung, daß die mechanische Gründung neuer Gewerkschaften nur eine Unterstützung der Sozialfaschisten und eine praktische Schwächung der Positionen der revolutionären Gewerkschaftsopposition bedeuten würde. Weiter macht Funk wertvolle Ausführungen über die Erfahrungen bei der Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Der Redner der abgespaltenen Berliner Zimmererzahlstelle, Genosse Schiff, schildert das niskungene Spaltungsmanöver der reformistischen Bürokratie. Er erklärt, daß die Berliner Bauarbeiter auch mit Kaiser aufräumen werden, um einen Kader revolutionärer Bauarbeiter zu schaffen, der fähig ist, die Kämpfe der Proletarier zu führen.

Minutenlanger Beifall ertönte, als Genosse Niederkirchner als Vertreter der Berliner Rohrleger die Rednertribüne betritt. Er brandmarkt die Streikbrecherrolle der Aeich und Konsorten und zieht die Lehren aus dem Berliner Rohrlegerstreik.

Der Delegierte X. schildert als Vertreter der württembergischen Metallarbeiter die Kämpfe gegen die Sozialfaschisten und Brandleristen.

Kube, Berlin, berichtet über die Erfolge, die die revolutionäre Opposition unter den Berliner Fabrikarbeitern in der Chemieindustrie zu verzeichnen hat. Im Betrieb „Agfa" sind beispielsweise schon 68 revolutionäre Vertrauensmänner vorhanden, von denen innerhalb 14 Tagen bereits 19 der Kommunistischen Partei beigetreten sind.

Der Delegierte X., Hamburg, berichtet über die Erfahrungen während des Werftarbeiterstreiks.

Dann macht das Präsidium die Mitteilung, daß ein Delegierter der Großen Leipziger Straßenbahn, der Kollege Richard Schmitt, während der Tagung der Kommunistischen Partei beigetreten ist. Diese Tatsache ist deswegen besonders bedeutungsvoll, weil er in den vorbereitenden Versammlungen noch gegen die Opposition aufgetreten ist. Schmitt ergreift dann selbst das Wort und erklärt, daß er seine Fehler einsehe und als ehemaliges sozialdemokratisches Parteimitglied alle sozialdemokratischen Arbeiter auffordert, unter Führung der Kommunistischen Partei zu kämpfen.

Der Beifallssturm ist noch nicht verebbt, als vom Präsidium wiederum die Beitrittserklärung einer parteilosen ostpreußischen Delegierten verlesen wird.

Als Vertreter der Internationalen Arbeiterhilfe weist Genosse Marquardt auf die besondere Bedeutung dieser Organisation bei den Kämpfen der Arbeiterklasse hin. Genossin Elser spricht für die Frauen aus dem Ruhrgebiet. Sie appelliert an die Delegierten, die Frauenarbeit in Zukunft stärker zu fördern.

Der Vertreter der Opel-Werke, Genosse X., schildert an Beispielen, wie die Arbeitsintensität und Rationalisierung im Betrieb durchgeführt wird, wobei die Reformisten den Unternehmern willfährige Helferdienste leisten. Alle diese Maßnahmen haben einen Fortschritt der revolutionären Oppositionsarbeit nicht unterbinden können.

Vom Präsidium wird mitgeteilt, daß zwei parteilose Delegierte aus Oftschsen, das bisherige SPD.-Mitglied Gottschalg, Halle, und die parteilose Delegierte Melgert, Zwickau, in die Kommunistische Partei eingetreten sind. Kollegin Kraus, Magdeburg, berichtet über die Verhältnisse in den dortigen Betrieben.

Zu einer imposanten Solidaritätskundgebung kommt es, als der Vertreter der Roten Gewerkschaften Frankreichs, Genosse Mohn, die Rednertribüne betritt. Spontan stimmt der Kongreß die „Internationale" an. Der französische Genosse spricht ausführlich über die Kämpfe der revolutionären Gewerkschaften in Frankreich.

Auf Vorschlag des Präsidiums wird sodann einstimmig beschlossen, eine Begrüßungsadresse an die revolutionären Arbeiter Frankreichs zu senden.

Ein mitteldeutscher Bergarbeiter aus dem Braunkohlengebiet berichtet über die ungeheure Erregung der Bergarbeiter über den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie bei der gegenwärtigen Lohnbewegung. Er gelobt, die Erfahrungen des Kongresses unter den Bergarbeitern zu verwerten und im revolutionären Sinne gegen alle Feinde der Gewerkschaftsopposition zu kämpfen.

Darauf erfolgt der Bericht der Mandatsprüfungskommission, wobei der Berichterstatter, Genosse Gwe[illegible] mitteilt, daß noch eine Anzahl später eingetroffener Delegierten nachträglich zu prüfen sind.

Die Gesamtzahl der Delegierten beträgt 1117, davon [illegible] Betriebsarbeiter, 191 Vertreter der Erwerbslosen und 3 [illegible] ständsarbeiter. Insgesamt sind 829 Betriebe vertreten, in denen rund 2 Millionen Arbeiter beschäftigt sind.

Gewerkschaftlich organisiert sind 842 Delegierte, freigewerkschaftlich 759, ausgeschlossen 152.

Politisch organisiert sind 811 Delegierte, 754 in der KPD., 3 in der SPD., 53 im Kommunistischen Jugendverband, 1 linker Kommunist.

53 der Delegierten gehören der Jugend an, 81 waren [illegible] einer zu kleinen Basis delegiert worden sind.

Darauf spricht noch ein Vertreter der Angestellten der darauf hinweist, daß gerade die proletarischen Angestellten sehr leicht auf die Demagogie der Faschisten hereinfallen. Eine große Schuld trägt dabei der korrupte sozialfaschistische Bonzen der AfA.-Verbände. Wir haben z. B. die Tatsache zu verzeichnen, daß bei Siemens von 18 000 Angestellten nur 400 freigewerkschaftlich organisiert sind. Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß wir die Verbindung zu den Massen der Angestellten ergestalten und ihnen unseren Weg zeigen.

Genosse Emmrich teilt mit, daß bis zur Stunde auf dem Kongreß 26 Delegierte ihren Eintritt in die Kommunistische Partei vollzogen haben. Als Vertreter der 26 erhält der Genosse Kammer, Ruhrgebiet, das Wort, der 25 Jahre lang Mitglied der SPD. und 33 Jahre Mitglied in seiner Gewerkschaft war. Genosse Kammer begründet, wie er unter dem Eindruck des Kongresses seinen Uebertritt von der SPD. zur KPD. vollzogen hat. (Lebhafter Beifall.)

Darauf beschließt der Kongreß zwei Protestresolutionen gegen den weißen Terror in Jugoslawien und Bulgarien.

Dem Sprecher der Delegierten, die zur Kommunistischen Partei übergetreten sind, antwortet Genosse Thälmann mit einer Begrüßungsrede. Zunächst überbringt Genosse Wilmann den Gruß einer großen Kundgebung der Antifaschisten in Neukölln, wo 1000 junge Antifaschisten vereinigt worden sind. (Starker Beifall.) Darauf begrüßt Genosse Thälmann die neu in die KPD. eingetretenen Kämpfer mit anfeuernden Worten, die mit stürmischem Beifall aufgenommen werden.

Auf Antrag wird darauf eine Sammlung für die „Humanité" auf dem Kongreß beschlossen, die 257 Mark ergibt.

Ein Vertreter der Jugend verliest darauf ein Manifest an die arbeitende Jugend, das vom Kongreß einstimmig beschlossen wird. Darauf erfolgt

das Schlußwort des Genossen Merker

Genosse Merker stellt zunächst fest, daß dieser Kongreß ein wirklicher Gewerkschaftskongreß der proletarischen Klasse ist, der in krassem Gegensatz steht zu den reformistischen Gewerkschaftskongressen, die zusammengeschoben werden, auf denen die sozialfaschistische Diktatur herrscht und wo die Vertreter der kommunistischen Presse hinausgeworfen wurden. Mit trefflichen Worten fertigt Genosse Merker das elende Geschreibsel des „Vorwärts" ab.

Dieser Kongreß ist ein wirklicher Meilenstein in unserem Kampf gegen die sozialfaschistische Bürokratie und gegen den Faschismus. Der Kongreß hatte die Aufgabe, in Verbindung mit den Beschlüssen der Roten Gewerkschaftsinternationale die große strategische Linie für den Kampf in den nächsten Monaten festzulegen. Wenn wir die Diskussion betrachten, so können wir feststellen, daß es uns gelingt, trotz allem Terror, vorwärts zu schreiten.

Es ist notwendig, einige kritische Worte zur Diskussion zu sagen. Wir dürfen uns nicht begnügen, das ungeheure Elend im kapitalistischen System zu schildern, sondern wir müssen handeln, um die Zustände zu ändern. In unserem Kampfprogramm, das wir beschließen wollen, haben wir unsere Forderungen aufgestellt, wir müssen nun die proletarischen Massen für diese Forderung in Bewegung bringen. Wir müssen den Millionenmassen, die, wie die Wahlen zeigen, der Kommunistischen Partei folgen, zeigen, wie sie den Kampf organisieren können. Die organisatorischen Formen sind die revolutionären Vertrauensleute, die Kampfleitungen, Kampfausschüsse, Delegiertenversammlungen. Verschiedene Diskussionsredner haben gezeigt, daß man so die Massen mobilisieren kann. Dabei will ich sagen, daß wir die Bewegungen über den betrieblichen Charakter hinaus entwickeln, sie über ganze Industriegebiete ausdehnen müssen, damit wir in einer so breiten Front kämpfen, wie es bei der fortgeschrittenen Konzentration des Kapitals und seinen starken Kampfmitteln notwendig ist. Dabei warne ich alle Delegierten davor, bei dieser Arbeit nicht genügend gewissenhaft zu sein. Wir müssen, wenn wir diese Kämpfe führen wollen, eine feste organisatorische Verbindung in den Massen haben, und man darf nicht irgendwelche Tagungen veranstalten, die keine Grundlage in den Massen haben. Wir dürfen uns keinen Bluff leisten.

Die Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaftsverbänden gehört zusammen, man kann sie nicht trennen. Dazu gehört, daß man in den Gewerkschaftsverbänden mit aller Entschlossenheit und Entschiedenheit auftritt, daß man nicht zurückweicht. Wir müssen hingehen in die Gewerkschaften, jeder revolutionäre Arbeiter, der versteht, welche große Leistung wir vollbringen müssen, muß sich einreihen in die Gewerkschaftsorganisationen. Wenn ich die Feststellungen der Mandatsprüfungskommission betrachte, so ist das Verhältnis der Betriebsfunktionäre gut, aber das Verhältnis der Gewerkschaftsfunktionäre schlecht. Trotz Ausschlüsse, trotz Verfolgungen müssen wir immer wieder Funktionen, wie die der gewerkschaftlichen Vertrauensleute, Ortsverwaltungsmitglieder von uns aus besetzen. Wir müssen um diese Funktionen kämpfen.

Es wurde in der Diskussion auch die Frage der abgesplitterten Gruppen und Ausgeschlossenen aufgeworfen, in unseren Resolutionen werden sie beantwortet. Eine Klassengewerkschaftsbewegung kann sich nicht aus kleinen abgesplitterten Gruppen entwickeln, sie muß auf der breitesten Basis der Betriebe und des revolutionären Vertrauensmännerkörpers aufgebaut sein, und für sie müssen die organisierten und unorganisierten Arbeiter gewonnen werden. Wir müssen die Kämpfe organisieren, das Monopol der Führung der Arbeiterklasse erwerben. Das ist der Weg; es gibt keinen anderen. Dabei müssen wir verstehen, daß die Frage der abgesplitterten Gruppen eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle spielt, diese Gruppen müssen sich als Teil der großen Oppositionsbewegung betrachten. Hier muß man gegen alle Abweichungen kämpfen. In der Periode des National- und Sozialfaschismus ist es nicht möglich, Kampfes- und Organisationsmethoden anzuwenden wie vor 60 Jahren.

Uns können die Absplitterung und Ausschlüsse nicht aufhalten, wenn wir alles einsetzen, um das Monopol der Führung der Arbeiterklasse zu erringen. Die revolutionäre Opposition befindet sich im Vormarsch. Wenn die Sozialfaschisten es wagen sollten, die hier erschienenen 800 freigewerkschaftlich organisierten Delegierten auszuschließen, so wird das eine ungeheure Erregung in die Arbeiterschaft bringen. (Stürmischer Beifall.)

Wir wolnen nicht um die gewerkschaftlichen Invalidenrenten, von denen ohnehin 95 Prozent der Mitglieder nichts haben; wir weinen nicht um die Gewerkschaftshäuser, die wir uns auf revolutionäre Weise holen werden (stürmische Zustimmung). Wenn die Sozialfaschisten aber diese 800 Delegierten ausschließen, so jagen sie damit Tausende über Tausende empörter Arbeiter aus den Gewerkschaften (lebhafte Zustimmung), die Gewerkschaften werden sie verlieren. Mit der revolutionären Opposition werden sie trotzdem marschieren!

Noch ein Wort zu dem Kaiser- und Schumacher-Verband. Ich glaube, der Kongreß hat gezeigt, daß die Gedankengänge von Schumacher und Kaiser bei den Massen des Proletariats keinen Anklang finden. Der alte Arbeiter, der hier als Vertreter des Meyer-Verbandes sprach, zeigte, welchen Bankrott solche „Revolutionäre" wie Meyer, Schumacher und Kaiser gemacht haben. Schumacher hat erst 40 Delegierte angekündigt, er verbindete jedoch die Delegation unter dem Vorwand der Kostenfrage. Wir wollten uns mit ihnen auseinandersetzen, sie haben geknifen, das ist ihr Bankerott.

Nochmals will ich unterstreichen, daß wir uns mit allen Schichten der Arbeiterklasse beschäftigen müssen, im Betrieb müssen wir die einheitliche Front zwischen Hand- und Kopfarbeitern schaffen. Wir müssen mit Betriebszeitungen arbeiten. Jeder große Betrieb seine Betriebszeitung. Ferner müssen wir die Heraushringung einer revolutionären Gewerkschaftspresse beschließen. Wir müssen alle Arbeiter, die mit uns arbeiten wollen, an uns binden und zur Mitarbeit heranziehen. Wir brauchen eine klare theoretische Linie, die Zeitung der revolutionären Gewerkschaftsopposition „Betrieb und Gewerkschaft", deren Auflage sich bereits von 3000 auf 8000 verkaufte Exemplare entwickelt hat.

In wenigen Monaten wird die Rote Gewerkschaftsinternationale ihren 5. Kongreß abhalten, der am 10. Jahrestag der RGI. stattfindet. Die breitesten Massen sollen zur Wahl von Delegierten für diesen Kongreß herangezogen werden.

Wenn die Delegierten nun in ihre Bezirke zurückkehren, müssen wir darauf achten, die Beschlüsse unseres Kongresses in die Tat umzusetzen. Wir müssen sofort Delegiertenversammlungen zur Vorbereitung der Betriebsrats- und Gewerkschaftswahlen einberufen. Bis Mitte oder Ende Januar sollen in jedem Wirtschaftsbezirk Bezirkskongresse der revolutionären Gewerkschaftsopposition stattfinden, die ähnlich arbeiten, wie der Reichskongreß und Bezirksausschüsse der revolutionären Gewerkschaftsopposition wählen.

Ich glaube, daß dieser Kongreß ein Auftakt ist, um die Arbeit zu steigern, vorwärtsaufstoßen bei den großen Kämpfen, denen wir entgegengehen! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Nach dem Schlußwort des Genossen Merker erfolgt der Bericht der Redaktionskommission, worauf über die vorgelegten Resolutionen abgestimmt wird.

Die politische Entschließung wird einstimmig angenommen, ebenso wie die Entschließung zur Kriegsgefahr, zum RGI.-Kongreß und die AIH.-Resolution. Die Entschließungen waren bereits in den Industriegruppentagungen und in der Jugendtagung einstimmig angenommen worden.

Darauf wählte der Kongreß ein Reichskomitee zur Förderung der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Nach einer anfeuernden Schlußansprache des Genossen Betz erhoben sich die Delegierten zum Gesang der „Internationale". Während des Gesangs marschiert unter unbeschreiblichem Jubel eine Delegation des nicht zu verbietenden Roten Frontkämpferbundes ein und ihr Führer ergreift das Wort zu einer wuchtigen Begrüßungsansprache. Stürmischer Beifall ist die Antwort der Delegierten. Unter Fortsetzung des Gesangs der „Internationale" wird der Kongreß geschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291203-15/fragment/page=0012